



Philosophie zur ökologischen Krise

Geschuldetes Handeln statt Schuld! 32

Inhaftierung von Julian Assange

Schauprozess gegen die Pressefreiheit 36

Gute Botschaften ansprechend vermitteln

Die ÖDP im Super-Wahljahr 38

Ökologie Politik



WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM?

Teil 2

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: 5 Jahre Pariser Klimaabkommen	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM? Teil 2

Wachstumskritik: Gesellschaftliche Diskurse und mögliche Allianzen von Jens-Eberhard Jahn	8
BlackRock: „Der größte Mitorganisator von globaler Steuerflucht“ Interview mit Dr. Werner Rügemer	10
Arbeitsvermeidung contra Arbeitsbeschaffung: „Wir könnten mit halb so viel Arbeit weitaus besser leben“ Interview mit Prof. Günther Moewes	14
Suffizienz: Macht nichts! von Björn Kern	18
Ökologisches Grundeinkommen: Gastliches Umfeld für eine Transformation der Erwerbsarbeit von Dr. Ulrich Schachtschneider	20
Finanzpolitik und Gemeinwohl: „Ressourcen sind endlich, Geld ist es nicht“ Interview mit Dr. Dirk Ehnts	22
Psychologie: „Unser Menschenbild ist eine Richtschnur für unser Verhalten“ Interview mit Andreas von Westphalen	28
Philosophie: „Geschuldetes Handeln statt Schuld!“ Interview mit Dr. Michael Rentz	32
Julian Assange: Schauprozess gegen die Pressefreiheit von Heike Siecke	36

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder – von Christian Rechholz	38
Aus dem Europaparlament – von Manuela Ripa	41
Herzlichen Glückwunsch an Klaus Buchner	44
Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit	46
Wie erreichen wir Sie?	48
Landesverbände	49
2. Coburger Symposium zur Wachstumskritik	58
Kommunalpolitik	59
Mitgliedergeschichten	60
Prostitution legalisieren oder verbieten? – Interview mit Corinna Grimm	61
Bundesarbeitskreise	65
Presseticker	68
Rückmeldung an die ÖDP	70
Impressum/Vorschau/Termine	71

Liebe Leserinnen und Leser,

der Satz „Jeder Tote ist einer zu viel!“ fiel in den letzten Monaten im Zusammenhang mit Corona-Schutzmaßnahmen oft. „Außer es schadet den Profiten der Pharmakonzerne“, ließe sich ergänzen. Denn der Patentschutz für die mit Steuergeldern entwickelten Impfstoffe wird nicht aufgehoben. Dabei wäre dies rechtlich möglich und wird von zahlreichen NGOs und ärmeren Staaten gefordert, um weltweit mehr Impfstoffe produzieren und mehr Menschen rechtzeitig impfen zu können.

„Außer es schadet den Profiten der Wirtschaft“, ließe sich verallgemeinern, denn es gibt auch außerhalb der Corona-Pandemie viele, deren vorzeitiger Tod nicht unvermeidbar war bzw. ist. So gehen z. B. in Deutschland jedes Jahr bis zu 30.000 Tote auf Krankenhauskeime zurück. Doch dies wird bislang stillschweigend hingenommen, unser Gesundheitswesen „effizienter“ gemacht und Massentierhaltung subventioniert. Noch vielfach höher ist die Zahl der Toten, die auf durch Umweltverschmutzung hervorgerufene Erkrankungen zurückgehen. Unser profit- und wachstumsorientiertes Wirtschaften fordert jährlich Zehntausende unschuldiger Opfer – in Deutschland. Weltweit Millionen. „Diese Wirtschaft tötet“, bringt es Papst Franziskus auf den Punkt.

Diese Wirtschaft basiert auf einer „Wissenschaft“, die behauptet, sie forsche wie eine Naturwissenschaft objektiv nach allzeit gültigen Gesetzmäßigkeiten. Doch die Regeln unserer Wirtschaft sind menschengemacht. Und der „Wissenschaft“ zugrunde liegt ein seltsames Menschenbild. Auch hier gilt es anzusetzen. Denn der Homo oeconomicus ist eine Karikatur des Menschen, kein realistisches Bild.

Aber was ist real? Dass es etwas gibt und nicht nichts ist, kann sich unser Verstand nicht erklären. Und unser Ich auch nicht. Wir finden uns im Leben vor – ohne genau zu wissen, warum. Worum geht es im Leben? In einem absurden Wettbewerb aller gegen alle möglichst weit vorn zu landen? Oder möglichst viel Geld und Besitz anzuhäufen? Oder möglichst viel zu konsumieren? Sind das Quellen des Glücks? Oder ist Glück etwas anderes? Etwas, das durch eine intensive Beziehung zur „Welt“ entsteht, durch einen Dialog mit ihr, durch Hören ihres „Rufs“, durch Erkennen der eigenen „Berufung“ und durch entsprechendes Handeln?

Schmäleret also „richtiges Handeln“ – und dazu gehört natürlich auch gesellschafts- und umweltpolitisches Engagement – das persönliche Glück nicht, sondern lässt es wachsen? Wenn ja, ist das ein wirklicher „Gamechanger“. Und deshalb finden Sie in diesem Heft neben Beiträgen zur Wirtschaft auch Beiträge über das Menschsein.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



5 Jahre Pariser Klimaabkommen

Nur noch 420 Gt CO₂ darf die Menschheit ausstoßen, damit die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 auf 1,5 Grad begrenzt bleibt. Im Jahr 2019 lagen die globalen CO₂-Emissionen bei 38 Gt CO₂. Für Deutschland entspricht das einem verbleibenden Budget von 7,8 Gt CO₂ – das 10-Fache von dem, was wir momentan jährlich ausstoßen.

Vor 5 Jahren wurde das Pariser Klimaabkommen ausgehandelt. Aber die in Paris gemachten Zusagen reichen bei Weitem nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Und selbst diese Zusagen werden nicht eingehalten. UNO-Generalsekretär António Guterres hat die Regierungen der Welt aufgefordert, wegen der Klimakrise den Ausnahmezustand auszurufen. Er sagte: „Die Natur schlägt zurück und sie tut dies bereits mit wachsender Kraft und Wut. Die Luft- und Wasserverschmutzung tötet jährlich 9 Mio. Menschen, mehr als das 16-Fache der derzeitigen Pandemie.“ Auch der extreme Wintereinbruch in der Nordhälfte Deutschlands ist die Folge einer Störung des Polarwirbels, die durch den Rückgang des Meereises nördlich von Skandinavien und Russland entstand.

Nach dem Wahlsieg von Joe Biden und Kamala Harris sind die USA wieder in das Pariser Klimaabkommen zurückgekehrt. John Kerry, der das Pariser Klimaabkommen für die USA

unterzeichnete, ist jetzt der Klima-Sondergesandte der USA. Mit Janet Yellen und Deb Haaland hat Biden Ministerinnen in seine Regierung aufgenommen, die glaubwürdig für einen echten Neuanfang in den USA stehen. Die ehemalige Notenbankchefin und neue Finanzministerin Yellen wird über die Regulierung des US-Finanzsektors entscheiden. Sie

UNO-Generalsekretär António Guterres hat die Regierungen der Welt aufgefordert, wegen der Klimakrise den Ausnahmezustand auszurufen.

setzt sich für den globalen Umbau zu einer emissionsfreien Wirtschaft ein und gehört zu den Gründungsmitgliedern des Climate Leadership Councils, einer Organisation, die sich für eine CO₂-Steuer einsetzt.

Die EU-Kommission will die Windenergie auf hoher See von aktuell 12 auf 300 GW bis zum Jahr 2050 wachsen lassen und den Ausbau koordinieren. In Deutschland ist der Ausbau und die Erneuerung der Windkraft an Land wegen der hohen Mindestabstände, die CDU/CSU durchgesetzt haben, praktisch eingestellt worden.

Bei der Berechnung der CO₂-Bilanz wurde das Einsparziel der EU auf 55 % bis 2050 erhöht, aber dafür werden jetzt CO₂-Senken wie Wälder von den Emissionen abgezogen, wie

auch beim Pariser Klimaabkommen. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müsste die EU ein Ziel von 65 % CO₂-Reduktion bis 2030 beschließen und das dann auch ohne Buchungstricks erreichen. Das EU-Parlament hat bereits ein Reduktionsziel von 60 % bis 2030 beschlossen. Subventionen für fossile Brennstoffe sollen beendet werden. Aber der EU-Rat der Regierenschefs unter deutscher Präsidentschaft ignorierte die Beschlüsse.

Die Wasserstoffwirtschaft wird die zentrale Energieinfrastruktur der kommenden Jahrzehnte werden. 55 TWh Wasserstoff werden von der deutschen Industrie schon heute jährlich verbraucht, vor allem in der Chemie. Das aber ist erdgasbasierter, sogenannter grauer Wasserstoff, dessen Herstellung CO₂ freisetzt. Eine Wasserstoffproduktion, bei der Treibhausgase frei werden, muss begrenzt werden. Deutschland kann

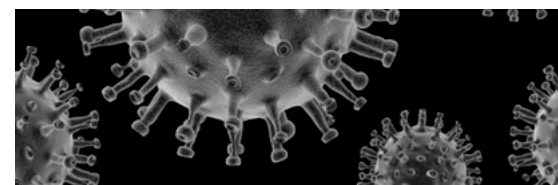
seinen künftigen Wasserstoffbedarf vollständig durch grünen Wasserstoff selber decken. Produktionskosten für grünen Wasserstoff mit weniger als 10 ct/kWh aus Windkraftanlagen können bis 2030 erreicht werden.

Innovationen in diesem Bereich müssen entschieden unterstützt werden. Die Wasserstoffnutzung befindet sich derzeit an einem kritischen Punkt. Jetzt werden die Weichen gestellt, die über seinen nachhaltigen Einsatz in den kommenden Jahrzehnten bestimmen. Wasserstoffimporte sind aufgrund der hohen Transportkosten sehr teuer. Die Elektrolyseure sollten endlich von der EEG-Abgabe befreit werden, da sie Energie nur zum Zweck der Speicherung umwandeln.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Corona-Infektion schon im November 2019 in Italien

In Italien gab es schon im November 2019 – 2 Monate vor dem Ausbruch der Pandemie im chinesischen Wuhan – eine erste Infektion mit dem Corona-Virus. Laut einem



britischen Fachmagazin handelt es sich bei der Patientin um eine 25-jährige Frau, die wegen eines Hautausschlags zum Arzt gegangen war. Die damals entnommene Hautprobe wurde nachträglich an der Universität Mailand untersucht und das Corona-Virus nachgewiesen.

» www.t1p.de/c40j

CO₂-Emissionen sinken wegen Corona-Pandemie

Im Jahr 2020 sanken die durch Verbrennen fossiler Energieträger verursachten weltweiten CO₂-Emissionen aufgrund der Corona-Pandemie um 7 %. Besonders stark war der Rückgang in den USA und der EU mit 12 % bzw. 11 %. Vor allem der Transportsektor war dafür verantwortlich.

» www.t1p.de/mmc0

Klimaschutz-Index: Schweden oben, USA unten

Seit 2005 bewertet der Climate Change Performance Index (CCPI) die Klimaschutzbemühungen von 57 Staaten. Auch 2020 steht Schweden wieder an der Spitze – das vierte Jahr in Folge. Es folgen Großbritannien und Dänemark. Deutschland hat sich nach Platz 27 im Jahr 2018 und Platz 23 im Jahr 2019 auf Platz 19 verbessert. Seine Problemfelder sind ein schwaches Ziel für erneuerbare Energien, zu wenig Fortschritt im Verkehrssektor, ein hoher Energieverbrauch und hohe CO₂-Emissionen pro Einwohner. Marokko, Chile und Indien zeigen mit ihrer Platzierung in den Top 10, dass Klimaschutz nicht nur Industriestaaten vorbehalten ist. Auf dem letzten Platz landen die USA.

» www.t1p.de/3lnw

Klimaneutralität bis 2050 reicht wohl nicht aus

Im Pariser Klimaabkommen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, die weltweite Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad zu begrenzen und bis 2050 klimaneutral zu sein. Berechnungen des Weltklimarats (IPCC) zeigen jedoch, dass von einer Erderwärmung um 1,5 Grad bereits bis zum Jahr 2030 auszugehen ist. Eine Klimaneutralität bis 2030 wäre möglich, erfordert aber starken politischen Willen.

» www.t1p.de/5ocs

Meeresspiegel steigt stärker als erwartet

Seit 1870 ist der Meeresspiegel bereits um über 25 cm angestiegen, seit 1993 um durchschnittlich 3,4 mm pro Jahr. Zu 40 % dehnt sich das Meerwasser durch seine



Erwärmung aus, zu 60 % durch zusätzliches Wasser aufgrund des Abschmelzens von Gletschern. Neuere Studien gelangen zu dem Schluss, dass der Anstieg bis 2100 wahrscheinlich doppelt so stark ausfallen wird wie bisher vermutet. Der IPCC rechnet inzwischen mit einem Anstieg von bis zu 98 cm, manche Studien sogar mit einem von bis zu 2 m.

» www.t1p.de/v16j

Bundestag billigt halbherzigen Kohleausstieg

Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gab der Bundestag der Bundesregierung grünes Licht für den öffent-



lich-rechtlichen Vertrag zum Braunkohleausstieg. Er sieht einen weiteren Abbau von Braunkohle, die weitere Zerstörung von Ortschaften sowie Milliardenentschädigungen für die Stromkonzerne RWE und LEAG vor. Dezember 2020 war bekannt geworden, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ein Gutachten über die entstehenden Zusatzkosten zur Braunkohle ein Jahr unter Verschluss gehalten und dann verleugnet hat.

» www.t1p.de/4orr

Golfstrom schwächt sich ab

Noch nie in den letzten 1.600 Jahren war der Golfstrom so schwach wie heute. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die ein internationales Forscherteam in der Fachzeitschrift „Nature Geoscience“ veröffentlichte. Der Golfstrom sorgt dafür, dass in Mittel- und Nordeuropa ein milderes Klima herrscht als in vergleichbaren Breiten Nordamerikas. Ohne ihn wäre es in Europa um 5 bis 10 Grad kälter.

» www.t1p.de/fihh

USA: Solar- und Windenergie am preisgünstigsten

In den USA ist die Stromerzeugung aus Solarenergie und Windkraft inzwischen unschlagbar günstig. Laut einer aktuellen Studie preiswerter als neue und alte Erdgas-, Kohle- und Kernkraftwerke. Die Kosten der Onshore-Wind-



energie sanken in den letzten 5 Jahren um jährlich 5 %, die der Solarenergie um jährlich 11 %.

» www.t1p.de/7ei4

Große Mehrheit zu Lebensstiländerung bereit

Bei einer Umfrage bezeichneten 91 % der Befragten eine Kennzeichnung von Inhaltsstoffen in Alltagsprodukten als „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“, dahinter folgte der Ausbau Erneuerbarer Energien mit 87 %, bessere Bus- und Bahnverbindungen mit 86 % sowie eine Kennzeichnung von Gentechnik bei Fleisch, Milch und Eiern mit 82 %.

Am stärksten bereit, ihren Lebensstil für Klima-, Biodiversitäts- und Umweltschutz zu verändern, waren in den Altersgruppen die 14- bis 39-Jährigen, bei den Haushaltsnettoeinkommen die kleinsten mit weniger als 1.500 Euro/Monat. Das Bildungsniveau spielte bei den Antworten so gut wie keine Rolle.

» www.t1p.de/opnv

Geheimplan: Nord Stream 2 gegen Frackinggas

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wollte den USA die Zustimmung zur Erdgaspipeline „Nord Stream 2“ mit Milliardenzusagen für den Import von Fracking-Gas und den Bau von Spezialhäfen und Gasterminals erkaufen.



Der Deutschen Umwelthilfe (DUH) war das von der Bundesregierung lange verleugnete Schreiben zugespielt worden.

» www.t1p.de/fv3m

Trinkwasserversorger fordern Agrarwende

Eine Initiative westeuropäischer Trinkwasserversorger fordert die EU-Landwirtschaftsminister, die EU-Kommission, das Europaparlament und die Regierung zum Umsteuern in der Agrarpolitik auf. Sie warnen vor großen



Schäden für unser Grundwasser, sollte der Eintrag von Pestiziden, Gülle und Düngemitteln durch die konventionelle Landwirtschaft nicht deutlich reduziert werden.

» www.t1p.de/p8ac

Bücher

Neoliberalismus & Schmerz

Byung-Chul Han
Palliativgesellschaft
Schmerz heute
Matthes & Seitz, Juli 2020
87 Seiten, 10.00 Euro
978-3-95757-269-1



Wie bereits in seiner „Müdigkeitsgesellschaft“ spürt der koreanisch-deutsche Kulturphilosoph gesellschaftlichen Phänomenen nach und liest sie als Teil eines grundlegenden Paradigmenwechsels. Sein neues Buch widmet er der zunehmenden Ablehnung von Schmerz. In der US-amerikanischen Gesellschaft wird er schon lange als Zeichen von Schwäche verachtet und mit Medikamenten und Rauschmitteln unterdrückt. Denn in einer neoliberalen Machbarkeits- und Selbstoptimierungsgesellschaft erscheint er sinnlos und kontraproduktiv. Und auch das Trösten, Berühren und Dasein haben hier keinen Platz mehr. Der Transhumanist David Pearce träumt deshalb davon, die biologischen Voraussetzungen des Leidens auszulöschen. (gh)

Pädagogik & Digitalisierung

Ingo Leipner
Die Katastrophe der digitalen Bildung
Warum Tablets Schüler nicht klüger machen – und Menschen die besseren Lehrer sind
Redline, Oktober 2020
304 Seiten, 19.99 Euro
978-3-86881-804-8



Durch die Corona-Pandemie müssen sich Bildungspolitiker und Schuldirektoren bittere Vorwürfe anhören, sie hätten die Digitalisierung verschlafen und damit die Zukunft der Kinder ruiniert. Kinderpsychologen, Pädagogen und Gehirnforscher betonen aber immer wieder die Schädlichkeit der Neuen Medien. Frühestens mit der Pubertät sollte mit ihrer Nutzung begonnen werden. Treibende Kraft hinter der Forderung nach „Digitalisierung der Schulen“ sind IT-Konzerne, die kaum Steuern zahlen und damit dem Staat das Geld vorenthalten, das er für eine gute Förderung aller Kinder bräuchte. (gh)

Menschheitsgeschichte & Krise I

Peter Strauß
Ende offen
Der Weg des Menschen aus der Steinzeit in die Zukunft
Tredition, März 2020
488 Seiten, 25.00 Euro
978-3-347-02027-6



Wir gestalten unsere Zukunft nicht, sondern sind wie Treibholz auf dem Ozean. Das Buch liefert eine umfassende und ganzheitliche Bestandsaufnahme unserer heutigen Probleme, erklärt diese mit der Natur des Menschen, mit seinem evolutionären Erbe und seinen kulturellen Prägungen – und fordert eine Abkehr vom ungebremsten Wirtschaftswachstum. (gh)

Klimaerwärmung & Klimaschutz

Marcus Wadsak
Klimawandel
Fakten gegen Fake & Fiction
Braumüller, März 2020
144 Seiten, 18.00 Euro
978-3-99100-303-8



Der Meteorologe warnt schon lange vor den Folgen der Erderwärmung und hat hier eine umfassende Informationsquelle mit vielen Zahlen und Grafiken zusammengestellt. Er räumt mit den Relativierungen der Klimaleugner auf, benennt die Defizite beim Klimaschutz und zeigt auf, was der Einzelne und was die Politik tun können und tun müssen. (gh)

Menschheitsgeschichte & Krise II

Kersten Reich
Der entgrenzte Mensch und die Grenzen der Erde
2 Bände
Westend, März 2021
848 Seiten, 44.00 Euro
978-3-86489-320-9



Warum wird heute nicht ökologisch gehandelt, obwohl klar zu sehen ist, was getan werden müsste? Der Lernforscher und Kulturtheoretiker führt dies auf erlernte Verhaltens- und Denkmuster zurück. Woraus folgt: Die ökologische Krise ist von uns selbst geschaffen – und lässt sich von uns auch meistern. (gh)

Wachstumskritik

Gesellschaftliche Diskurse und mögliche Allianzen

Wachstumskritik ist der „Markenkern“ der ÖDP. Allerdings hat sie damit bei Wahlen bisher nur mäßigen Erfolg. Ist die Kritik zu kopflastig? Ist die Botschaft zu negativ? Sind die Konzepte zu diffus? Wichtiger als Konzepte sind Visionen!

von Jens-Eberhard Jahn

Laut einer Umfrage der nicht gerade als kapitalismuskritisch bekannten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ glauben gerade einmal 12% der Deutschen noch, dass sie von einer wachsenden Wirtschaft ausreichend profitieren. Dagegen meinen 55%, dass unser Wirtschaftssystem in seiner jetzigen Form mehr schadet als hilft. Diese gesellschaftliche Mehrheit ist sehr heterogen und daher politisch kaum repräsentierbar. Aber lautstarke Minderheiten in vielen unterschiedlichen Milieus können eine Meinungsführerschaft in der Gesellschaft erreichen. Es bedarf dann einer Vielzahl attraktiver Alternativen, um das dominante Wachstums- und Wohlstandsmodell zu unterlaufen. Die Akteure müssen

sich vernetzen und ihre Botschaften an gesellschaftliche Bedürfnisse, Debatten, Reformvorschläge und Kämpfe anknüpfen.

Bedürfnisse
Viele Menschen sind durch die Veränderung ihres Alltags in eine Krise geraten. Viele werden „nach Corona“ nun erst recht jedem Wandel skeptisch gegenüberstehen. Andere sind „durch Corona“ offener für einen gesellschaftlichen Wandel geworden, durch den die „guten Seiten“ der Krise als Chance genutzt werden können: weniger motorisierter Verkehr, weniger Stress, mehr Homeoffice. Das Bedürfnis nach Resilienz, nach größerer Krisensicherheit, werden wohl viele teilen. Das ist auch ein Bedürfnis nach verlässlichen und vorausschauenden Lösungen für die soziale und ökologische Krise. Und ein Bedürfnis nach Vertrauen. Die Chance der ÖDP, diese Bedürfnisse aufzugreifen und als Visionen authentisch

vertreten zu können, hängt nicht zuletzt davon ab, wie krisenfest, stressfrei und vertrauenswürdig die Partei selbst ist.

Debatten

Von 2011 bis 2013 diskutierten die Fraktionen sowie zahlreiche Expertinnen und Experten in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags über die Bedeutung des BIP, über das „gute Leben“ und über die Frage, welches Wachstum wir brauchen. Zum Abschlussbericht gab es wissenschaftlich und politisch auch heute noch interessante Sondervoten von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Linken sowie vielen

Postwachstumsinitiativen sind im vergangenen Jahrzehnt wie Pilze aus dem Boden geschossen.

Expertinnen und Experten. Im 2013 ausgehandelten Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD fand sich allerdings keiner dieser Aspekte wieder. Man setzte auf Wachstum alten Stils. Ein Rückblick auf die Enquete-Kommission und eine Auswertung der dort geführten Debatten scheinen geboten.

Reformvorschläge

2014 fand in Leipzig der internationale „Degrowth-Kongress“ statt. Dabei war die Dichte und Vielfalt ökonomischer, kultureller, sozialer, spiritueller und ökologischer Visionen und Vorschläge überwältigend, ebenso die Präsenz prominenter Referentinnen und Referenten. Viele sahen die Bildung unter Postwachstumsbedingungen endlich frei von Verwertungszwängen. Andere argumentierten, ein ökologisches Grundeinkommen könnte beitragen, Teilhabe in der Postwachstumsgesellschaft zu ermöglichen und Umweltzerstörung



Foto: Rainer Sturm/pixelio.com

einzu-dämmen. Postwachstumsinitiativen mit ihren Denkfabriken und praktischen Beispielen für lokales Handeln sind im vergangenen Jahrzehnt wie Pilze aus dem Boden geschossen. Deren Reformvorschläge

Wirtschaft selbst „die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“.

Kapitalismus braucht ständiges Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum setzt laut Franziskus „die

Konzepte überzeugen, Visionen können begeistern.

Die ÖDP muss das Rad nicht neu erfinden.

sollten im kontinuierlichen Prozess von der ÖDP auf ihre politische Tauglichkeit geprüft und deren Potenzial strategisch genutzt werden.

Kämpfe

Schon Johannes Paul II. hatte 1991 in seiner Enzyklika „Centesimus Annus“ geschrieben, dass sich die Lebensweisen, die Modelle von Produktion und Konsum, von Grund auf ändern sollten. Papst Franziskus spricht in seiner Enzyklika „Laudato si“ nicht

Lüge bezüglich der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter des Planeten“ voraus, die dazu führt, ihn bis zur Grenze und darüber hinaus „auszupressen“. Nachhaltiges Wachstum sei ein Widerspruch in sich und nur eine Variante des „hemungslosen Größenwahns“.

Die Worte des Papstes sind das Echo darauf, wie in vielen Gemeinden die Bibel als Quelle politischen Handelns gelesen wird. Natürlich auch in protestantischen und ortho-

Kirche generell wandelt sich von einer konservativen Autorität zur „Agentin des Wandels“.

mehr nur von Konsum, sondern von Missbrauch und Ausplünderung. Er sieht die globale soziale Frage untrennbar verbunden mit der ökologischen Frage. Bereits Karl Marx hatte diesen Zusammenhang erkannt und im „Kapital“ geschrieben, dass die

doxen Gemeinden, in jüdischen, muslimischen und anderen, insbesondere im globalen Süden. Aber gerade die Kirchen wandeln sich von konservativen Autoritäten zu „Agenten des Wandels“, wie die Deutsche Bischofskonferenz das ausdrückte,

BUCHTIPPS

Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hrsg.)
Postwachstums-politiken
Wege zur wachstums-unabhängigen Gesellschaft
oekom, Februar 2017
328 Seiten, 24,95 Euro
978-3-86581-823-2



Acosta, Alberto
Buen vivir
Vom Recht auf ein gutes Leben
oekom, April 2015
224 Seiten, 16,95 Euro
978-3-86581-705-1
978-3-451-60079-1



zur Vorhut der „großen Transformation“. Eine Partei mit christlichen Wurzeln wie die ÖDP muss in der Lage sein, diese kämpferischen Visionen politisch zu übersetzen.

Fazit

Vielleicht können Konzepte überzeugen. Visionen können begeistern. Die ÖDP muss das Rad nicht neu erfinden. Sie braucht Visionen, Strategien und Allianzen, um es ins Rollen zu bringen.

Jens-Eberhard Jahn, Jahrgang 1967, studierte Germanistik, Romanistik und Geschichte. Von 2005 bis 2016 war er beruflich in der Agrarpolitik tätig, unter anderem im Deutschen Bundestag. Heute arbeitet er als Lehrer an einer Waldorfschule. In die ÖDP trat er 2017 ein. Von 2019 bis 2020 war er Mitglied ihres Bundesvorstands, seit 2020 ist er Mitglied ihrer Bundesprogrammkommission.



jens-eberhard.jahn@oedp.de

ONLINETIPPS

Deutscher Bundestag
Schlussbericht der Enquete-kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
03.05.2013
www.t1p.de/yibb

Papst Franziskus
Enzyklika Laudato si'
24.05.2015
www.t1p.de/97xq

Papst Johannes Paul II.
Enzyklika Centesimus Annus
01.05.1991
www.t1p.de/25r3

BlackRock

„Der größte Mitorganisator von globaler Steuerflucht“

Der bremsende Einfluss „der Wirtschaft“ bei der ökologisch-sozialen Transformation wird oft kritisiert. Die konkreten Beeinflusser bleiben aber weitgehend unsichtbar. Der vielleicht bedeutendste unter ihnen ist der US-amerikanische Finanzkonzern BlackRock. Welche Rolle spielt er? Wie groß ist seine Macht? Was will er?

Interview mit Dr. Werner Rügemer

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Rügemer, im September 2020 fand in Berlin ein zweitägiges „Tribunal gegen BlackRock“ statt. Warum?

Dr. Werner Rügemer: BlackRock hat sich in den letzten 10 Jahren zum weltgrößten Kapitalorganisator entwickelt, ist Miteigentümer von 18.000 Banken, Unternehmen und Finanzdienstleistern, berät die wichtigsten Zentralbanken und auch die EU-Kommission. Gleichzeitig ist BlackRock der breiten Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Die Regierungen erwähnen es nie. Erstaunlich, oder? Deshalb haben Prof. Peter Grottian und ich mit einem kleinen Team beschlossen, BlackRock nicht nur an den Pranger zu stellen, sondern die Öffentlichkeit überhaupt einmal über seine Präsenz, seine Praktiken und seinen Einfluss zu informieren. Ein Dutzend Sachverständige legten die Rolle von BlackRock in 4 Anklagepunkten offen:

(1) Beeinflussung von Finanzinstitutionen, Regierungen und der EU-Kommission durch ein Netz hochbezahlter Einflussagenten

(2) Miteigentum an den 5 größten Wohnungskonzernen in Deutschland – verbunden mit Mietsteigerungen, überhöhten Nebenkosten und prekären Arbeitsverhältnissen in der Verwaltung

(3) Miteigentum an den wichtigsten Kohle-, Öl-, Auto- und Agrobusinesskonzernen

(4) Miteigentum an den größten Rüstungskonzernen

Aus Zeitgründen mussten wir weitere Anklagepunkte leider ausklammern.

Welche Rolle spielte BlackRock beim Wirecard-Skandal?

Öffentlich war BlackRock dabei nicht existent. Weder die Leitmedien

Gerade das ständige Auf und Ab der Wirecard-Aktie ist das originäre, von BlackRock am weitesten ausgebaute Geschäftsfeld: Gewinne durch Spekulation auf die Aktienentwicklung. BlackRock erhielt als Miteigentümer Insider-Informationen vom Wirecard-Vorstand, von der Ratingagentur, von den Kreditgebern und von den anderen Wirecard-Aktionären. Es verkaufte und kaufte ständig Wirecard-Aktien, um das jeweilige Auf und Ab

„BlackRock ist kenntnisreicher und schneller als alle anderen Akteure in der Finanzbranche.“

wie FAZ, Zeit, SZ, Welt, Bild, ARD, ZDF, RTL und n-tv noch die ach so heftigen Ankläger der FDP und Linken im Bundestag erwähnten es. Dabei war BlackRock beim milliardenschweren Betrugssystem von zentraler Bedeutung: Es war bis kurz vor dem Ausbruch des Skandals zweitgrößter Aktionär bei Wirecard – nach der Wall-Street-Bank Goldman Sachs. Und wiederum Großaktionär bei anderen Wirecard-Großaktionären wie Goldman Sachs. Zudem bei den wichtigsten Kreditgebern von Wirecard. Und bei der US-Ratingagentur Moody's, die die Kreditfähigkeit und Kreditkonditionen für Wirecard festlegte.

zu verstärken – und zu nutzen. Und zwar mithilfe der größten Finanz- und Wirtschaftsdaten-Verwertungsanlage der westlichen Welt: „Aladdin“. „Aladdin“ erfasst und verwertet im Nano-Sekundenbereich die Aktien- und Wertpapierentwicklung aller an Börsen notierten Banken, Unternehmen und Finanzdienstleister – und auch der Staatsanleihen. BlackRock ist kenntnisreicher und schneller als alle anderen Akteure in der Finanzbranche.

Welche Rolle spielte BlackRock bei der Finanzkrise 2008?

Der Gründer und Chef von BlackRock, Lawrence Fink, gilt als Erfinder



Dr. Werner Rügemer, Jahrgang 1941, studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Ökonomie, bezeichnet sich als „interventionistischen Philosophen“ und ist als Publizist, Berater sowie Stadtführer in Köln tätig. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher, Artikel, Hörfunk- und TV-Reportagen. Zudem ist er Mitglied der Gewerkschaft Verdi, des deutschen PEN-Clubs und des wissenschaftlichen Beirats von Attac sowie Mitbegründer der Initiativen „Gemeingut in BürgerInnenhand“ und „Aktion gegen Arbeitsunrecht“.

www.werner-ruegmer.de

des Finanzprodukts, das die Finanzkrise verursachte: Spekulation mit Immobilienkrediten. Zehntausende individuelle Kredite von Hausleibern und Wohnungskäufern wurden gekauft, zu „Wertpapieren“ gemacht, bekamen von den US-Ratingagenturen gute Noten und wurden an Anleger verkauft. Als Millionen individuelle Kreditnehmer nicht mehr zahlen konnten, stürzte ihr Wert ab. Fast alle großen Banken waren plötzlich überschuldet und wurden mit Steuergeldern gerettet. Die US-Regierung unter Präsident Barack Obama setzte BlackRock als Berater für die Rettung der Banken und Versicherungen ein

– weil es sich ja am besten mit dem Betrugsprodukt auskannte. Es verdiente damit viel Geld und seine Insider-Position wurde auf ein neues Niveau gehoben. Die EU folgte dem und machte BlackRock zum Berater der Europäischen Zentralbank (EZB). Dadurch konnte es andere Banken oder Abteilungen von Banken aufkaufen, gewann neue Kapitalgeber

mit den Finanzministern Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz und mit Außenminister Sigmar Gabriel. BlackRock baut seine Niederlassungen in den wichtigen Staaten immer weiter aus. Seine Deutschland-Zentrale in Frankfurt wird durch Ex-Manager der Deutschen Bank geführt. Und Jürgen Fitschen, Ex-Chef der Deutschen Bank, wurde Aufsichtsrats-

„BlackRock ist überhaupt nicht auf allgemeines Wirtschaftswachstum angewiesen – im Gegenteil.“

und machte 2008 den großen Sprung in die EU. Heute ist BlackRock der größte Eigentümer von Banken und Unternehmen – in den USA, in den wichtigsten EU-Staaten und auch in der Schweiz. In Deutschland ist BlackRock Miteigentümer aller 30 DAX-Konzerne und von mehreren Hundert weiteren Aktiengesellschaften.

Wie nimmt BlackRock Einfluss auf die Politik?

Der Einfluss erfolgt auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig: als Miteigentümer der wichtigsten Unternehmenskonzerne, als Berater der wichtigsten Zentralbanken, mit „Aladdin“ und mithilfe eines weltweiten Netzes an Einflussagenten in allen wichtigen Staaten. In Deutschland war dies jahrelang Friedrich Merz. Er war bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender der BlackRock Deutschland AG. 2020 wurde er wegen der öffentlichen Aufmerksamkeit, die seine Bewerbung um den CDU-Vorsitz hervorrief, durch den öffentlich unbekannt Michael Rüdiger abgelöst. Der ist aber auch ein wichtiger Banker: Ex-Chef der Sparkassen-Finanzgruppe Deka Investments und vorher Investmentbanker bei Schweizer Großbanken. Als BlackRock-Lobbyist begleitete Merz BlackRock-Vertreter wie Lawrence Fink bei Treffen mit deutschen Ministern: z. B.

vorsitzender von Vonovia, dem mit 450.000 Mietwohnungen größten Wohnungskonzern in Deutschland und BlackRock als Großaktionär. In Großbritannien ist Ex-Finanzminister George Osborne der oberste BlackRock-Lobbyist, in der Schweiz Philipp

ONLINETIPPS

Prof. Dr. Peter Grottian
Tock Tock BlackRock
Materialien zum Tribunal
26./27.09.2020
www.blackrocktribunal.de

Werner Rügemer
Noch mehr BlackRock in der US-Regierung
Telepolis, 17.01.2021
<https://heise.de/-5023050>

Joachim Wille
BlackRock nur schwachgrün
Klimareporter, 15.01.2021
www.t1p.de/dq2p

Jan Willmroth
Umweltschützer werfen BlackRock Greenwashing vor
Süddeutsche, 13.02.2021
www.sz.de/1.5172295

Christina Deckwirth
Friedrich Merz: Ein Top-Lobbyist als Parteivorstand?
LobbyControl, 11.01.2021
www.t1p.de/k3nj

Hildebrand, Ex-Chef der Schweizer Zentralbank.

In welche Richtung beeinflusst BlackRock die Wirtschaftspolitik?

BlackRock schafft Tatsachen – vor jedem direkten Einfluss auf Regierungen und Parlamente: durch die Umgestaltung der Banken und Unternehmen, in denen es Miteigentümer ist, und durch Absprachen mit ähnlich agierenden Kapitalorganisationsatoren. Es werden Fusionen organisiert wie bei Bayer und Monsanto, wo BlackRock gleichzeitig in beiden Konzernen Großaktionär war und ist. Dabei werden Zehntausende Arbeitsplätze abgebaut, Monopole geschaffen und Preise erhöht. Als zweitgrößter Miteigentümer von Rüstungskonzernen profitiert BlackRock von neuen Feindbildern, lang andauernden, ergebnislosen Kriegen, neuen Kriegen und Aufrüstung. Als größter gleichzeitiger Miteigentümer von Amazon, Apple, Google, Microsoft und Facebook ist BlackRock an der Digitalisierung der Arbeitsplätze, des Gesundheitswesens, des Handels, der Börsen, der Kriegsführung, der Eroberung

des Weltraums beteiligt – und dafür werden vorher nicht unbedingt die Regierungen um Erlaubnis gebeten. Vor allem ist BlackRock auch der größte Mitorganisator von globaler Steuerflucht: Es anonymisiert seine superreichen Kapitalgeber und lässt Hunderttausende Briefkastenfirmen in den wichtigsten Finanzoasen einrichten. So entgehen den Staaten jährlich Milliarden an Steuergeldern, wodurch sie verarmen, sich

Glänzend! Durch die Aktienwertsteigerungen bei den Digital- und Pharmakonzernen. Und durch den allgemeinen Anstieg der Aktien-Gesamtwerte nach den anfänglichen Einbrüchen. BlackRock ist auch der größte Verkäufer des neuen Finanzprodukts „Exchange Traded Funds“ (ETF) – die als „Volksaktie“ beworben wird. Der „Indexfonds“ ist an allen 30 DAX-Unternehmen gleichzeitig beteiligt und in winzige Stü-

„Einen Großteil seiner Gewinne schöpft BlackRock aus der Schrumpfung von Volkswirtschaften.“

verschulden und ihre Leistungen kürzen, privatisieren oder verteuern müssen.

Wie profitiert BlackRock von den staatlichen Corona-Hilfen?

BlackRock profitiert mehrfach: Es berät die EZB beim Kauf der Anleihen, der für die Kredite beim 750 Mrd. Euro schweren Corona-Wiederaufbauprogramm der EU notwendig wird. Es ist Großaktionär von Digitalkonzernen, die große Staatsaufträge zur Digitalisierung der Schulen, der Hochschulen und des Gesundheitswesens erhalten. Es ist Großaktionär von Pharmakonzernen, bei denen die EU – ohne Haftungsaufgaben! – viele Millionen teure Impfdosen bestellt hat. In Deutschland ist BlackRock drittgrößter Aktionär der Lufthansa – nach Multimilliardär Heinz-Hermann Thiele und der Wall-Street-Bank Morgan Stanley, an der BlackRock wiederum beteiligt ist. Bevor die Bundesregierung die Lufthansa mit 9 Mrd. Euro Steuergeldern rettete, bot deren Aktienabsturz für BlackRock ein gewinnträchtiges Geschäft, denn es dürfte weit vor den Kleinaktionären von der staatlichen Rettungsabsicht gewusst haben.

Wie kam BlackRock bislang durch die Corona-Krise?

cke aufgeteilt, sodass sich prekär Beschäftigte mit ein paar Hundert Euro welche kaufen können, um ihre erwartbar niedrige staatliche Rente aufzubessern. Die Gebühren dafür sind weitaus niedriger als bei der Riester-Rente, denn die Verwaltung erfolgt robotisiert. Aber da diejenigen, die am wenigsten verdienen und die niedrigsten Renten erwarten, auch am wenigsten Geld übrig haben, wurde die „Volksaktie“ dann doch zum Gegenstand der Großspekulation.

Was ist von BlackRocks aktuellen Slogans wie „Wir machen Nachhaltigkeit zum Standard“ zu halten?

BlackRock hat die Bedeutung der weltweiten Bewegungen zur Rettung der Umwelt erkannt. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos wurde Lawrence Fink zum Sprecher der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforderungen. Doch BlackRock steigt nicht aus der fossilen Industrie aus, sondern ergänzt seine bisherigen Aktivitäten um neue Umweltfonds, die im Gesamtvolumen jedoch nur wenige Prozentchen ausmachen. Damit bedient es den kaufkräftigen Teil der Umweltbewegung. Und die postulierte „Nachhaltigkeit“ gilt nicht für die sozialen Verhältnisse: Mit Amazon



BlackRock-Niederlassung in München: Allerbeste Lage, aber außen taucht der Name nur als dezente Gravur auf dem Briefkasten auf. Das entspricht der Konzernphilosophie, unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit im Hintergrund die Fäden zu ziehen.



Fotos: Günther Hartmann

& Co. kämpft BlackRock gegen Gewerkschaften und auskömmliche Tarifverträge, fördert Teilzeit-, Leih- und Saisonarbeit, fördert mit der Digitalisierung die Aufteilung abhängiger Arbeit in immer kleinere Portionen. Die Sozial- und Arbeitsrechte der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gelten für BlackRock nicht. Weltwirtschaftsforum und BlackRock unterstützen nicht den UNO-Beschluss für die sanktionsbewehrte Einhaltung der Menschenrechte in den internationalen Produktions- und Dienstleistungsketten. BlackRock fördert durch seine Praktiken die wachsende soziale Ungleichheit – vor allem auch durch seine systemische Beihilfe zur globalen Steuerflucht der Superreichen. Die eigenen Kunden werden immer reicher, die Mehrheit der abhängig Beschäftigten und Rentner wird immer ärmer. Die Superreichen werden anonymisiert und von Steuern und jeglicher sozialer Verantwortung befreit, die breite Bevölkerungsmehrheit muss in der Folge immer mehr direkte und indirekte Steuern zahlen.

Ist BlackRock auf Wirtschaftswachstum angewiesen?

Nein, BlackRock ist überhaupt nicht auf allgemeines Wirtschaftswachstum angewiesen – im Gegenteil. Einen Großteil seiner Gewinne

schöpft es aus der Schrumpfung der Volkswirtschaften, in denen es Eigentum an Unternehmen erwirbt: indem es Arbeitsplätze abbaut, an Billigfirmen ausgelagert oder mit billigen Wanderarbeitern besetzt. BlackRock trägt dazu bei, dass die Volkswirtschaften in den USA, Deutschland und alten EU-Staaten wie Frankreich, Belgien, Niederlande und Italien schrumpfen. Und dass sie auch in neuen EU-Mitgliedsstaaten wie Polen, Ungarn, Rumänien, Estland, Litauen und Lettland schrumpfen. Etwa ein Viertel

Pharma- und Rüstungskonzernen. Es will nicht den „Wohlstand der Nationen“, sondern den Reichtum seiner anonymen Kapitalgeber mehren.

Wie könnte man den Einfluss von BlackRock & Co. auf ein verträgliches Maß einschränken?

Die Vorschläge liegen seit Langem auf dem Tisch: ein zeitgemäßes Kartellgesetz, Schließung der Finanzoasen, Verbot von anonymisierten Briefkastenfirmen, Verbot von Insidergeschäften, Verbot der Finanzierung politischer Parteien

„BlackRock mehrt nicht den ‚Wohlstand der Nationen‘, sondern den Reichtum seiner Kapitalgeber.“

der Bevölkerung ist dort ausgewandert, vor allem Jüngere. Neben subventioniert hochgezogenen Filialen von Amazon, BMW, Continental, Ford, BASF, Toyota breitet sich Armut aus, ganze Landschaften veröden. BlackRock ist nicht auf volkswirtschaftliches Wachstum angewiesen, sondern schöpft Gewinne aus der Verwertung vorhandener wirtschaftlicher Substanz, aus dem organisierten Rückgang von Wachstum, aus der Verarmung ganzer Branchen, Regionen und Staaten. Gleichzeitig fördert es das Wachstum von Digital-,

durch Unternehmen, den Forderungen der UNO und ILO entsprechende Arbeitsverhältnisse, Mitbestimmung der Beschäftigten, Einhaltung der Menschenrechte in den internationalen Produktions- und Lieferketten, Beendigung der fossilen Industrie, Wohnen als Menschenrecht, notfalls Enteignung privater Wohnungskonzerne, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und nicht zuletzt die Einhaltung des UN-Völkerrechts. Da liegt noch ein langer Weg vor uns.

Herr Dr. Rügemer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

BUCHTIPPS



Werner Rügemer
Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts
Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure
PapyRossa,
September 2018
357 Seiten, 19,90 Euro
978-3-89438-675-7



Werner Rügemer
Imperium EU
ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr
PapyRossa,
November 2020
319 Seiten, 19,90 Euro
978-3-89438-726-6

Arbeitsvermeidung contra Arbeitsbeschaffung

„Wir könnten mit halb so viel Arbeit weitaus besser leben“

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze. Deshalb werden Wachstum und Arbeit gerne verklärt – von Politikern, Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften. Nicht gefragt wird dabei nach dem Sinn der Arbeit. Es wird nicht unterschieden, ob sie tatsächlich notwendig oder eher vermeidbar oder sogar schädlich ist.

Interview mit Prof. Günther Moewes

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Moewes, warum wird so gut wie nie zwischen notwendiger, vermeidbarer und schädlicher Arbeit unterschieden?

Prof. Günther Moewes: Weil auch vermeidbare und schädliche Arbeit Profit bringt – meist mehr als notwendige Arbeit. Und weil in den Augen der Politik „Arbeitsbeschaffung“ immer sinnvoll ist. Dabei schadet die meiste Arbeit – Stichworte: Transport- und Mobilitätswahn, Verpackung, Wegwerfproduktion, Pseudorecycling und Rüstung – der Natur und dem Klima weit mehr als notwendige, aber vernachlässigte Arbeit wie z. B. Sanierung, Reparatur, Bildung, Pflege, biologischer Anbau, Lebensmittelkontrolle und selbstbestimmte Entfaltungsrbeit. Weil erstere meist weit mehr Material und Energie beugt und verbraucht als letztere.

Ein bei Ihnen häufig auftauchender Begriff ist „Entropie“. Warum?

Der Begriff stammt vom Physiker Rudolf Clausius, der 1865 die Wärmelehre schuf: Alle Arbeit, die Materie und Energie verbraucht, überführt sie in die ewige Vermischung und Unverfügbarkeit – es sei denn, die Energie kommt von der Sonne. Der Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen und der Umweltjournalist Christian Schütze machten „Entropie“ dann zu einem Schlüsselbegriff

der Ökologie – alles nachzulesen in meinem Buch „Weder Hütten noch Paläste“.

Argumentieren Rechtspopulisten und Nationalisten nicht auch gegen Vermischung?

Da wird der Begriff „Vermischung“ auf sehr verschiedene Dinge angewandt. Physik hat nichts mit Migra-

tion und biologischer Vererbung zu tun. Migration hat meist schreckliche Ursachen, aber ohne sie wären wir noch alle Jäger und Sammler in Afrika. Der eigentliche Sündenfall ist der Zugriff auf die fossilen Energien. Davon erfolgte alle Mobilität und Migration mit Körper-, Tier- und Windkraft, d. h. mit Sonnenenergie. Auch sonst geht hier ja einiges durcheinander: Fast alle verurteilen den Nationalismus in der Politik, feiern ihn aber in der Weltwirtschaft, wo jede Nation versucht, anderen Nationen negative Handelsbilanzen zuzufügen und Arbeitsplätze abzugeben. Die Globalisierung dient als Drohkulisse, um die notwendige Verkleinerung unseres ökologischen Fußabdrucks zu ver-

hindern. Die stattdessen angebotenen technischen Lösungen strotzen vor Vergeudung. Sie unterschlagen meist große Teile der erforderlichen Herstellungsenergie für Rohstoffe, Planung, Gebäude und Transport bis hin zu allen Fahrten zu allen Arbeitsstätten. Es geht ja heute nicht nur um die künftige Verringerung des CO₂-

Ausstoßes, sondern vor allem um die Verringerung des bereits erzeugten. **Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf Architektur und Städtebau?**

Globalisierung zerstört die Vielfalt und schafft ein Allerweltsgemisch. Evolution hat stets Entmischung und höhere Vielfalt erzeugt. Statt unverwechselbarer Fachwerkstädte, weißer Dörfer in Andalusien oder hanseatischer Backsteinarchitektur produziert die Globalisierung in Berlin ein Bundespräsidialamt aus schwarzem indischem Marmor oder in Dortmund ein Botta-Museum aus rotem schwedischem Sandstein. Überall der gleiche Architektur-Zoo, der gleiche Logo-Salat. Ursache sind

„Das BIP hat sich in den USA seit 2005 verdoppelt, in Deutschland seit 1992. Eigentlich müsste es nun allen doppelt so gut gehen ...“



Foto: Canan Moewes

Prof. Günther Moewes, Jahrgang 1935, war mehr als drei Jahrzehnte Professor für Industrialisierung des Bauens an der FH Dortmund. Seine Forschungsarbeiten für mehr Nachhaltigkeit in Architektur und Stadtplanung führten ihn zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ökonomischen Prozessen. Darüber veröffentlichte er zahlreiche Artikel und 5 Bücher.

www.guenthermoewes.de

profitabler Transportwahn und PR-Zwänge der Architekten. Eine Orientierung an der Region würde weniger Transport und größere Unverwechselbarkeit erzeugen.

Hat die Ökologie in Architektur und Städtebau inzwischen an Bedeutung gewonnen?

Kaum. Überall noch immer die alten Fehler: Ignorieren von Himmelsrichtung, richtigem Sonnenschutz und passiver Solarnutzung. Glasfassaden auf Nordseiten. Stadtraum als bloßer Immobilienabfall. Ein riesiges Entsorgungsproblem durch die Schaumstoffe. Keine vernünftige Nachverdichtung und Funktionsmischung. Im Mansarddach des alten Landgerichts lagern Akten in Südlage mit Fernblick, während nebenan die Alleinerziehende im dunklen Erdgeschoss in Nordlage an der lauten Straße wohnt. Überall Flächen- und

Energieverschwendung. Supermärkte und Kindergärten werden nicht im Erdgeschoss von Geschossbauten untergebracht, sondern eingeschossig auf eigenem Grund. Die darüber fehlenden Wohngeschosse finden wir dann „auf der grünen Wiese“ vor der Stadt wieder. Die Innenstädte gehen immer weiter kaputt, trotz Festbeleuchtung, die millionenfachen Insekten- und Vogelotd erzeugt. „Künstler-Architekten“ mit neckischen „Ideen“ tun nicht das Notwendige und Sinnvolle, sondern jagen lieber nach dem noch nie Gesehenen, noch nie Dagewesenen.

Warum hat sich so wenig geändert?

Übermächtige private Besitzverhältnisse, Konzentrationsmechanismen des Kapitals, PR-Mechanismen der Architekten. Nötig wären bessere Raum- und Stadtplanung und großzügigere Ersatz- und Entschädigungsansprüche bei Enteignung. Stattdessen wird die Planlosigkeit als Ausdruck von Demokratie und Freiheit stilisiert.

Wieso haben Sie sich als Architekt so intensiv mit Ökonomie beschäftigt?

In den 1980er-Jahren wollten die Studenten ökologisch entwerfen

unbefangeneren Blick – und Durchblick. Die moderne Architektur wurde ja zum Teil von Gärtnern, Malern oder Reportern erfunden. Heute ist die Ökonomie derart aufbruchreif. Und überall entstehen alternative Konzepte und Netzwerke.

Was läuft in der Ökonomie verkehrt?

Natur und Klima werden zerstört. Und die soziale Ungleichheit nimmt zu – und wird immer krasser. Das BIP hat sich in den USA seit 2005 verdoppelt, in Deutschland seit 1992. Eigentlich müsste es nun allen doppelt so gut gehen, tatsächlich besitzen aber die 3 reichsten US-Milliardäre so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der US-Bevölkerung. Superreichtum entzieht sich unserer Vorstellungskraft. Wenn ein 100-Dollar-Schein 0,1 mm dick ist, dann ist 1 Mrd. in 100-Dollar-Scheinen 1 km hoch. Das Vermögen von Elon Musk wäre in 100-Dollar-Scheinen 195 km hoch. Das eigentlich Irre ist aber nicht die Höhe der Supervermögen, sondern ihre jährliche Zunahme: Die Vermögen der 10 Reichsten der Welt betragen 2010 zusammen 342 Mrd. Dollar, 2021 bereits 1.136 Mrd. Dollar – Zuwachs: 232%. Die 2.189 Milliarden

„Superreichtum: Wenn ein 100-Dollar-Schein 0,1 mm dick ist, dann wäre das Vermögen von Elon Musk in 100-Dollar-Scheinen 195 km hoch.“

– und es florierte eine banale „Latzhosen-Ökologie“, auch in vielen Medien. Das als Unsinn zu entlarven, ging nicht ohne Physik und ohne Ökonomie. Dabei stellte ich erstaunt fest, dass auch die Ökonomie voller Seltsamkeiten und unsinniger Annahmen war. Wenn Wissenschaft und Kunst in Gewohnheit, Fachblindheit, Akademismus, Historismus und Zeitgeist versinken, haben Fachfremde oder Autodidakten bisweilen den

dieser Welt besaßen 2010 zusammen 4 Bio., im April 2020 bereits 8 Bio. und Ende 2020 über 10 Bio. Dollar – Zunahme allein in den letzten 8 Monaten: 28%. Ein Totalversagen staatlicher Rückverteilungspolitik.

Woher kommt das?

Wir geben zuerst Milliarden für eine falsche Wirtschaft aus und bekämpfen deren Folgen dann wieder mit Milliarden. Das ist Arbeitsvergeudung! Aber da freuen sich die



Laut Oxfam nahm das Vermögen der Milliardäre von März bis Ende 2020 um 3.900 Mrd. auf 12.000 Mrd. US-Dollar zu.

Milliardäre. Diese monströsen privaten Kapitalanhäufungen auf der einen Seite erzeugen auf der anderen Seite weltweit den genau gleich großen Fehlbedarf bei der Existenzsicherung der Bevölkerungen. Da werden Arme notgedrungen zu Naturzerstörern gemacht, zu illegalen Goldwäschern, Überfischern und Singvogelessern. Wir alle bezahlen diese Monstervermögen mit Preisen, Mieten und Einkommensverlusten. Sowie mit fehlenden Leistungen bei Grundeinkommen, Pflege, innerer Sicherheit, Lebensmittelkontrolle usw. In den ärmeren Ländern geht das bis zu totalem Existenzverlust und Hungertod.

Wie hängen Ungleichverteilung und vermeidbare Arbeit zusammen?

In den Industrieländern wird ein „Arbeitsfehlbedarf“ von der Politik durch „Arbeitsbeschaffung“ kompensiert. Sinnvolle Arbeit in Pflege, Kitas usw. wird allerdings nicht so gern „beschafft“. Ungleichverteilung und vergeudete Arbeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Arbeitsbeschaffer sind die Wasserträger der Milliardäre. Dieser katastrophale Anachronismus gilt als „Motor der Wirtschaft“, ist in Wirklichkeit aber

die größte Abrissbirne für Globus, Klima, Natur und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Angela Merkel sagte einmal, den Schwachen könnte nur dann etwas abgegeben werden, wenn wir genügend Starke haben.

Politik als Reichenlobby! Etwas abgeben? Rückverteilung als Almo-

sen! Rechtfertigungsmärchen wie die „Trickle-down-Theorie“: Wenn wir genügend Reiche haben, tropft für die Armen schon genug herab. Oder: Die steigende Flut hebt alle Boote. Auch China glaubt heute an solche Märchen. Was früher Pharaonentum, Gottesgnadentum und Franzosenhass waren, besorgt heute die Ökonomie. Real ist nur der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“, sagt bei Brecht der Arme zum Reichen.

Ist die Ökonomie eine Wissenschaft?

Vieles an ihr ist schlicht Bluff: Wenn die Einwohnerzahl einer Stadt jedes Jahr gleich zunimmt, also die Zunahme prozentual nicht steigt, ist das für Ökonomen „Nullwachstum“. Und beim BIP ist das genauso. Sogar bei jährlich fallenden Wachstumsprozenten steigt das BIP munter weiter an. Auch die ewigen Prozent-

vergleiche zwischen ungleich großen Ländern sind Bluff. Richtiger wären Pro-Kopf-Vergleiche. Auch das „Umlagesystem“ der Renten ist ein Trick, um die Kapitalseite zu schonen und die Risiken der Arbeitsseite und den Jüngeren anzulasten. Und erst recht das Wohltätigkeitsgehabe um die „Arbeitsbeschaffung“, die nur dazu dient, der Kapitalseite die Maschineneinkommen zuzuschänzen.

Wie hängen Automatisierung, Arbeitsbeschaffung und Ungleichheit zusammen?

Obwohl das Geld immer mehr von Maschinen verdient wird, blei-

ben die Einkommen der Mehrheit weiter an die ständig zurückgehende Arbeit gekoppelt. Das hat fatale Konsequenzen: Das von Maschinen erwirtschaftete Geld wird fast ganz den Kapitaleignern, Konzernherren und Finanzmärkten überlassen. Die von Maschinen übernommene Arbeit muss ständig durch neue Ersatzbeschäftigungen kompensiert werden. Diese vermeidbare Arbeit zerstört Globus und Klima. Und sie schafft keinen Wohlstand, sondern zerstört ihn, weil dann das Geld für wichtige und sinnvolle Aufgaben fehlt. Die gezielt

„Obwohl das Geld immer mehr von Maschinen verdient wird, bleiben die Einkommen der Mehrheit an die ständig zurückgehende Arbeit gekoppelt.“

erzeugte Angst vor Erwerbslosigkeit treibt die Arbeitenden an, nicht gegen Kohleabbau und Gülledüngung zu demonstrieren, sondern dafür.

Wieso wird das nicht durchschaut?

Der Zeitgeist betet immer etwas an: heute Wachstum und Arbeit. Die Milliardäre und ihre Wasserträger wollen nicht, dass wir sehen, wer wie stark von der Verdoppelung des BIP profitiert. Und dass wir längst mit halb so viel Arbeit weitaus besser leben könnten. Statt fremdbestimmter Qualarbeit könnten wir uns mehr selbstbestimmter Entfaltungsarbeit widmen. Das schüfe Emanzipation. Doch das ist von denen, die vom gegenwärtigen System profitieren, unerwünscht.

Was wäre der Ausweg?

Die Abhängigkeit der Einkommen von der Arbeit muss beseitigt werden. Indem man einen Teil des von Maschinen für Supermilliardäre verdienten Geldes per Reichensteuer oder Vermögensabgabe direkt an die Bevölkerungen zurückverteilt. Und damit alle diejenigen alimentiert, die ihre vermeidbare Arbeit auf-

geben wollen oder müssen. Durch ein wie immer geartetes Grundeinkommen, durch Negativsteuern o. Ä. Das würde unsere Lebensgrundlagen erhalten und Emanzipation schaffen. Nur so könnte nach und nach die heutige wachstumsorientierte Angebots- und Beschäftigungswirtschaft in eine bedarfsorientierte Nachfrage-wirtschaft überführt werden.

Lässt sich das finanzieren?

Die im Zuge der Pandemie herausgehauenen Billionen haben dieses Argument und die alte Austeritätspolitik mit einem Schlag

weggefegt. Ebenso die Vorstellung, man könne keine Kredite ausgeben, bevor sie nicht erarbeitet wurden. Mario Draghis Anleihekäufe und das von Geschäftsbanken durch Kreditvergabe geschöpfte Geld wurden ja auch nicht vorher erarbeitet. Das alles wäre gut und entspräche moderner Finanztheorie, wenn die Billionen nicht bei fossilen Konzernen

und vermeidbarer Arbeit ankämen, sondern direkt bei der Bevölkerung – z. B. in Form eines pandemiefesten Grundeinkommens. Auch die viel beklagten, angeblich zu hohen Pensionslasten sind ja kreditfinanzierte Grundeinkommen. Sie destabilisieren nicht das Geldsystem, sondern stabilisieren die Binnennachfrage.

Die aktuelle Politik erhält bei den Wahlen immer wieder die Mehrheit. Konservatismus ist Gewohnheit.

BUCHTIPP

Günther Moewes
Arbeit ruiniert die Welt
Warum wir eine andere Wirtschaft brauchen
Nomen, Juni 2020
152 Seiten, 12,00 Euro
978-3-939816-74-4



Arbeit war immer das Los der Beherrschten. Viele möchten gern auf der Seite der Reichen und Sieger stehen. Oder glauben, dass sie von dieser Politik profitieren. Die Mittelschicht begreift nicht, dass nicht nur die Armen, sondern sie selbst für den Superreichtum ständig Federn lassen müssen – und wählen die, die angeblich „Vermögen schützen“.

Was können wir von Corona lernen?

Die Menschheit gibt es seit einer Weltraumsekunde. Aber die Biomasse aller lebenden Menschen und Nutztiere ist 24 mal so groß wie die aller wild lebenden Landsäugetiere. Und die Ökonomen wollen immer weiter Wachstum. Da freuen sich die Viren schon auf den „Kipppunkt“. Die Politik könnte die Pandemie nutzen und die Wirtschaft der Industrie-

„Die von Maschinen übernommene Arbeit muss ständig durch neue Ersatzbeschäftigungen kompensiert werden. Das zerstört Globus und Klima.“

länder ohne Gesichtverlust auf ein verträgliches Maß reduzieren. Sie könnte umweltschädliche Konzerne der schöpferischen Zerstörung überlassen, wie es Schumpeter gefordert hat. Stattdessen macht sie das Gegenteil: Sie schließt kleine Läden – und die großen Versandkonzerne werden immer größer und ihre Besitzer immer reicher.

Herr Prof. Moewes, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Suffizienz

Macht nichts!

In unserem Kulturkreis ist das Nichtstun schlecht beleumundet, wird manchmal gar mit Egoismus verwechselt. Was für ein Irrtum! Gelingendes Nichtstun meint nicht, nur faul in der Hängematte zu liegen, sondern mit weniger von allem auszukommen: mit weniger Auto, Haus und Urlaub, mit weniger Stress, Arbeit und Geld. Es meint ein Lebensmodell, in dem wir schauen, welche Jobs wir wirklich benötigen – und welche unsozial und unökologisch sind.

von Björn Kern

Gelingendes Nichtstun heißt: die Umwege abzukürzen. Ein Beispiel: Man verdient Geld, um sich die Kita leisten zu können, in welche die Kinder gebracht werden

warum haben wir überhaupt etwas bestellt? Zum Nachdenken bleibt keine Zeit. Denn den Nachmittag verbringen wir schon wieder in der Hotline für einen Telefondienstleister.

hen. Es macht glücklich und rettet als Nebeneffekt die Welt.

Es ist kein Verzicht, sondern es macht unglaublich viel Spaß, Dinge nicht zu besitzen. Sich auszuklinken. Wo immer möglich, nicht mitzuspielen. Die Zeit, in der das aktuell brandheiße Neugerät zum Altgerät von morgen altert, das man auf keinen Fall mehr haben darf und das somit durch ein noch neueres Neugerät ersetzt werden muss, ist genau die Zeit, die man entspannt unterm Birnbaum auf der Bank sitzen kann. Arbeit ist kein Wert an sich. Genauso wenig wie Pünktlichkeit oder Sauberkeit. Durch Arbeit kann man sehr viel Unheil anrichten.

*Auf einer Bank zu sitzen, statt im Stau zu stecken
oder in der Schlange vorm Skilift zu stehen,
macht glücklich und rettet als Nebeneffekt die Welt.*

müssen, damit man arbeiten gehen kann, um Geld zu verdienen. Man kauft ständig Dinge, deren Besitz Arbeit nach sich zieht. Der Paketzusteller klingelt nicht, sondern wirft direkt die Benachrichtigungskarte in den Briefkasten, weil er verständlicherweise keine Lust hat, für seinen Lohn vier Stockwerke zu erklimmen. Folglich rennt man durch den Verkehr zur Post. Darüber ärgern wir uns. Aber

Der Gedanke, man müsse die Menschen zum richtigen Konsum oder eben Nichtkonsum zwingen, ist der größte Irrtum der ökologischen Bewegungen der letzten 30 Jahre. Das sieht man ja immer wieder

*Es ist kein Verzicht, sondern es macht unglaublich
viel Spaß, Dinge nicht zu besitzen. Sich auszuklinken.
Wo immer möglich, nicht mitzuspielen.*

mal bei den Grünen. Man kann den Leuten nicht vorschreiben, wann sie Fleisch essen. Mir geht es nicht um die Geste des Verzichts, sondern um die Befreiung durch Unterlassen. Darum, wie bereichernd es ist, etwas nicht zu haben oder zu tun. Wie schön es ist, auf einer Bank sitzen zu dürfen, statt im Stau zu stecken oder in der Schlange vorm Skilift zu ste-

Zwei Ideologien beherrschen unsere Gesellschaft: Die eine ist die des endlosen Wirtschaftswachstums, des Wettbewerbs und der Arbeit als Wert an sich. Die andere ist der hyperaktive, technologische Umweltschutz. Auch der ist ein Irrweg. Umweltschutz erfordert Faulheit, Nichteffizienz. Eine horizontale Bewegung, keine Vertikale. Er fordert



Foto: iams66/pixabay.com

Muße, Ruhe und Weglassen. All das ist umweltfreundlich. Derjenige, der auf der Bank sitzt und ein Bierchen trinkt, wird als Schmarotzer angesehen. Dabei fügt er der Welt am wenigsten Schaden zu.

repariert wird, instandgesetzt und selbst gemacht. Wenn ich weniger für Geld arbeite, habe ich mehr Zeit, nicht für Geld zu arbeiten. Also die Wohnung selbst zu streichen, erstes Gemüse selbst anzubauen. Und was

Einziges Manko: Die Wirtschaft kurbelt Nichtstun nicht an. Wir können nun entweder glücklich sein und aufs Kurbeln verzichten. Oder wir kurbeln und verzichten aufs Glückselin. Noch entscheiden wir uns für die zweite Möglichkeit. In Buthan haben sie sich dagegen fürs Bruttoinlandsglück entschieden. Das wächst auch dann, wenn man gar nichts tut. ■

*Arbeit ist kein Wert an sich. Durch Arbeit
kann man sehr viel Unheil anrichten. Umweltschutz
erfordert Faulheit, Muße, Ruhe und Weglassen.*

Normalerweise ist es ja so: Erst haben wir keine Zeit für uns wegen der Schule, dann keine Zeit für die Partnerschaft wegen der Ausbildung, dann keine Zeit für Kinder wegen des Berufs, dann keine Zeit für den Beruf wegen der Kinder. Wir lassen uns ausbilden, dann ausspressen, und erst wenn wir uns aussortieren lassen, kommen wir wieder zu uns. Gelingendes Nichtstun versucht, diese Schlaufe abzukürzen.

Wie wäre es, wenn wir alle einen Tag in der Woche weniger arbeiten dürften? Qua Gesetz. Nicht für ein verlängertes Wochenende, sondern einen Tag, an dem getauscht und

ich nicht selbst kann, kann vielleicht mein Nachbar. Sicher, mehr Geld würde das nicht einbringen. Dafür aber mehr Zeit.

Ich weiß schon: Das ist Utopie. Im Alleingang lässt sich eine Festanstellung nicht um einen Tag reduzieren. Und die Forderungen zum Monatsersten wollen alle bezahlt sein. Auch ich komme da allein nicht raus. (Sonst würde ich jetzt nichts tun und nicht diesen Text schreiben!) Ein nachhaltigeres Wirtschaftssystem – das gelingt nur im Verbund. Nichtstun könnte ein erster Schritt sein: Es hält sich keine Arbeitssklaven in anderen Ländern und verursacht kein CO₂.

Björn Kern, Jahrgang 1978, leistete nach dem Abitur zunächst Zivildienst in der Psychiatrie und studierte anschließend deutsche und französische Literatur sowie Zeitgeschichte. Seither arbeitet er als freier Autor und erhielt für seine Werke zahlreiche Literaturpreise. Seit einigen Jahren beschäftigt er sich intensiv mit Minimalismus und Postwachstum. Auf dem ÖDP-Symposium „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ tritt er als Referent auf.



www.bjoernkern.de

BUCHTIPP



Björn Kern
Das Beste, was wir tun können, ist nichts
Fischer, März 2016
256 Seiten, 12,00 Euro
978-3-596-03531-1
September 2018
357 Seiten, 19,90 Euro
978-3-89438-675-7

Ökologisches Grundeinkommen

Gastliches Umfeld für eine Transformation der Erwerbsarbeit

Solange Arbeitslosigkeit eine existenzielle Bedrohung darstellt, wird es starke Ängste und Widerstände gegen eine ökologische Transformation unserer Wirtschaft geben. Ein „Ökologisches Grundeinkommen“ (ÖGE) könnte die Situation entschärfen, für soziale Sicherheit sorgen und die Erwerbsarbeit gründlich verändern.

von Dr. Ulrich Schachtschneider

In welcher Weise auch immer wir uns eine weniger entfremdete Erwerbsarbeit vorstellen – ein Grundeinkommen stärkt die Möglichkeit, unser Arbeitsleben in der von Erich Fromm postulierten „Existenzweise des Seins“ zu führen. Voller Freude meine Fähigkeiten nutzen kann ich eher, wenn ich mich mit dem Produkt und seiner Produktion identifizieren kann. Mehr „Sein“ in der Erwerbsarbeit ist die Basis für die Realisierung unseres elementaren Bedürfnisses nach Resonanz: Nur

wer durch frei gewählte Tätigkeiten Selbstwirksamkeitserfahrungen macht, kann auf dieser Identitätsgrundlage mit der dinglichen und sozialen Welt in einen inspirierenden Austausch treten – eine Voraussetzung für einen Abbau der konsumistischen „Haben-Orientierung“

wendige Gründlichkeit erreichen. Die energetisch gut überlegte und mit Muße ausgeführte Renovierung eines Gebäudes etwa wird dann ökonomisch attraktiver als ein schneller Pfusch oder gar ein Neubau, die Bahnfahrt zum beruflichen Termin wird günstiger als die Flugreise, ein

Nur wer durch frei gewählte Tätigkeiten Selbstwirksamkeitserfahrungen macht, kann mit der Welt in einen inspirierenden Austausch treten.

auch jenseits der Erwerbsarbeit, die elementarer Bestandteil einer ökologisch-solidarischen Lebensweise ist.

Die „Seins-Orientierung“ in der Arbeit – das Sorgen für Menschen und Gegenstände („Lieben“), die partizipative Entwicklung und Gestaltung von Produkt und Produktion („freudige Aktivität“) sowie der persönliche Entwicklungsprozess im Rahmen einer Tätigkeit mit hohem Qualitätsanspruch („Werden“) – ist zeitaufwendig. Unternehmen, die auf die „Seins-Orientierung“ Wert legen, werden höhere Arbeitskosten haben. Um ökonomisch bestehen zu können, dürfen diese Mehr-Arbeitskosten aber weniger ins Gewicht fallen als die Einsparung an Ressourcenkosten, die sie durch ihre zeitauf-

täglicher Besuch mit einem persönlichen Gespräch im Rahmen sorgender Pflege fällt kostenmäßig weniger ins Gewicht als der Kauf eines automatischen Medikamenten-Dosiergeräts mit Fernüberwachung und computergeneriertem Dialog.

Damit die Realisation unserer „Seins-Ansprüche“ in der Erwerbsarbeit nicht durch die wettbewerbsbedingte Zeitknappheit erschwert wird, ist es nötig, das Verhältnis von Steuern auf Arbeits(zeit)einsatz und Steuern auf Ressourcenverwendung zu verändern. Das Grundeinkommen sollte daher zum größeren Teil aus Abgaben auf den Verbrauch von knappen Umweltressourcen finanziert werden – das ist das „Ökologische Grundeinkommen“ (ÖGE).

Langsamkeit, Partizipation und Qualität werden dadurch konkurrenzfähiger und damit auch die „Seins-Orientierung“ in der Sphäre der Erwerbsarbeit. Dafür gibt es durchaus ein Bedürfnis: Viele Beschäftigte klagen heute, dass ihnen aufgrund des Kostendrucks immer weniger Zeit bleibt, ihre eigentlichen beruflichen Fähigkeiten und Ansprüche in Ruhe umsetzen zu können. Während eine Erhöhung der Arbeitskosten eher Arbeitsverdichtung und damit Beschleunigung zur Folge

schiebung der finanziellen Gewichte von Zeit- zu Ressourcenkosten wird zwar ökonomisch günstiger, doch ebenso wird die Aufrechterhaltung

unangenehmer empfunden werden, etwa das Ernten per Hand anstelle der Benutzung einer durch Ressourcensteuern teurer gewordenen

Höhere Arbeitskosten hätten eher Arbeitsverdichtung und Beschleunigung zur Folge, Ökosteuern dagegen Entschleunigung und Partizipation.

oder weitere Steigerung des Tempos technischer Vorgänge ökonomisch möglich sein, sofern dies von den

Maschine, werden diese personalintensiv-langsamere Varianten im Preis steigen. Das ÖGE mit seiner Macht, „Nein“ zu sagen, erlaubt es, dafür höhere Löhne zu fordern.

Ob sich Produktionen, sozialer Wandel oder Kulturen mehr oder weniger beschleunigen, hängt unter den freiheitlichen Wahlmöglichkeiten des ÖGE davon ab, als wie authentisch die Produzentinnen und Produzenten diese selber empfinden. Das ist Zeit-Wohlstand: die Verfügung über mehr oder weniger Beschleunigung. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal, das benutzt werden kann. Eine „zeitbewusste Ökonomie“ mit Respekt vor den „Eigenzeiten“ von Mensch und Umwelt wird möglich.



Foto: Pixabay.com

haben kann, lässt sich mit der Finanzierung des Grundeinkommens über Ökosteuern Entschleunigung und Partizipation, und damit wieder mehr selbstbestimmte „Lebenswelt“, auch innerhalb des geldvermittelten ökonomischen „Systems“ stützen.

Konsumentinnen und Konsumenten wirklich gewünscht wird und sie dafür zu zahlen bereit sind.

Auch andersherum werden hoher Personaleinsatz und lange Arbeitszeiten keineswegs zur neuen ökonomischen Notwendigkeit. Lang-

Zeit-Wohlstand: die Verfügung über mehr oder weniger Beschleunigung. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal, das benutzt werden kann.

Allerdings wäre dies keineswegs zwingend, vielmehr handelt es sich um eine sich neu ergebende Option. Die Entschleunigung etwa von Transport oder Produktion durch die Ver-

samere Produktionsvarianten mit weniger Maschineneinsatz werden auch mit Ökosteuern keineswegs per se günstiger. Wenn sie von den Produzentinnen und Produzenten als

BUCHTIPPS



Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hrsg.)
Postwachstumspolitik
Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft
oekom, Februar 2017
328 Seiten, 24.95 Euro
978-3-86581-823-2



Ulrich Schachtschneider
Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit
Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle
oekom, September 2014
152 Seiten, 16.95 Euro
978-3-86581-693-1

Dr. Ulrich Schachtschneider,

Jahrgang 1962, studierte nach Tätigkeit als Bauhandwerker Energietechnik, Soziologie und Umweltpolitik. Seither ist er als Energieberater, freier Sozialwissenschaftler, Dozent und „konkreter Utopist“ tätig. Zu seinen Forschungs- und Publikations-Schwerpunkten gehören die sozial-ökologische Transformation, die Postwachstumsgesellschaft und das Grundeinkommen. Er ist Vorstandsmitglied des Bündnisses „Unconditional Basic Income Europe“ (UBIE).



Finanzpolitik und Gemeinwohl

„Ressourcen sind endlich, Geld ist es nicht“

Derzeit etabliert sich in der Wirtschaftswissenschaft eine neue Denkschule: die Modern Monetary Theory (MMT). Neu an ihr ist die empirische Betrachtung von Finanzsystem und Makroökonomie. Eine zentrale Erkenntnis: Der moderne Staat – bestehend aus Regierung und Zentralbank – kann unbegrenzt Ausgaben tätigen. Was folgt daraus?

Interview mit Dr. Dirk Ehnts

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Ehnts, was haben Gemeinwohl und Ökologie mit unserem Geldsystem zu tun?

Dr. Dirk Ehnts: Geld ist die Grundlage unseres Wirtschaftens und damit auch unseres Umgangs mit begrenzten Ressourcen. Wir können unser Wirtschaften nach dem Profit ausrichten – oder nach dem Gemein-

politischen Gesetze wie die Schuldenbremse oder die Defizitregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts hindern ihn daran. Tendenziell könnten wir aber in unserem Geldsystem die Wirtschaft sehr viel stärker am Gemeinwohl ausrichten, als viele das denken. Geld ist genügend da. Entscheidend ist der politische Wille!

er ist es, die Steuern zu nutzen, um Haushalten und Unternehmen Kaufkraft zu entziehen. Steuern dienen aus makroökonomischer Sicht zur Inflationsbekämpfung, nicht zur Finanzierung des staatlichen Haushalts. Steuern eignen sich aber auch dazu, Einkommen umzuverteilen, wenn die Einkommens- oder Vermögensverteilung ungerecht ist. Oder dazu, gesundheitsschädlichen Konsum zu versteuern – wie bei Alkohol und Tabak.

Was passiert, wenn der Staat zu wenig Schulden macht?

Dann kann er weniger ausgeben. Und in der Wirtschaft lässt sich keine Vollbeschäftigung erreichen. Wir erleben das in der Eurozone seit Beginn. Die Arbeitslosenquote lag hier nie unter 7 %, was ein sehr hoher Wert ist. Die Beschäftigung hängt direkt davon ab, wie hoch die Gesamtausgaben von Haushalten, Unternehmen, Staat und Ausland sind. Unternehmen produzieren so viel, wie sie verkaufen können. Vor dem Hintergrund der Umwelt- und Klimaproblematik ist das zwar bedauerlich, darf aber nicht ausgeblendet werden. Wenn die Gesamtausgaben nicht hoch genug sind, dann ist das wie die „Reise nach Jerusalem“: Es fehlen Stühle: Arbeitsplätze! Und



Dr. Dirk Ehnts,

Jahrgang 1977, studierte Volkswirtschaftslehre, promovierte und forschte über Geldtheorie, Makroökonomie, Finanzmärkte, Wirtschaftsgeografie und Ungleichheit. Als Gastprofessor lehrte er an mehreren Hochschulen und Universitäten. 2014 gründete er die Puffendorf-Gesellschaft mit und ist seither ihr Vorstandssprecher. Über die MMT veröffentlichte er zahlreiche Fachartikel und zwei Bücher.

www.dirk-ehnts.de

einige müssen stehen: vor dem Arbeitsamt! Die Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems besteht darin, dass der Staat seine Ausgaben so lange erhöht, bis alle einen Arbeitsplatz haben. Alles andere ist Augenwischerei. Wenn es nicht genügend sinnvolle

nachgedacht werden. Kurzfristig aber werden zu geringe Staatsausgaben zu erhöhter Arbeitslosigkeit, geringerer Inflation und mehr Ungleichheit führen. Und dann steigen die Staatsschulden trotzdem an, weil die Steuereinnahmen von der wirtschaftlichen Aktivität abhängen – und sinken, wenn die Wirtschaft schwächelt.

Was passiert, wenn der Staat zu viel Schulden macht?

Dann werden seine Ausgaben die Wirtschaft an die Grenze ihres Produktionspotenzials führen. Dann steigen die Preise. Die Inflation wird allerdings durch unser Steuersystem

schaftlichen Systeme herrscht ein derartiger Aberglaube wie im Bereich der Staatsverschuldung.

Warum ist unser Geld- und Finanzsystem so schwer zu begreifen? Warum gibt es so viele Missverständnisse?

Unser Geld- und Finanzsystem ist nicht schwer zu begreifen. Es ist eigentlich ganz einfach: Der Staat zwingt seine Bürgerinnen und Bürger, Steuern in einheimischer Währung zu zahlen. Dies erzeugt die Akzeptanz der Währung. Modernes Geld ist also nichts anderes als eine Steuergutschrift. Wir können uns damit unserer Steuerschulden entledigen. Die staatliche Zentralbank bekommt

„Wir brauchen nicht darauf warten, dass die Reichen endlich ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen. Wir müssen unseren Planeten jetzt retten.“

„Der Staat hat das Monopol auf seine Währung.

Nur er darf Geld erzeugen. Und das bedeutet, dass er so viel Geld ausgeben kann, wie er braucht.“

wohl. Für das Gemeinwohl ist vor allem der Staat zuständig: von der Verwaltung über das Schulsystem und Gesundheitssystem bis hin zum Umweltschutz. Für diese Aufgaben muss er Geld ausgeben: für Arbeitskräfte, Güter und Dienstleistungen, Grundstücke, Maschinen, Rohstoffe und Energie. Wünsche nach einer Ausweitung der staatlichen Ausgaben werden häufig mit dem Argument zurückgewiesen, es wäre dafür nicht genügend Geld da. Das stimmt jedoch nicht. Der Staat hat das Monopol auf seine Währung. Nur er darf Geld erzeugen. Und das bedeutet, dass er so viel Geld ausgeben kann, wie er braucht. Nur seine eigenen

Ein Green New Deal ließe sich auch in Deutschland sofort angehen. Wir brauchen nicht darauf warten, dass die Reichen endlich ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen. So viel Zeit haben wir auch nicht. Wir müssen unseren Planeten jetzt retten, nicht irgendwann in ferner Zukunft!

Warum sollte der Staat dann überhaupt noch Steuern erheben?

Der Staat sollte Steuern vor allem deshalb erheben, um die Inflationsrate gering zu halten. Will er zur Stärkung des Gemeinwohls seine Aktivitäten ausdehnen, dann wird er viele Ressourcen kaufen müssen. Will auch der private Sektor diese Ressourcen haben, steigen die Preise. Schlaue

etwas abgedeckt, denn mehr Umsatz bedeutet auch mehr Umsatzsteuer, d.h. dem Staat fließt mehr Geld zu. Japan hat eine Staatsverschuldung von deutlich über 200 % des BIP, hat jedoch nicht zu viel Schulden gemacht. Die Inflation ist dort niedrig. Aktuell herrscht sogar Deflation. Das Preisniveau sinkt auf breiter Front. Bei einer Arbeitslosenquote von etwa 3 % wäre es unverantwortlich, mit Hinweis auf die vermeintlich hohen Staatsschulden die Staatsausgaben zu senken und so die Deflation weiter anzuheizen. Die

das Monopol auf die Währung. Staatliches Geld muss erst ausgegeben werden, bevor die Menschen damit Steuern zahlen können. Daher werden die Menschen dem Staat Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Grundstücke, Maschinen etc. anbieten. Der Staat hat Geld und will Ressourcen. Banken haben dann ihren eigenen Geldkreislauf, wobei sie versprechen, dass die von ihnen erzeugten Bankguthaben eins zu eins in Bargeld getauscht werden können. Die Zentralbank ist nicht nur Hausbank des Staates, sondern auch Bank der Banken. Diese können sich gegen Sicherheiten Geld von ihr leihen. Das brauchen sie aber nur, wenn wir Bargeld halten wollen. Ansonsten reicht es, dass sie bei Überweisungen ihre Zentralbankguthaben entsprechend umverteilen. All dies war bereits Anfang des 20. Jahrhunderts bekannt. Ökonomen wie Knut Wicksell, John Maynard Keynes, Joseph Schumpeter und Georg Friedrich Knapp würden sich heute sehr wundern über die aktuell

„Wir könnten unsere Wirtschaft sehr viel stärker am Gemeinwohl ausrichten. Geld ist genügend da. Entscheidend ist der politische Wille.“

Arbeit gibt oder aus Umwelt- und Klimaschutzgründen die Nutzung der Ressourcen reduziert werden soll, dann kann über eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Arbeitslosenquote würde hochschnellen. Wozu? Weil eine Statistik bei den Wirtschaftspolitikern ein „ungutes Gefühl“ ausgelöst hat? In keinem anderen Teil unserer gesell-

herrschende Sichtweise. Viele Ökonomen hängen gedanklich immer noch in der Zeit des Goldstandards fest und meinen, es sei legitim, eine vermeintlich vereinfachte Theorie zu

präsentieren: kein Geld, alle Transaktionen mit Gütern als Realtausch. Da bräuchte der Staat dann tatsächlich zuerst Einnahmen in Form von Naturalsteuern, bevor er selber etwas ausgeben kann. Doch diese Sicht der Dinge war nie korrekt und ist gerade heute weit entfernt von der Realität. Der Staat schuldet Geld – und keine Güter. Und er kann und muss dieses Geld selbst erzeugen. Die Modern Monetary Theory (MMT) verursacht hier eine kopernikanische Wende. Und dabei gibt es einige Verlierer, die

untersuchen. Da viele Kollegen uns nicht als Theoretiker anerkennen, meinen sie, dass die MMT eine Politikempfehlung sei, die man „anwenden“ könne. Das ist falsch, wird aber seit Jahren behauptet. Richtig ist: Die MMT ist eine empirisch überprüfbare Theorie unseres Geld- und Finanzsystems. Sie ist politisch neutral – und keine Ideologie. Das heißt nicht, dass aus politischer Sicht nichts folgt. Natürlich fragt sich auch die MMT: Wie erreichen wir Vollbeschäftigung und Preisstabilität bei nachhaltiger

ONLINETIPPS

Samuel-Pufendorf-Gesellschaft
für politische Ökonomie e.V.
www.pufendorf-gesellschaft.org

Dana Moriß, Maurice Höfgen
**Ohne Staatsschulden
kein Klimaschutz**
Jacobin, 26.01.2021
www.t1p.de/riyb

Chris Vielhaus
**Der Staat braucht dein Geld
gar nicht. Du brauchst seins**
Perspective Daily, 16.11.2020
www.t1p.de/3pkz

Chris Vielhaus
**Wie die Schwarze Null
unsere Zukunft zerstört**
Perspective Daily, 22.10.2020
www.t1p.de/2wfw

Oliver Stock
**„Nur Diktaturen begrenzen
Geldmenge“: Ökonom kämpft
für Ende des Schulden-Mantras**
Focus/Wirtschaftskurier, 08.09.2020
www.t1p.de/i6g5

Interview mit Dirk Ehnts
**Experte erklärt: Eine Geldflut
der Notenbanken wird unser
Leben besser machen**
Focus/Deutsche Welle, 12.02.2020
www.t1p.de/bqa6

Dirk Ehnts
**Modern Monetary Theory –
eine fiskalische Theorie der
Stabilisierung der Wirtschaft**
Vortrag, 12.12.2019
<http://y2u.be/tAqlyNGiUn8>

Dirk Ehnts
**Die Lösung liegt in höheren
Staatsausgaben**
FAZ, 11.05.2019
www.t1p.de/3fdw

mit den Mythen der „schwäbischen Hausfrau“, der „schwarzen Null“, der „Trickle-down-Ökonomie“ und der „Globalisierung“ sehr gut gefahren sind. Alle diese Mythen verlieren nun ihre Wirkungskraft. Allerdings sitzen noch überall Leute an den Schalthebeln, die mit ihnen hochgekommen sind. Da sie gegen die MMT mit Argumenten nicht ankommen, stellen sie diese falsch dar und verbreiten viele Missverständnisse.

Was ist das größte Missverständnis?

Das größte Missverständnis betrifft die Frage, was die MMT eigentlich ist. Eine Theorie ist nach dem Duden ein „System wissenschaftlich begründeter Aussagen zur Erklärung bestimmter Tatsachen oder Erscheinungen und der ihnen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten“. Leider scheinen viele Kollegen zu glauben, dass eine Theorie ein Gleichgewichtsmodell sein muss. Das ist hanebüchener Unfug. Wenn ich verstehen will, ob eine Zentralbank oder eine Regierung zahlungsunfähig werden kann, dann kann ich das nicht mithilfe eines Gleichgewichtsmodells

Ressourcennutzung? Die Antworten sind dann aber andere. Es ist zu erwarten, dass sich durch die MMT der gesamte politische Diskurs in der Achse verschiebt, ähnlich wie bei der Einführung des Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Wer „erfand“ die MMT?

Vor ziemlich genau 25 Jahren suchte der US-Investor und Automobilkonstrukteur Warren Mosler nach Ökonomen, die sich mit Geld und mit dem Staat beschäftigen und wie er erkannt hatten, dass der Staat, weil er ein Monopol auf Währung hat, das Preisniveau und die Beschäftigung wesentlich bestimmt. Er fand Randall Wray und Bill Mitchell, im Laufe der Zeit kamen noch Pavlina Tcherneva, Fadhel Kaboub, Scott Fullwiler und nicht zuletzt Stephanie Kelton hinzu, deren Buch „The Deficit Myth“ ein Bestseller wurde. Sie beriet zuletzt Bernie Sanders im Wahlkampf, der einen Green New Deal wollte. Berater der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez hatten diesen ausgearbeitet. Mosler war ursprünglich an der Frage interessiert, ob die Regie-

„Der Staat sollte Steuern vor allem deshalb erheben, um die Inflationsrate gering zu halten, und nicht, um seinen Haushalt zu finanzieren.“



Aus dem Währungsmonopol des Staates folgt: Er braucht nicht das Geld der Bürger, um es für sie ausgeben zu können, sondern die Bürger brauchen sein Geld, um ihre Steuern bezahlen zu können. Das klingt banal, hat aber weitreichende Konsequenzen.

rungen der Türkei und Italiens bankrott gehen könnten. Im Endeffekt erkannte er, dass dies nicht der Fall ist, denn solange es keinen festen Wechselkurs oder keine Staatsverschuldung in ausländischer Währung gibt, kann eine von ihrer Zentralbank unterstützte Regierung nicht zahlungsunfähig werden. Unterstützt die Zentralbank sie nicht, kann die Regierung die Gesetze ändern und die Zentralbank zwingen, sie zu unterstützen. Die demokratisch legitimierte Regierung ist mächtiger als die nicht demokratisch legitimierte Zentralbank. Dies ist eine wichtige Einsicht, gerade vor dem Hintergrund der Austeritätspolitik, die insbesondere Europa an den Abgrund getrieben hat.

Wie stießen Sie auf die MMT? Und warum wurden Sie ihr Verfechter?

Ich wurde 2011 auf die MMT aufmerksam. Damals war ich an der Universität Oldenburg als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und versuchte, die große Finanzkrise

von 2008/2009 zu verstehen. Ich wollte ein Buch schreiben, das die Geld- und Kreditschöpfung so erklärt, dass wir sie wirklich verstehen können. Nachdem ich mich eingelese hatte, wurde mir klar, dass fast nichts von dem stimmte, was mir im Studium über Makroökonomie und

Mythos. Ebenso wie die Annahme, dass Zentralbanken die Inflation kontrollieren. Erstens können sie das nicht. Und zweitens führen niedrigere Zinsen zu weniger und nicht zu mehr Inflation. Als ich die MMT damals anhand von empirischen Fakten überprüfte, wurde mir klar, dass ich

„Die Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems besteht darin, dass der Staat seine Ausgaben so lange erhöht, bis alle einen Arbeitsplatz haben.“

Geld beigebracht worden war: Banken sind keine Intermediäre, sondern schöpfen selber Geld. Staatsausgaben erhöhen die Ersparnis und erzeugen kein „Crowding out“, wie es in Lehrbüchern behauptet wird. Eine Erhöhung der Staatsausgaben führt dabei zu niedrigeren Zinsen, nicht zu höheren. Staaten können normalerweise nicht pleitegehen. „Fiskalischen Spielraum“ gibt es gar nicht. Der „natürliche Zins“ ist ein

eine schwerwiegende Entscheidung treffen muss: entweder die MMT wegschieben und einfach so tun, als ob ich von ihr nichts mitbekommen hätte. Oder aber für sie eintreten und sie einem breiteren Publikum bekannt machen. Ich entschied mich für Letzteres. 2014 gründete ich mit dem Rechtsanwalt Erik Jochem und dem Investmentbanker Alex Hoffmann die gemeinnützige Pufendorfgesellschaft, um die Öffentlichkeit

über die Funktionsweise des Geld- und Kreditsystems aufzuklären und wissenschaftliche Erkenntnisse zu transferieren.

Wer ist Pufendorf?

Samuel von Pufendorf war einer der ganz großen Staatsphilosophen des 17. Jahrhunderts und ein Vordenker der Menschenrechte. Er vertrat die Auffassung, dass der Staat die zentrale Instanz zur Herstellung und Garantie öffentlicher Güter ist. Und dass jedem Menschen durch Geburt bestimmte Rechte zustehen, die er nur dadurch verwirklichen kann, indem er sich mit anderen zu einer organisierten Gemeinschaft, dem Staat, zusammenschließt. Die zentrale Aufgabe des Staates ist deshalb, die Freiheit seiner Bürger und die angemessene Verteilung der Güter zu gewährleisten. Wir stehen auf seinen

„In keinem anderen Teil unserer gesellschaftlichen Systeme herrscht ein derartiger Aberglaube wie im Bereich der Staatsverschuldung.“

Schultern, wenn wir sagen, dass Geld der Kern unseres Gemeinwesens ist und dass wir uns alle über die politischen Regeln verständigen sollten, wie wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen. Inzwischen hat unser Verein über 20 Mitglieder, richtete im Februar 2019 die erste Europäische MMT-Konferenz aus und wird im September 2021 die zweite ausrichten.

Wer würde von einer Wirtschaftspolitik nach der MMT profitieren? Und wer nicht?

Arbeitssuchende würden profitieren, denn Vollbeschäftigung ist ein Ziel, das sich einfach erreichen lässt. Die jetzige Strategie ist, Arbeitssuchende besser zu qualifizieren. Das löst aber das Problem nicht, wenn es in den Unternehmen zu wenig Arbeitsplätze gibt. Der Staat könnte aber einfach zusätzliche Arbeitsplätze

erzeugen im Rahmen einer Jobgarantie, auf Bundesebene finanziert und auf lokaler Ebene verwaltet. Wer Arbeit sucht und keine findet, bekommt ein lokales Arbeitsangebot aus einer Datenbank. Gezahlt wird ein Grundlohn, der zum Leben aus-

reicht. Zu tun gibt es genug. Wir haben Krisen in vielen gesellschaftlichen Bereichen und könnten helfende Hände fast überall gut gebrauchen. Neben den Arbeitssuchenden würden also auch diejenigen profitieren, denen mit der Arbeit geholfen wird. Verlieren würden Unterneh-

men, die ihre Arbeitskräfte schlecht bezahlen, weil denen dann die Arbeitskräfte davonlaufen.

Um wie viel soll der Staat seine Ausgaben erhöhen?

Das sollte der Staat letztlich an den Zielen ausrichten, die er erreichen möchte. Dazu gehört – neben der eben erwähnten Vollbeschäftigung – vor allem auch die Durchsetzung von Rechten. Es gibt ein Recht auf Bildung, ein Recht auf Gesundheit, ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und noch weitere Rechte. Dafür muss der Staat Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Polizei, Justiz und andere Einrichtungen finanzieren.

Ist eine Wirtschaftspolitik nach der MMT ökologisch ausrichtbar?

Eine Wirtschaftspolitik auf Grundlage der MMT ist auf das Gemeinwohl

ausgerichtet. Was das Gemeinwohl genau ist, muss in einem demokratischen Prozess festgelegt werden. Die Ökologie ist heute natürlich von zentraler Bedeutung. Insofern ist die MMT eine gute Grundlage für einen Green New Deal. Alles, was produ-

ziert werden kann, ist finanzierbar. Die Ressourcen sind endlich, das Geld ist es nicht. Wenn es an Geld mangelt, dann nur, weil das politisch so gewollt ist. Die MMT erlaubt eine undogmatische Wirtschaftspolitik. Der Staat kann sowohl den privaten Sektor über Garantien, Zuschüsse und Käufe einbinden als auch den öffentlichen Sektor stärken, z. B. bei der Verkehrsinfrastruktur oder im sozialen Bereich, um die ökologische Transformation sozialverträglich zu gestalten. Bei einem Green New Deal muss die gesamte Bevölkerung mitgenommen werden, um soziale Härten, soziale Unruhen und politische Verwerfungen zu vermeiden.

Könnte die MMT für Wirtschaftspolitik zur Steigerung der Unternehmensprofite missbraucht werden?

Theoretisch wäre das durchaus möglich, aber es ist unwahrscheinlich. Denn die MMT ist mit ihrer Betonung des Gemeinwohls und des demokratisch legitimierten Staates seit jeher ein Gegenentwurf zum seit Jahrzehnten vorherrschenden Wirtschafts- und Politikverständnis.

Ist in der Eurozone eine Wirtschaftspolitik nach der MMT überhaupt machbar?

2014 schrieb ich in der 1. Auflage meines Buches, dass die Institutionen der Eurozone so umgebaut werden sollten, dass das Risiko eines Staatsbankrotts auf null reduziert

wird. Und dass dies geschehen könne, indem das Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) genehmigt wird. Im März 2020 setzte die EZB genau das um, indem sie ein Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) startete. Sie versprach, Staatsanleihen in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro anzukaufen – so viel und so lange wie nötig. Nun wissen die Investoren, dass sie immer an die EZB verkaufen können. Staatsanleihen sind risikofrei. Die nationalen Regierungen können diese immer an Banken verkaufen, weil die damit Geld verdienen können. Auch die Defizitregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind nun außer Kraft gesetzt, mindestens noch dieses Jahr, wahrscheinlich auch 2022. Damit können die Defizite der Nationalstaaten beliebig hoch ausfallen. Die EU-Kommission und die EZB haben so die Souveränität der Nationalstaaten in Bezug auf das Fiskalische wiederhergestellt, auch wenn es hinter den Kulissen Machtspielchen gibt. Die nationalen Regierungen sind aktuell nicht beschränkt in ihren Ausgaben. Erst wenn der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder eingesetzt und das PEPP abgewickelt wird, sind die Ausgaben wieder beschränkt. Es ist

„Wenn es an Geld mangelt, dann nur, weil das politisch so gewollt ist. Die MMT erlaubt eine undogmatische Wirtschaftspolitik.“

aber abzusehen, dass sich dann die Eurokrise von 2010 wiederholt. Da Italien und Griechenland auch 2019 noch nicht das BIP von 2007 erreichten, würde eine weitere Talfahrt wohl dazu führen, dass diese Länder aus dem Euro austreten. Und auch aus der EU. Es spricht also vieles dafür, die MMT-Erkenntnisse weiter zu verbreiten und die heutige Situation mit

PEPP der EZB und ohne Stabilitäts- und Wachstumspakt festzuschreiben. Letztlich sind schon viele Erkenntnisse der MMT umgesetzt, aber die Welt tut sich noch schwer, das „neue Normal“ als solches zu akzeptieren. Und zu erklären, warum das alles gut ist. Die MMT ist die einzige Theorie, die erklären kann, warum hohe Defizite und hohe Staatsverschuldung mit niedriger Inflation kompatibel sind, warum die Geldpolitik des Inflationsziels am Ende ist und warum die Fiskalpolitik in Zukunft die Wirtschaft stabilisieren wird. Ob es den Leuten gefällt oder nicht: Wir leben schon in einer neuen Welt. Es fehlt nur noch die kopernikanische Wende in der Geldtheorie, um das empirisch Beobachtbare auch theoretisch begreifen zu können.

Wie gibt denn eigentlich die deutsche Bundesregierung Geld aus?

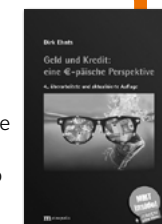
Wenn die Bundesregierung Ausgaben tätigt, wird die Bundesbank im Auftrag für sie tätig und erhöht den Kontostand der Bank des Empfängers. Die staatliche Zentralbank – Bundesbank und EZB – ist schließlich Schöpferin des Geldes und hat ein Monopol auf den Euro. Entgegen der landläufigen Meinung werden alle Ausgaben der Bundesregierung von der Bundesbank getätigt, im-

mer im Auftrag des Bundesfinanzministeriums. Staatliche Schulden entstehen aufgrund der politischen Regel, dass staatliche Ausgaben das Zentralkonto des Bundes reduzieren, welches am Ende des Tages ausgeglichen sein muss. Hier landen unter anderem die Steuereinnahmen. Reichen die nicht aus, kann die Bundesregierung Staats-

BUCHTIPPS

Dirk Ehnts Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive

Metropolis, Neuauflage
September 2020
282 Seiten, 19.80 Euro
978-3-7316-1433-3



Maurice Höfgen Mythos Geldknappheit

Modern Monetary
Theory oder Warum
es am Geld nicht
scheitern muss
Schäffer-Poeschel,
September 2020
283 Seiten, 24.95 Euro
978-3-7910-4959-5



anleihen verkaufen an Banken, die mit Zentralbank-Guthaben bezahlen. Diese Staatsanleihen stellen die „Schulden“ des Staates da. Letztlich handelt es sich dabei aber lediglich um – momentan negativ – verzinsten Steuergutschriften. Solange die Bundesregierung nicht durch politische Regeln behindert wird, führt dies zu keinem Problem. Es ist nicht vorgesehen, die Staatsverschuldung in Zukunft abzubauen. Dies ginge ja auch nur über Steuererhöhungen oder eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben bei gleichzeitig stabiler Wirtschaft. Die Austeritätspolitik seit 2010 hat gezeigt, dass das nicht zusammenpasst. Ausgabenkürzungen des Staates bringen Wirtschaft und Steuereinnahmen zum Einbrechen. Und am Ende ist die Staatsverschuldung höher und nicht niedriger. Unsere Wirtschaftspolitik sollte sich an der Realität orientieren und nicht mehr an einer offensichtlich falschen Theorie bzw. Ideologie. Die MMT ist der Realität sehr viel näher.

Herr Dr. Ehnts, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Psychologie

„Unser Menschenbild ist eine Richtschnur für unser Verhalten“

Die Wirtschaftspolitik orientiert sich an den Empfehlungen der Wirtschaftswissenschaft. Genauer gesagt: an den Empfehlungen der aktuell vorherrschenden Theorie. Die glaubt von sich selbst, sie sei eine exakte Naturwissenschaft. Dabei beruhen ihre Annahmen auf einer fragwürdigen Grundlage: dem Menschenbild des Homo oeconomicus.

Interview mit Andreas von Westphalen

ÖkologiePolitik: Herr von Westphalen, welches Menschenbild wird in der Wirtschaftswissenschaft gepflegt?

Andreas von Westphalen: Das zentrale Menschenbild der Wirtschaftswissenschaft ist das eines Egoisten, Konkurrenzwesens und faulen Materialisten. Ausgangspunkt ist Adam Smiths berühmtes Zitat: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschenliebe, sondern an ihrer Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“ Darauf aufbauend haben viele Wirtschaftswissenschaftler im 20. Jahrhundert die Maximierung des Eigennutzes als Haupteigenschaft des Menschen ausgemacht. Das Modell des Homo oeconomicus hat in der Wirtschaftswissenschaft viele Anhänger. Natürlich wird auch immer wieder relativiert, es handle sich hier nur um ein Modell und nicht um einen Menschen aus Fleisch und Blut. Doch so ein Modell, das als Grundlage für Forschung und Vorhersagen dient, hat natürlich auch Auswirkungen auf die Vorhersagen und damit Konsequenzen auf das Leben. Dem Kapitalismus scheint

dieses Menschenbild im Übrigen perfekt zu entsprechen.

Wie sind die Menschen wirklich?

Eine japanische Studie hat untersucht, wie viele Menschen dem Modell des Homo oeconomicus entsprechen: Es sind bloß 7%. Und nur weitere 9% weisen Ähnlichkeit auf. Da stellt sich die Frage, ob nicht ein anderes Modell eher benutzt werden sollte. Die Frage nach

die man als „Natur des Menschen“ bezeichnen muss. Die wissenschaftliche Forschung erzielte hier in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte und grundlegende Erkenntnisse. So wissen wir heute, dass die in der Evolutionsgeschichte entscheidenden Eigenschaften des Menschen Kooperation und Altruismus waren. Beeindruckend ist die biologische Anlage des Menschen zum Mitge-

„Eine Studie hat untersucht, wie viele Menschen dem Modell des Homo oeconomicus entsprechen: Es sind 7%. Weitere 9% weisen Ähnlichkeit auf.“

der eigenen Natur beherrscht die Menschheit aber seit Jahrtausenden. Hat Hobbes recht, der in den Jahren nach dem Englischen Bürgerkrieg den Naturzustand des Menschen als den „Krieg alle gegen alle“ bezeichnete? Oder Rousseau, der vom „edlen Wilden“ sprach? Oder Lockes Annahme, der Mensch sei ein „unbeschriebenes Blatt“: Alle Wesenszüge seien das Resultat von Kultur und Erziehung, von äußeren Einflüssen. Natürlich haben Kultur, Erziehung, Religion, Geschlecht und Alter, um nur einige Parameter zu nennen, Auswirkungen auf unser Verhalten. Aber es gibt auch Eigenschaften,

fühl, die sich im sogenannten „sozialen Gehirn“ zeigt, insbesondere in den Spiegelneuronen. Der Mensch ist von Geburt an fähig, Schmerz und Emotion eines Mitmenschen in hohem Maß mitzuempfinden. Kleinkinder zeigen mit 6 bis 9 Monaten bereits ein deutliches Gefühl für Gerechtigkeit, mit 2 Jahren ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft und Altruismus, mit 3 Jahren eine faszinierende Fähigkeit zu gerechtem und moralischem Verhalten. Die wahre Natur des Menschen zeigt sich auch bei Katastrophen wie Erdbeben, Hurrikans, Flugzeugabstürzen oder Vulkanausbrüchen. Entgegen der weitver-

breiteten Überzeugung, der Mensch werde dann ohne staatliche Ordnung zum Egoisten, der über Leichen geht, offenbaren wissenschaftliche Untersuchungen ein faszinierendes Maß an Altruismus und prosozialem Verhalten. Auch Massenpanik, wie sie



Andreas von Westphalen, Jahrgang 1972, studierte Vergleichende Literaturwissenschaft, Neuere Germanistik und Philosophie. Seither ist er als Journalist sowie als Theater- und Hörspielregisseur tätig. 2019 veröffentlichte er sein Buch „Die Wiederentdeckung des Menschen“.

andreaswestphalen@wanadoo.fr

in vielen Hollywoodstreifen zu sehen ist, stellt einen Mythos dar. Ebenso die angebliche Ohnmacht des Menschen. Das negative Menschenbild war in den Köpfen der Notfallplaner verschiedener Länder aber so stark verankert, dass inzwischen viele Notfallpläne dem tatsächlichen altruistischen Verhalten des Menschen angepasst werden mussten.

Warum lehrt die Wirtschaftswissenschaft ein verzerrtes Menschenbild?

Das Modell des Homo oeconomicus bietet den großen Vorteil, das menschliche Verhalten modellierbar und berechenbar zu machen. Wirtschaftswissenschaft wird immer

mehr zu dem, wovon Keynes gewarnt hatte: zu einer exakten Wissenschaft. Seit den 1950er-Jahren zieren mathematisch hochkomplizierte Formeln wirtschaftswissenschaftliche Artikel. Es gibt aber noch einen wichtigen historischen Grund, der mit der Aufklärung, dem Aufstieg des Bürgertums und dem Niedergang der Aristokratie zu tun hat. Adam Smith entdeckte den Eigennutz als zentralen Motor für den wirtschaftlichen Fortschritt aller Menschen. Zuvor als Egoismus negativ gebrandmarkt, wurde der Eigennutz

der Umbau des Sozialsystems in Deutschland explizit mit der Sorge vor „Trittbrettfahrern“ begründet, mit der Angst, dass Egoisten die Solidargemeinschaft ausnutzen. Da steckt natürlich ein Menschenbild dahinter.

Sind Menschen vom kapitalistischen Menschenbild überzeugt, so verhalten sie sich entsprechend, agieren oft präventiv egoistisch, um am Ende nicht als Ehrlicher der Dumme zu sein. Das hat sich in den Köpfen der Menschen verankert. Sie sind vom egoistischen Verhalten der

„Wir wissen heute, dass die in der Evolutionsgeschichte entscheidenden Eigenschaften des Menschen Kooperation und Altruismus waren.“

von den moralischen Tadeln befreit. Durch das aufkommende Unternehmertum entstand eine Gesellschaft, die nicht mehr auf dem Glück der Geburt basierte, sondern scheinbar einzig auf Leistung. Die gesellschaftlichen Vorteile sind dennoch kaum von der Hand zu weisen. Der Wirtschaftswissenschaft muss auch zugute gehalten werden, dass die Überzeugung, der Mensch sei von seinem Wesen aus egoistisch und müsse erst zum Guten erzogen werden, nicht von ihr stammt, sondern die Ideengeschichte seit Jahrhunderten durchzieht.

Welchen Einfluss haben Menschenbilder?

Unser Menschenbild ist eine Art Richtschnur für unser eigenes Verhalten. Es spiegelt auch unsere Erwartungshaltung wider, die wir vom Verhalten anderer Menschen haben. Beides hängt eng zusammen, da unsere Verhaltensweisen in vielen Situationen im Hinblick auf das erwartete Verhalten der anderen – oftmals uns unbekannter – Menschen getroffen werden. Das Gleiche lässt sich auch über die Politik sagen. So wird z.B.

anderen Menschen überzeugt, unabhängig davon, wie sie sich selbst in einer bestimmten Situation verhalten würden. Und obwohl Umfragen zeigen, dass sich Menschen in Wirklichkeit deutlich eher altruistisch verhalten, entsteht aus dem kapitalistischen Menschenbild sogar eine soziale Norm: Menschen empfinden egoistisches Verhalten als etwas, was unsere Gesellschaft erwartet. So kann es sogar dazu kommen, dass Menschen eigene altruistische Taten als egoistisch darstellen – selbst wenn sie sich dabei in Widersprüche verstricken.

Welche Konsequenzen hat das?

Eine britische Studie aus dem Jahr 2016 zeigte die Konsequenzen ziemlich deutlich: Bei einer Befragung gaben drei Viertel an, mitfühlende Werte seien für sie selbst wichtiger als egoistische. Drei Viertel waren aber auch überzeugt, dass ihren Mitbürgern egoistische Werte wichtiger seien als mitfühlende. Diejenigen, die ihre Mitmenschen falsch einschätzten, engagierten sich weniger ehrenamtlich, nahmen weniger an Versammlungen teil, gingen nicht zu

Wahlen, fühlten sich weniger für ihre Gemeinschaft verantwortlich und glaubten, weniger in die Gesellschaft zu passen – im Vergleich zu denjenigen, die eine genauere Vorstellung von den Werten eines typischen britischen Bürgers haben.

Was sollte geschehen?

Wir müssen die Eigenschaften, die die Natur des Menschen ausmachen, wieder ins Zentrum rücken, damit sich unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nicht auf ein verzerrtes Menschenbild stützen, das zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden könnte. Als Kompass für die einzuschlagende Richtung gibt es ein gutes Argument: Egoismus, Konkurrenz, Materialismus und Ungleichheit haben nachweisbar gesundheitsschädigende Wirkungen. Gesundheitsfördernd sind dagegen Altruismus, Hilfsbereitschaft, Kooperation, Gleichheit, soziale Verbundenheit und Empathie. Sie führen auch zu einer nachweisbaren Erhöhung der Lebenserwartung. Was zu tun ist, zeigt eine andere Studie: Für sie wurde

eine größere Anzahl von Menschen versammelt, die je zur Hälfte aus eher empathischen und eher weniger empathischen Menschen bestand. Sie wurden zunächst gemischt und dann in zwei Gruppen mit jeweils gleichen Anteilen empathischer und weniger empathischer Menschen aufgeteilt. Die erste Gruppe erhielt einen Text, der behauptete, der Mensch sei von Natur aus empathisch, die zweite Gruppe einen, der behauptete, der Mensch sei von Natur aus nicht empathisch. In einem anschließenden Empathie-Test zeigte sich, dass die erste Gruppe sich signifikant empa-

Wie müsste sich unser Bildungssystem ändern?

Grundlegend! Unsere Bildung hat leider mit einer Ausbildung zum mündigen Bürger, den unsere Demokratie so sehr braucht, so gut wie nichts mehr zu tun. Stattdessen werden die Inhalte den Wünschen der Wirtschaft angepasst und in ein System gepresst, das eine leichte Vergleichbarkeit zwischen Universitäten und Ausbildungsstätten erlaubt. Es entsteht ein System, in der Konkurrenz gezüchtet wird, wirkliche Bildung aber keine Zeit und Forschung keinen Raum mehr hat. Wichtig ist vor allem

„Sind Menschen vom kapitalistischen Menschenbild überzeugt, so verhalten sie sich egoistisch, um am Ende nicht der Dumme zu sein.“

thischer verhielt. Was lernen wir daraus? Dass wir anfangen sollten, den „anderen Text“ zu studieren und die Wissenschaft über unsere eigene Natur zur Kenntnis zu nehmen.

die Anzahl der Veröffentlichungen, deutlich weniger deren Inhalt und die Bedeutung der Ergebnisse. Auf der Strecke bleibt dabei Bildung, kritischer Geist und Kooperation.



Zur Natur des Menschen gehört seit jeher eine ausgeprägte Fähigkeit zum Miteinander und zum Mitgefühl.

Wie müsste sich unser Sozialsystem ändern?

Im Sozialsystem hat mit dem Aufkommen des Mantras vom unternehmerischen Selbst und der Eigenverantwortung das Misstrauen gegenüber dem Nächsten Einzug gehalten. Wie aber Gemeinwohl auch nur gedacht und Gemeinschaft

und Wohlbefinden verbunden. Aber eine Wirtschaft, die den ewigen Konsumenten zwingend benötigt, kann hierauf keine Rücksicht nehmen. Sie braucht Werbestrategien, die mithilfe der Neurowissenschaft stetig verfeinert werden, um sicherzustellen, dass wir dauerhaft unzufrieden sind. Die Chefin einer großen Wer-

„Unsere Gesellschaft darf sich nicht auf ein verzerrtes Menschenbild stützen, das zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden könnte.“

erlebt werden kann, wenn jeder vom Staat aufgefordert wird, vornehmlich an sich selbst zu denken, wird ein ewiges Geheimnis bleiben. Da der Begriff des „Trittbrettfahrers“ erst Ende der 1960er-Jahre aufkam, sollte man mal in Ruhe darüber nachdenken, wie groß eigentlich diese Gefahr tatsächlich ist und wie sich die Solidargemeinschaft gegenüber Auswüchsen Einzelner zu schützen vermag, ohne ein verzerrtes Menschenbild zu propagieren.

Ist in einem menschengerechten Wirtschaftssystem Wachstum nötig?

Nein! So sehr eine Wirtschaft, die wächst, in einer Zeit des Mangels Sinn gemacht hat, so sehr ist sie in einer Zeit des massiven Ressourcenschwunds schlicht widersinnig. Vermutlich ist sie mehr Resultat des Drucks des Finanzmarkts als Ausdruck eines sinnvollen Bedürfnisses. Das BIP stellt keinen Wert an sich dar, Wachstum auch nicht. Stets ist die Frage zu beantworten: Wachstum wofür? Um den dauerhaften Absatz von Produkten sicherzustellen, bedarf es eines dauerhaft konsumierenden Menschen, der sein Wohlbefinden über materielle Güter definiert. Dies widerspricht jedoch grundlegend der Natur des Menschen und ist nachgewiesenermaßen mit negativen Auswirkungen auf Gesundheit

beagentur brachte das einmal so auf den Punkt: „Werbung in ihrer besten Form gibt den Menschen das Gefühl, dass man ohne ihr Produkt ein Verlierer ist. Kinder sind hierfür sehr empfindsam.“ Entstehen so gesunde und mündige Bürger? Es ist die Frage zu stellen: Soll der Mensch der Wirtschaft dienen oder die Wirtschaft für den Menschen da sein?

Was für Folgen hat die Corona-Krise auf das menschliche Miteinander?

Die psychischen Auswirkungen sollten wir keinesfalls unterschätzen. Die grundlegende Erfahrung ist ja, dass der andere Mensch nicht mehr als Mitmensch wahrgenommen

„Wir sollten anfangen, die Wissenschaft über unsere eigene Natur zur Kenntnis zu nehmen.“

wird, sondern als potenzielle Bedrohung. Das Ziel aller Maßnahmen ist die Schaffung von Distanz zwischen den Menschen, um die Ansteckungsgefahr zu senken. Dadurch wird das Gefühl von Gemeinschaft nicht mehr direkt empfunden, sondern zu etwas Abstraktem. Mitgefühl braucht jedoch unbedingt Nähe. Ohne die so wichtigen Berührungen berührt uns vieles weniger. Es besteht die Ge-

BUCHTIPP

Andreas von Westphalen
Die Wiederentdeckung des Menschen

Warum Egoismus, Gier und Konkurrenz nicht unserer Natur entsprechen
Westend, Mai 2019
240 Seiten, 22.00 Euro
978-3-86489-213-4



fahr, dass sich die gegenwärtige Erfahrung epigenetisch in den Körper wie eine traumatische Erfahrung einschreibt und an die nächste Generation weitergegeben wird.

Was sollten wir aus der Corona-Krise lernen?

All das, was uns heute so schmerzhaft fehlt, dürfen wir nicht vergessen, denn es ist das, was den Menschen als Mensch ausmacht. Das Bedürfnis nach Nähe, nach dem Anderen, nach Verbundenheit, Gemeinschaft und Bindung. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Meinung, der Mensch sei von Natur aus ein Einzelkämpfer und der Mitmensch halt der Konkurrent, nach dieser kollektiven Erfahrung noch Bestand haben wird. Das Bedürfnis nach Verbundenheit und Nähe ist hoffentlich so groß,

dass es zu einer Basis für eine Gesellschaft und Wirtschaft werden wird, die man von Grund auf neu denken müsste und sollte. Altruismus, Empathie, Kooperation, soziale Verbundenheit bieten sich als Bausteine für eine neue Gesellschaft an – für eine Gesellschaft, die der Natur des Menschen entspricht.

Herr von Westphalen, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Philosophie

„Geschuldetes Handeln statt Schuld!“

Die Philosophie versucht, Klarheit und Orientierung ins menschliche Denken und damit auch Handeln zu bringen. Seit einigen Jahrzehnten reflektieren einige Philosophen auch über die Ökologische Krise – ohne bislang große Veränderungen bewirkt zu haben. Demnächst erscheint ein Buch, das den Diskurs mit neuen Gedanken und Perspektiven beleben will.

Interview mit Dr. Michael Rentz

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Rentz, Ihr Buch trägt den etwas seltsam klingenden Titel „Ökologie der Schuld“. Was ist damit gemeint?

Dr. Michael Rentz: Der Buchtitel klingt tatsächlich seltsam, richtig, doch das ist beabsichtigt und lässt

schon gar nicht überwinden. Es geht um die „Suche nach dem verlorenen Glück“, wie der Titel eines Buches von Jean Liedloff heißt. Der gewohnte Schuldbegriff steht diesem Glück im Weg. Auf die Idee, nach der Rolle der Schuld in Bezug auf die Ökologie

„Die Ökologische Krise lässt sich ohne Rückgriff auf die Philosophie nicht verstehen und überwinden.“

gleich an Philosophie denken. Es handelt sich um ein philosophisches Sachbuch über Ökologie, Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Ich halte Ökologie für eine philosophische Disziplin. Ökologie untersucht Wechselwirkungen zwischen den Organismen und ihrer Umwelt. Im Falle des Menschen besteht die Umwelt zum größten Teil aus menschengemachter Umwelt – Technik, Wirtschaft, Politik, Religion und Supermärkte. Diese Umwelt prägt den Menschen, seine Kultur und sein Denken. Die Ökologische Krise, die den Planeten Erde schon mehr als 50 Jahre begleitet, lässt sich ohne Rückgriff auf die Philosophie nicht verstehen und

zu fragen, kam ich durch Stephan Grätzels Buch „Dasein ohne Schuld“. Darin wird systematisch erklärt, wie ein falsches Schuldverständnis und damit ein falscher Freiheitsbegriff

„Es geht um die ‚Suche nach dem verlorenen Glück‘. Der gewohnte Schuldbegriff steht diesem Glück im Weg.“

schon seit der Aufklärung Menschen vom Lebensglück fernhalten. Das von Grätzel entschlüsselte kulturelle Muster lässt sich auf die Ökologie übertragen und erklärt die Ökologische Krise aus ihren historischen Ursprüngen heraus. Es erklärt ebenfalls

das Krisische: warum sich die Krise nicht mit herkömmlichen Mitteln überwinden lässt. Wenn man erst einmal verstanden hat, dass sich die Ökologische Krise nicht mit Biologie erklären lässt, dass aber unser Schuldverständnis eine verhängnisvolle Rolle spielt, kommt man einen entscheidenden Schritt weiter. Diese Verstrickung zeigt mein Buch auf. Und auch, wie sich der Knoten lösen lässt.

Der Begriff „Schuld“ scheint in unserer „Spaßgesellschaft“ keinen Platz mehr zu haben. Wie geben Sie ihm einen positiven Beigeschmack?

Schuld ist in Wirklichkeit etwas extrem Positives! Sie ist der Ursprung von Kreativität. Es ist sinnlos, sie zu verdrängen, denn sie meldet sich doch wieder. Sie erinnert uns daran, dass „etwas“ zu tun ist. „Anrufverstehen“ nannte Martin Heidegger dieses Phänomen in seinem Buch „Sein und Zeit“. Der entscheidende Punkt ist, dass uns die Schuld daran erinnert, wer wir *eigentlich* sind. Grätzels Leistung in „Dasein ohne Schuld“ war, aufzuzeigen, dass die falsch verstandene Botschaft der Aufklärung eine Kultur des Verdrängens begünstigt hat – und die führt vom Glück weg. Mit anderen Worten: Wenn ich vor ökologischen Problemen stehe und einen solchen Ruf höre, dann erinnert mich dieser Ruf daran, wie ich in meinem Kern eigentlich bin, dass mir die Umwelt also keineswegs egal

ist. Wenn ich weglaufe – genau genommen dann vor mir –, werde ich auf Dauer unglücklich, weil ich mich nicht so verwirkliche, wie ich eigentlich bin, sondern wie die „Umstände“ es von mir wollen. Die Frage nach der „Schuld“ lässt sich auch durch



Foto: Michael Rentz

Dr. Michael Rentz, Jahrgang 1957, studierte Physik, promovierte in Praktischer Philosophie und arbeitet als unabhängiger Wissenschaftler zu Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit. Seit 2005 leitet er in Zusammenarbeit mit Bistümern und Landeskirchen in Deutschland und der Schweiz das Projekt „nachhaltig predigen“, seit 2018 auch das internationale Projekt „sustainable preaching“. Im Juni 2021 erscheint sein Buch „Ökologie der Schuld“.

www.nachhaltig-predigen.de

die Frage nach dem „geschuldeten Handeln“ in einer bestimmten Situation ersetzen. Damit löst sich der mit Schuld verbundene negative Beigeschmack auf.

Welche Parallelen weist Ihr Ansatz zu Hans Jonas' „Prinzip Verantwortung“ auf? Und worin unterscheidet er sich?

Tatsächlich hat mich „Das Prinzip Verantwortung“ von Jonas damals dazu inspiriert, den Gedanken an die Bewältigung der sogenannten „Umweltprobleme“ aufzugreifen und philosophisch weiterzudenken. Faszinierend war die Idee einer technologischen Zivilisation als ein kulturell-historisches Muster, das einer

eigenen zeitgemäßen Ethik bedarf. Was mir bei Jonas nicht gefiel, war die „Pflicht zum Überleben“ als ein grundlegender Baustein seiner Ethik. Nach meiner Ansicht genügt Lebensfreude als möglicher Erklärungsansatz, dazu brauchte es nach meiner damaligen und heutigen Vor-

das ist mit dem Schuldverständnis in der christlichen Lehre nicht anders – eigentlich. Was vielfach aus diesem Kern gemacht wird, darüber kann man diskutieren. Weil Schuld in unserer abendländischen Kultur aber nun einmal diesen negativen Beigeschmack bekommen hat, über

„Ein falsches Schuldverständnis und damit ein falscher Freiheitsbegriff halten schon seit der Aufklärung Menschen vom Lebensglück fern.“

stellung keine besondere „Pflicht“. Diese Lebensfreude als eigentlichen Ursprung für Umweltengagement philosophisch nachzuweisen, darum geht es mir in meinem Buch. Maja Göpel plädiert in ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ dafür, sich ein anderes Bild von der Welt zu machen,

den man im Alltag kaum hinwegkommt, schlage ich eben vor, den Begriff „Schuld“ ökologisch-strategisch durch „geschuldetes Handeln“ zu ersetzen. In unserem kulturellen Kontext wirkt „Schuld“ diffus, unangenehm, moralisierend. Das „geschuldetes Handeln“ kommt sach-

„Schuld ist etwas extrem Positives! Sie erinnert uns daran, dass ‚etwas‘ zu tun ist. Und sie erinnert uns an unseren eigentlichen Wesenskern.“

um sie verändern zu können. Ich gehe einen kleinen Schritt weiter und sage: „Das Denken über unsere Welt neu denken“.

Treten Sie mit Ihrer Auslegung des Begriffs „Schuld“ in einen Widerspruch zur christlichen Auslegung?

Das Schuldgefühl erinnert daran, wie man in seinem Innersten ist. Es erinnert an den eigentlichen Wesenskern. Das ist umso wichtiger, wenn Normen und sozialer Druck in der Lage sind, einem ein Schuldgefühl von außen einzureden. Das geschieht in allen Teilen der Gesellschaft, in Kirchen genauso wie in Unternehmen oder in politischen Parteien. Es macht daher keinen Sinn, den Schuldbegriff abschaffen zu wollen – zumal er im Ursprung lebensbejahend und kreativ ist. Und

lich daher und wirft die Frage gleich mit auf, wer welches Handeln wem schuldet. Das inspiriert. Das funktioniert mit einem christlichen Hintergrund genauso – da ist für mich kein Widerspruch zu erkennen. Zwar bin ich kein Theologe, meine aber, dass ein gelegentliches Ausweichen von „Schuld“ auf „geschuldetes Handeln“ auch im christlichen Kontext manchmal erhellend wirken würde. Meinen Ansatz sehe ich nicht als eine Neuinterpretation, sondern eher als eine Neudurchleuchtung, als eine Durchdringung gewohnter Schemata unseres Denkens, die sich eingestellt haben und die vom eigentlichen Lebensglück wegführen. In meinem Buch habe ich sogar meinen Ansatz mit den Ausführungen und Begründungen in der Enzyklika



Foto: PublicCo/ pixabay.com

„Laudato si“ abgeglichen und festgestellt, dass Papst Franziskus mit mir übereinstimmt, sich aber anders ausdrückt. Er ist eben Theologe. Entscheidend war für mich, dass er auf diesseitiges Lebensglück, Gesundheit und Schönheit abstellt, also auf ein Gott und sich selbst geschuldetes Handeln im Sinne von authentischer

Verwirklichung – statt auf Strafe im Jenseits.

In den USA wurde Klimaerwärmungsleugner Donald Trump von Evangelikalen vehement unterstützt. Was ist da passiert?

Mit der Glaubensrichtung der Evangelikalen kenne ich mich nicht so aus. Aber es ist zu beobachten, dass es eine ähnliche Verbindung auch zwischen Evangelikalen und dem brasilianischen Präsidenten

Institutionen davon haben, die Zerstörungen schweigend zuzulassen. Wenn ich mich Ihrer Frage mit meinem Ansatz nähere, stellt sich hier nicht die Frage nach Schuld, sondern was in der Situation das geschuldete Handeln ist. Seine globale Verantwortung wird von Bolsonaro nicht gesehen. Die Frage ist damit: Was glaubt er, mit seinem Handeln wem zu schulden? Ich weiß es nicht. Einfacher ist es bei christlichen Institu-

Jair Bolsonaro gibt – zum Nachteil der nachfolgenden Generationen und der Urwälder am Amazonas. Es scheint dabei eine Mentalität des „eine Hand wäscht die andere“ vorzuherrschen – bei der ich jedoch nicht verstehe, was evangelikale

tionen: Das geschuldete Handeln ist hier am Glauben ausgerichtet – oder sollte es sein. Das beinhaltet neben der Sorge für Arme und Benachteiligte auch die Sorge für die Umwelt bzw. die Schöpfung und das Eintreten gegen Raubbau an Ressourcen.

Die Sorge für die Armen kann im inneren Selbstverständnis die Sorge für die Umwelt nicht ersetzen. Die Soziologie würde bei der Antwort auf Ihre Frage vermutlich auf Machtverhältnisse und Mitgliederzahlen abstellen. Mit meinem Ansatz des „geschuldeten Handelns“ kommt man aber einer Lösung näher. Denn er dreht sich nicht um Schuld, sondern um die Frage, wie man sinnvoll weiterkommt.

erheben, aber es zeigt auch hier, dass die christliche Lehre keinen Widerspruch zu dem philosophischen Impuls in meinem Buch darstellt. Gegen Ihren Begriff „Falschdenken“ möchte ich mich allerdings verwehren. Niemand denkt „falsch“. Es kommt darauf an, was man weiß und was man in sein Denken mit einbezieht. Man muss niemandem sagen, was er oder sie zu denken hat. Leitbild ist das Streben nach der eigenen Verwirk-

„Was mir bei Hans Jonas nicht gefiel, war die ‚Pflicht zum Überleben‘ als ein grundlegender Baustein seiner Ethik. Lebensfreude genügt.“

Wie bringt man „Falschdenkende“ und „Denkfaule“ zum Umdenken?

Es sind nicht „Denkfaule“, die uns in eine Ökologische Krise geleitet haben und deren Überwindung behindern. Es sind eher intelligente, gut ausgebildete Erfolgsmenschen, die sich z. B. die Fließbandproduktion für Autos oder die chromverzierten Geländewagen für europäische Innenstädte ausgedacht haben. „Denkfaule“ würden mein Buch natürlich nicht verstehen, sind aber auch nicht die entscheidenden Umweltverschmutzer. Man darf das Veränderungspotenzial kultureller Strukturen nicht unterschätzen. Wenn heute Konsum mit Gewinn und Lebensglück gleichgesetzt wird, ging dem ein längerer Prozess voraus, bis sich dieses Muster global durchgesetzt hat. Solche Muster nehmen mit der Zeit auch Ihre „Denkfaulen“ mit. Ebenso ist ein Muster denkbar, das Lebensglück mit nachhaltiger Entwicklung gleichsetzt, was eigentlich ganz natürlich wäre. Der Verlust des Gemeinschaftsdenkens wird übrigens auch in der neuen Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus als Verlust von Lebensqualität problematisiert. Das muss man zwar nicht zum Maßstab

lichung. Leider kann uns die Gesellschaft eine Verwirklichung nach ihrem Schema aufdrängen, die nicht zu unserem Glück beiträgt. Darin liegt mehr von diesem „Falschdenken“ als beim Einzelnen.

„Der Begriff ‚Wachstum‘ hat sehr viel mit menschlicher Kreativität zu tun. Mit ihr müssen wir leben, wenn wir glücklich sein wollen.“

Welche Rolle spielt die Wirtschaft? Wäre eine Wirtschaft ohne Wachstum sinnvoll?

Wirtschaft und Wachstum werden heute oft „zusammen gedacht“, als wären sie zwei Aspekte von ein und demselben. Man muss zunächst einmal wieder lernen, die Begriffe „Wirtschaft“ und „Wachstum“ getrennt zu denken und zu verwenden. „Wirtschaft ohne Wachstum“ ist als Formulierung keine Lösung, denn die Verkopplung der Begriffe miteinander bleibt dann bestehen.

„Wachstum“ seinerseits ist für sich genommen ein schöner Begriff, den sehe ich nicht gern mit dem Wort „ohne“ zusammengekoppelt. Statt „Wirtschaft“ würde ich oft lie-

BUCHTIPP

Michael Rentz
Ökologie der Schuld
Geschuldetes Handeln statt Schuldprüche auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung
oekom, Juni 2021
232 Seiten, 28.00 Euro
978-3-96238-274-2



ber „Wirtschaften“ lesen. Der Begriff „Wachstum“ wiederum hat sehr viel mit menschlicher Kreativität zu tun. Mit ihr müssen wir leben, wenn wir glücklich sein wollen. Und das hat mit Menschenwürde und Arbeit zu tun. Aber man kann sich dabei sowohl für als auch gegen nachhaltige Entwicklung entscheiden. Kreativität „geht“ so oder so. Das Problem scheint aus meiner Sicht das doch eher primitive Denkprinzip der „Gewinnmaximie-

rung“ zu sein, das viele zukunftsfähige Ansätze aus dem Lösungsraum verbannt. Gewinn ja, aber warum die Maximierung als Nebenziel? Also erst einmal über Wachstum nachdenken, was der Begriff bedeuten kann, wenn man ihn nicht mit Wirtschaft in Verbindung bringt. Und dann über Wirtschaft und den eigentlichen Sinn des Wirtschaftens. Dann kommt man langsam darauf, dass man eine andere Art des Wirtschaftens braucht, um Wachstum zusammen mit Kreativität, Lebensglück und Menschenwürde leben zu können – und zwar überall in der Welt.

Herr Dr. Rentz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. Und viel Erfolg für Ihr Buch.

ONLINETIPPS

Dr. Michael Rentz
Ökologie der Schuld
Vortrag, 31.10.2020
www.t1p.de/lc4k

Dr. Michael Rentz
Brücke zur Praxis: „nachhaltig predigen“
Vortrag, 09.10.2020
www.t1p.de/90vk

Papst Franziskus
Enzyklika Laudato si'
24.05.2015
www.t1p.de/97xq

Julian Assange

Schauprozess gegen die Pressefreiheit

Nachdem Julian Assange Videos veröffentlicht hatte, die US-Angriffe gegen unschuldige Zivilisten zeigen, wurden gegen ihn Vergewaltigungsvorwürfe verbreitet. Die bewahrheiteten sich nicht, aber wegen angeblicher Vergehen gegen Kautionsauflagen sitzt er seit über zwei Jahren in einem englischen Hochsicherheitsgefängnis in Isolationshaft. Anfang Januar gab es ein Gerichtsurteil.

von Heike Siecke

„Der Widerspruch könnte nicht größer sein: Einerseits wird die Auslieferung Julian Assanges an die USA verweigert, da die Haftbedingungen dort seine Gesundheit gefährden, andererseits wird die Entlassung aus der extrem belastenden britischen

Haftbedingungen, die ihn Stimmen hören und jeden Tag Hunderte Male an Selbstmord denken lassen.

Diese Entscheidung passt voll und ganz in die Reihe von Repressalien, die man sich für Assange seit 2010 erdacht hatte: angefangen bei

Hätten Sie jemanden, der über den Holocaust berichtete, an Hitler ausgeliefert?

Haft verweigert. Diese Begründung ist nicht nachvollziehbar“, notierte die Bundestagsabgeordnete Margit Stumpp am 6. Januar 2021 auf ihrer Facebook-Seite.

Zwei Tage zuvor hatten Aktivisten, die den berühmten Wikileaks-Gründer Julian Assange unterstützen, die unerwartete Entscheidung gefeiert, dass dieser nicht an die USA ausgeliefert werden soll – aus gesundheitlichen Gründen, wegen Selbstmordgefahr und wegen der widrigen Haftbedingungen, die ihn in den USA erwarten würden. Doch dann wird von Richterin Vanessa Baraitser entschieden, dass er nicht freikommen, sondern weiter auf unbestimmte Zeit in Isolationshaft bleiben soll – unter

der Entscheidung des 184-köpfigen CIA-Teams, das zu Ehren Assanges zusammengestellt worden war, ihn durch alle Länder zu jagen und dort mit Klagen zu überziehen, über die konstruierten Vergewaltigungsvorwürfe in Schweden, den illegalen Asylzug durch Ecuador, in dessen Botschaft sich Assange lange Zeit aufhielt, die von mehreren Ärzten bestätigte Folter im englischen Gefängnis, bis hin zu den Plänen, ihn zu entführen und zu vergiften.

Assange ist Träger des Stuttgarter Friedenspreises 2020 und 2021. Und er wurde zum vierten Mal für den Friedensnobelpreis nominiert. Er hat keine Verbrechen begangen, sondern unter höchster Gefahr Kriegsver-

brechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit öffentlich gemacht: standrechtliche Hinrichtungen in Kenia. Folteranweisungen für Guantanamo. Grausame Bilder von Folter in Abu Ghraib. Ein Angriff auf eine afghanische Schule, während dort Kinder waren. Das gezielte Schießen auf Kinder aus einem Helikopter, nachdem vor ihren Augen bereits ihr unbewaffneter Vater erschossen worden war, der zufällig am Ort des Geschehens vorbeikam und Verwundete bergen wollte. Und vieles mehr.

Das Anliegen von Assange war, so etwas zu verhindern – indem er zeigte, wie die Menschheit in diese Kriege hineingelogen wird. Zuletzt wurden über Wikileaks Originaldokumente der US-amerikanischen

ONLINETIPPS

Free Assange

Initiative zur Unterstützung von Julian Assange

www.freeassange.eu

o. V.

Auch Bidens Regierung fordert Assanges Auslieferung

Süddeutsche, 09.02.2021

www.sz.de/1.5201436

Eric A. S. Harvey

Entlarvung des Mythos, Assange sei ein Terrorist

NachDenkSeiten, 15.01.2021

www.nachdenkseiten.de/?p=68850

Harald Neuber

Urteil gegen Julian Assange mit „bitterem Beigeschmack“

Telepolis, 04.01.2021

www.heise.de/-5002674

Heike Siecke

Der Jahrhundertprozess

ÖkologiePolitik, 30.10.2020

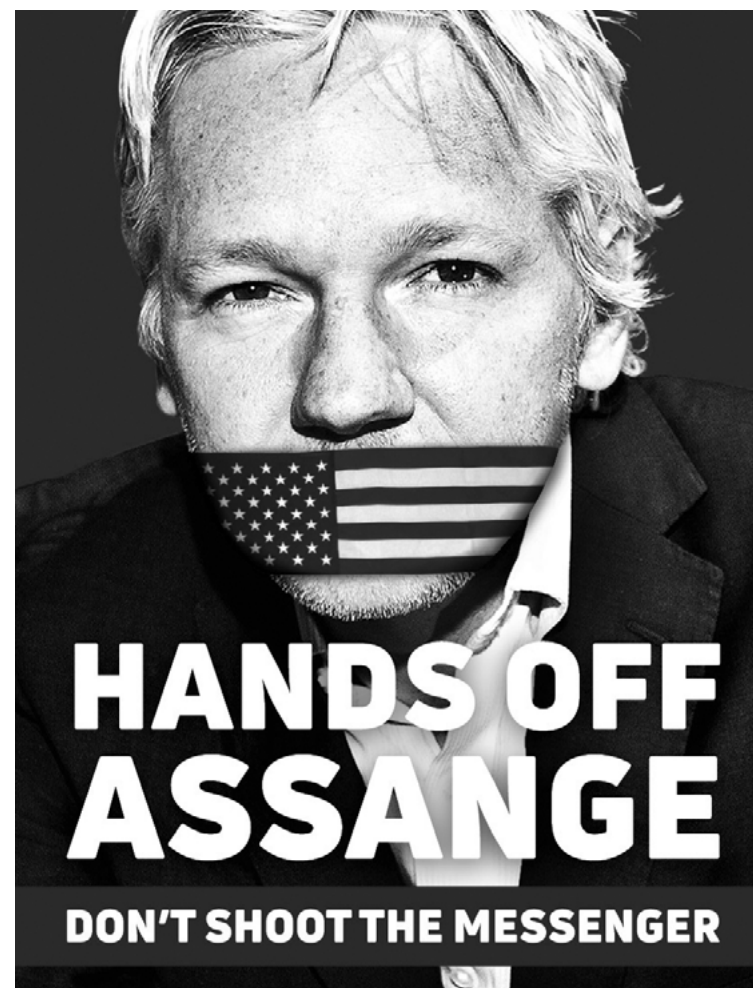
www.t1p.de/85oz

Max Uthoff, Claus von Wagner

Die Anstalt

ZDF, 29.09.2020

www.t1p.de/spm9



Untersuchungen in Syrien veröffentlicht, die zeigen, dass die Kriegsbegründungen von NATO-Staaten, Baschar Hafiz al-Assad habe gegen

kläger der Nürnberger Prozesse angeklagt worden, weil er Beweise für die barbarischen Verbrechen der Nazis gesammelt hat.“ Und eine schwe-

Die Zukunft Assanges ist ungewiss. Unter Joe Biden wird sich die US-Politik wohl nicht ändern. Er hat Assange als „Hightech-Terroristen“ bezeichnet.

das eigene Volk Chemiewaffen eingesetzt, unwahrscheinlich sind.

Tatjana Geschwendt von der Whistleblower AG Cottbus sagte in einem Radio-Interview treffend: „Der Fall Assange ist, als wäre der Chefan-

dische Journalistin stellte die Frage: „Hätten Sie jemanden, der über den Holocaust berichtete, an Hitler ausgeliefert?“

Deshalb sind sich Amnesty International, Reporter ohne Grenzen, der

BUCHTIPP

Nils Melzer

Der Fall Julian Assange

Geschichte einer

Verfolgung

Piper, April 2021

336 Seiten, 22.00 Euro

978-3-492-07076-8



Europarat, zahlreiche UN-Sonderberichterstatter und auch der Kreis um Günther Wallraff mit 10 ehemaligen Bundesministern und Prominenten wie Anselm Grün und Ranga Yogishwar, Reinhold Messner und David Precht einig: „Dieser Fall ist eine Gefahr für die Pressefreiheit in ganz Europa und somit für die Demokratie selbst.“

Die Zukunft Assanges ist ungewiss. Unter Joe Biden wird sich die US-Politik wohl nicht ändern. Er hat Assange als „Hightech-Terroristen“ bezeichnet. Deutsche Regierungsmitglieder verweigern sich dem Wunsch der USA nach einer Unterstützung ihrer Anti-Assange-Politik nicht. Wir müssen dafür kämpfen, dass dieser Präzedenzfall der US-Politik in Europa nicht bitter endet! Spenden Sie für Kampagnen und für die Finanzierung seines Anwalts-teams. Nehmen Sie an Mahnwachen teil. Bitten Sie Politiker und andere Prominente, sich für die Freilassung von Julian Assange einzusetzen. Informieren Sie Ihren Freundeskreis! Sehen Sie nicht weg!

Heike Siecke,

Jahrgang 1980, machte eine Ausbildung zur Speditionskauffrau und arbeitet als Bürokauffrau bei einem IT-Unternehmen. 2019

trat sie in die ÖDP ein und gründete die lokale Initiative „Free Assange Ulm“.

www.freeassangeulm.wordpress.com



An alle Mitglieder von Christian Rechholz

Gute Lösungen ansprechend vermitteln

Und da sind wir schon mittendrin im sogenannten Super-Wahljahr. So viel ist gewiss, es wird dieses Mal etwas anders ablaufen als gewohnt, denn Corona bestimmt nach wie vor das Geschehen. Und wenn diese Zeilen gedruckt sind, liegen die ersten Landtagswahlen schon hinter uns, mit einem hoffentlich guten Ergebnis. Wahlen sind nicht nur das Hochamt der Demokratie, sondern jeweils auch eine Chance. Die ÖDP aber ist eine Partei, die auch außerhalb der Parlamente und zwischen den Wahlen ihre Stimme erhebt oder mittels direkter Demokratie für bessere Lösungen sorgt.

Man kann gar nicht oft genug an das bayerische Artenschutz-Begehren erinnern. Mehr als 18 % der Wähler hat die ÖDP erreicht. Da geht was! Das motiviert uns, auch bei den Wahlen zuzulegen. Denn auch wenn wir für Volksentscheide auf Bundesebene eintreten, werden doch im Parlament die wesentlichen Weichen gestellt, die Regierungen kontrolliert und die Budgetentscheidungen getroffen. Da spielt die Musik und da wollen, nein, da müssen wir mitspielen. Denn mit dem Weg, den die sogenannten Etablierten seit Jahrzehnten verfolgen, ist kein Staat zu machen. Wir alle wissen, dass es diesen Wandel braucht. Von denen, die die Probleme verursacht haben, ist keine Lösung zu erwarten. Und auch nicht von den Grünen. Ich leide an Schwarz-Grün-Blindheit, ich kann nämlich kaum noch Unterschiede erkennen. Für eine konsequent ökologische und demokratische Politik braucht es schon uns. Das ist nicht vermessen, das ist vernünftig.

Und das müssen wir nur weitererzählen. Unser größtes Problem ist nicht das Programm. Wir treffen den Nerv der Zeit. Und im Unterschied zu Klimalistern haben wir nicht nur ein Thema, sondern passende Antworten auf alle Herausforderungen. Nur, in der Politik gilt der Satz: „Tue Gutes und rede darüber.“ Denn wer uns nicht kennt, der kann uns nicht wählen. Wir sind Mitglieder, wir engagieren uns, weil wir überzeugt von den Lösungen sind, die die ÖDP bietet. „Wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über“, heißt es im Evangelium. Stecken wir also andere mit unserer Begeisterung an, als eine orangene Welle, die durch das Land schwappt. Die Zeit ist reif für die ÖDP. Unsere Themen sind in der Gesellschaft ange-

kommen. Wir wissen, was getan werden muss. Sagen wir es weiter.

Wie genau der Straßenwahlkampf dieses Jahr aussehen wird, das wissen wir noch nicht. Wir bemühen uns gerade auf Bundesebene, die zu sammelnden Unterstützungsunterschriften reduzieren zu lassen. Doch auch ganz ohne Corona-Lage verlagert sich der Wahlkampf zunehmend in das Internet. Und das muss kein Nachteil sein für uns – im Gegenteil. Mit unserem relativ geringen Etat können wir bei Plakaten, riesigen Veranstaltungen und

Wir sind so stark, wie unsere Mitglieder die Botschaft nach außen tragen.

der Materialschlacht gar nicht mithalten. Im Netz schon eher, hier kommt man auch mit kleinerem Budget weit, hier zählen vor allem Ideen und wir können direkt mit unseren potenziellen Wählern in Kontakt treten.

Wir haben uns daher in diesem Bereich neu aufgestellt, mit Anja Kistler und Fenya Kirst haben wir zwei neue Mitarbeiterinnen für Social Media und Kampagnen. Beide sind topmotiviert und werden uns hier weit voranbringen. Genauso wichtig sind aber alle Mitglieder an der Basis. Wir sind nur so stark, wie sie unsere Botschaft nach außen tragen. Jedes ÖDP-Mitglied ist ein Multiplikator.

Diese Tage habe ich mir ab und an eine alte Folge „Löwenzahn“ mit Peter Lustig angeschaut. Schon als Kind war ich von ihm begeistert. Und wenn ich heute die alten



Christian Rechholz schwimmt auf der orangenen Welle voraus.

Sendungen sehe, denke ich immer wieder: Das ist doch alles ÖDP-Programm. Wieso hat Peter Lustig eine ganze Generation begeistert? Weil er uns zwar etwas beibrachte, aber nicht belehrend wirkte, weil er eine glückliche ökologische Lebensweise begreifbar machte und nicht Verzicht predigte. Ich wünsche mir eine ÖDP, die etwas wie Peter Lustig ist, die nicht den moralischen Zeigefinger erhebt, sondern die einladende Hand ausstreckt, in Lösungen denkt und zeigt, dass es gar nicht so schwer ist: Lifehacks nennt man das auf Neudeutsch. Wenn wir derart motiviert und motivierend in den Wahlkampf gehen, dann werden wir uns für diesen Einsatz auch belohnen.

Die wichtigste Wahl findet am 26. September statt und dazwischen liegt unser Parteitag in Würzburg. Er findet statt, nur in welcher Form, das ist noch nicht sicher: als Präsenzveranstaltung, digital oder hybrid? Wir sind auf alles vorbereitet und haben auch mit der digitalen Variante schon unsere ersten Erfahrungen sammeln können. Es geht, spart Zeit und Reisekosten. Gleichwohl ersetzt ein virtuelles Treffen aber nicht den persönlichen Kontakt und Austausch. Auch unser Co-burger Symposium haben wir schon das zweite Mal verschoben müssen, an Pfingsten findet es nun auf jeden Fall statt, auch hier entscheidet sich noch die Form.

Ja, Corona hat das Land weiterhin im Griff. Und das Thema wird auch bei dieser Wahl eine enorme Rolle spielen.

Weil es uns alle in irgendeiner Form betrifft. Und das Thema hat Spaltungspotenzial. Wir merken es im Freundes- und Bekanntenkreis, unter Kollegen, in der ganzen Gesellschaft – auch in der ÖDP. Mir macht das Sorge. Wir haben aufgehört, einander zuzuhören. Dem anderen zuzuhören mit seiner Sicht, seinen Fragen, seinen Argumenten. Die Kommunikationspolitik der Regierungen verstärkt diesen Trend. Es ist nicht gut, wenn in einer Demokratie die

Eine nachhaltige Politik darf langfristige Folgen nicht aus dem Blick lassen.

wesentlichen Debatten und Entscheidungen nur hinter verschlossenen Türen stattfinden und uns dann nur das Ergebnis verkündet wird. Dafür haben wir Parlamente. Es ist nicht gut, wenn die Evidenz von Entscheidungen nicht dargelegt wird und die innere Logik von Maßnahmen. Es ist nicht gut, wenn auf Angst statt Aufklärung gesetzt wird. Und es wird nicht besser, wenn keine Perspektiven für die gemeinsamen Anstrengungen aufgezeigt werden.



Lösungen veranschaulichen ist einladender als der moralische Zeigefinger.

Ob wir wollen oder nicht, zum Thema Corona erwarten die Menschen auch von uns eine Haltung und Antworten. Schon der vorige Bundesvorstand hat den Standpunkt eingenommen, dass Grundlage der Entscheidungen evidente Erkenntnisse sein müssen. Der aktuelle Bundesvorstand hat deswegen ein Experten-Gremium einberufen. Dieser Corona-Beirat setzt sich aus Mitgliedern der Bereiche Medizin, Psychologie, Ethik, Theologie, Statistik, Politikwissenschaft, Pädagogik, Volkswirtschaft usw. zusammen. Hier wird ernsthaft und auf der Grundlage von wissenschaftlichen Studien beraten und es werden Empfehlungen an den Bundesvorstand herausgegeben. Diese werden auch auf unsere neue Mitglieder-Plattform orangeaktiv gestellt. Die Hunderte von Kommentaren und Anregungen dort zeigen, welch großen Diskussionsbedarf es hier gibt. Und unser evidenzbasiertes Vorgehen bietet die Chance, auf Basis von Fakten Brücken zu bauen.

Unsere Mitglieder und die Menschen im Land haben berechnete Fragen und Anliegen. Unternehmen wir das Richtige oder gäbe es bessere Alternativen? Wieso fand kein wirksamer Schutz in den Heimen statt? Was machen Städte wie Tübingen und Rostock richtig und können wir davon lernen? Wie können wir die Gefährdeten schüt-



Foto: Simone Bierlein/color2print

Die ÖDP hat konkrete Vorschläge für eine bessere Politik – wir müssen sie nur ansprechend vermitteln.

zen und gleichzeitig Kinder und Familien? Es ist erschreckend, was hier an Bildungslücken und psychischen Problemen bereits aufgetreten ist. Viele Kliniken können die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht mehr aufnehmen, hier ist das Gesundheitssystem bereits überlastet. Eine nachhaltige Politik darf langfristige Folgen nicht aus dem Blick lassen. Es ist erschütternd, wie viele Menschen aus Angst vor dem Virus nicht mehr zum Arzt gehen und dann an anderen Krankheiten schwer erkranken oder gar sterben. Es ist empörend, wie in kürzester Zeit Unternehmen wie die Lufthansa Milliardenhilfen bekamen, aber

*Eine demokratische
Oppositionspartei muss sagen, was
sie anders machen würde.*

Mittelständler, Künstler und Einzelhändler noch immer auf ihr Geld warten. Es erzürnt mich, wenn in der Bundesliga das engmaschige Testen seit letztem Jahr schon so gut funktioniert, dass ein infizierter Spieler den Rest der Mannschaft nicht ansteckt, aber wir das in Heimen nicht mit dem gleichen Nachdruck verfolgt haben. Und es ist erschreckend, wenn der deutsche Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller warnt, am Lockdown würden weltweit mehr Menschen sterben als an Corona. Das kann uns nicht kaltlassen und hierüber müssen wir diskutieren. Das Virus ist gefährlich und wir müssen etwas unternehmen, aber was und wie, damit beschäftigt sich unser Corona-Beirat. Denn eine demokratische Oppositionspartei muss sagen, was sie anders machen würde. Sie muss auch die Fragen, Sorgen und Existenzängste der Menschen artikulieren und, wo nötig, die Regierungen kritisieren. Sonst kommt sie ihrer Aufgabe nicht nach und wir verlieren weitere Menschen mit ihren Fragen an die Populisten und Rattenfänger.

Corona hat uns aber auch etwas gezeigt: Die Natur ist auf die Bremse getreten und hat den Erdüberlastungstag erstmals seit 1970 nach hinten verschoben. Die Welt hat sich eine Atempause genommen. Verkehr nahm ab und Ruhe zu. Werte haben sich verschoben: Zwischenmenschliche Kommunikation ist wichtiger als Konsum, Gesundheit wichtiger als Profit. Handel und Wandel sind möglich. Lange wurde das Gegenteil behauptet. Corona kann uns zum Umdenken bewegen: Wie wollen wir unsere Welt nach der Pandemie haben? Dazu können wir als ÖDP Antworten liefern, etwa mit einem Wirtschaftssystem, das weder Mensch noch Natur ausbeutet, das nicht wenigen dient, sondern allen. Ja, wir haben die richtigen Antworten für diese Zeit, erzählen wir sie weiter. ■

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Wir müssen aufhören, den Boden achtlos mit Füßen zu treten

Jeden Tag werden in Deutschland Flächen in der Größenordnung von 79 Fußballfeldern für Baumaßnahmen geopfert. Wenn wir es ernst meinen mit dem Arten- und Klimaschutz, muss sich dieser Trend schleunigst umkehren. Manuela Ripa möchte deutlich vor 2050 eine Netto-Null-Flächeninanspruchnahme erreichen. Wir sollten den Boden wieder neu als unsere Lebensgrundlage achten.

Ohne Böden funktioniert die Welt nicht: Sie sind die Grundlage für unsere Lebensmittel, sind ein entscheidender Faktor für den Erhalt unserer Biodiversität, filtern und speichern Wasser, trennen Schadstoffe ab und verringern die Gefahr von Hochwasser. Gesunde Böden helfen, Dürreperioden in der Landwirtschaft besser zu überstehen. Und, nicht zu vergessen, Böden sind wertvolle CO₂-Speicher und damit ein wichtiges Element im Kampf gegen den Klimawandel. Auf der anderen Seite sind Böden aber auch sensibel. Diese „Haut der Welt“, wie sie von Wissenschaftler*innen gerne genannt wird, bekommt durch intensive Landwirtschaft, Waldrodungen, Verschmutzung und Versiegelung schnell empfindliche Risse, die nicht einfach zu kitten sind. Denn Böden brauchen Jahrtausende, um sich zu entwickeln. Und ist der Boden erst mal stark beeinträchtigt oder zerstört, werden die kommenden Generationen seine Wiederherstellung nicht erleben.

In Europa und darüber hinaus werden die Warnungen von Wissenschaftler*innen und Expert*innen zu dem sich stetig verschlechternden Zustand unserer Böden immer ein-



Foto: European Union 2020 / European Parliament / Benoit Bourgeois

*Wir müssen dafür sorgen, dass es bis 2030
keine Bodenverschlechterung mehr gibt.*

dringlicher. Trotzdem gibt es EU-weit bisher kein einheitliches Vorgehen beim Bodenschutz. Das soll sich nun ändern!

Europäischer Bodenschutz für den Grünen Deal

In den letzten Jahrzehnten ist unser Landverbrauch in die Höhe geschossen. Jeden Tag werden allein in Deutschland 56 Hektar verbraucht – etwa als Verkehrs- oder Siedlungs-

flächen. Das entspricht rund 79 Fußballfeldern! Europa ist weltweit einer der Kontinente mit der am schnellsten voranschreitenden Urbanisierung und verbraucht bzw. versiegelt dadurch immense Flächen in Rekordgeschwindigkeit. Gleichzeitig will Europa mit dem Grünen Deal der erste klimaneutrale Kontinent werden. Trotz der wichtigen Rolle, die gesunde Böden für eine Erreichung dieses Ziels spielen müssten, erge-

ben sich Regelungen für europäische Böden meist nur als indirektes Ergebnis verwandter Verordnungen, wie zum Beispiel den EU-Regeln zur Umwelthaftung oder der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Besonders mit Blick auf Letztere wird klar: Ein europäischer Ansatz zum Bodenschutz muss her! Bereits im Jahr 2012 hat die EU-Kommission die Leitlinien für den Bodenschutz präsentiert, die aber nie gesetzlich umgesetzt wurden, da die EU-Mitgliedsstaaten eine Implementierung blockierten. Obwohl die gravierenden Probleme der fortschreitenden Boden-Verschlechterung in der EU schon seit den 70ern bekannt sind, bleibt das Thema Bodenschutz bis heute eine nationale Angelegenheit. Doch die Effekte, die der Verlust gesunder Böden auslöst, machen an nationalen Grenzen nicht halt.

Resolution im EU-Parlament: Forderungen für den europäischen Bodenschutz

Mit einer Resolution des EU-Parlaments soll dieser Flickenteppich aus nationalen Regelungen nun endgültig aufgerollt werden, denn ein

gesamt-europäisches Projekt wie der europäische Grüne Deal braucht einen gesamt-europäischen Bodenschutz.

Als Schattenberichterstatterin für meine Fraktion im EU-Parlament und somit in meiner Fraktion zuständig für den Bodenschutz, kann ich Einfluss darauf nehmen, welche Punkte für diese Resolution vorgeschlagen, diskutiert und schließlich von den EU-Abgeordneten abgestimmt werden.

Dabei soll zunächst einmal sichergestellt werden, dass die vielseitige, tragende Rolle unserer Böden für Klimaschutz, Wiederherstellung der Biodiversität, Schadstofffreiheit und Lebensmittelsicherheit EU-weit anerkannt wird. Um unsere Böden und ihre Funktionen dann auch effektiv schützen zu können, brauchen wir einen EU-weit einheitlichen Rahmen, in dem wir messbare Ziele, Indikatoren und Kriterien für einen guten Zustand des Bodens festlegen und überprüfen können.

Übergeordnetes Ziel muss eine Netto-Null-Flächeninanspruchnahme noch deutlich vor 2050 sein. Um das zu erreichen, fordere ich, dass Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet

werden, für neue Bauvorhaben stets brachliegende Flächen oder Leerstände vorzuziehen, anstatt immer weiter frische Flächen zu verbrauchen. Wir müssen dafür sorgen, dass es bis 2030 keine Bodenverschlechterung mehr gibt, und besonders darauf achten, dass Entscheidungsträger*innen auf kommunaler und Landesebene besser zum Bodenschutz informiert und geschult werden. Da unsere Böden uns alle etwas angehen, fordere ich überdies ein Recht auf Bürger*innen-Beteiligung bei Raumplanungsverfahren.

Diese Resolution sollte am Ende eines ganz klar machen: Boden ist eine begrenzte, überaus wertvolle Ressource und wir müssen endlich aufhören, den Boden achtlos mit Füßen zu treten. Denn ein gesunder Boden ist genauso wichtig wie saubere Luft und sauberes Wasser – wir brauchen alle drei Ressourcen gleichermaßen zum Leben! ■

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa



Böden brauchen Jahrtausende, um sich zu entwickeln. Trotzdem werden sie unaufhörlich weiter versiegelt.

Nachruf Hans-Peter Bogdahn

Ehemaliger ÖDP-Vorsitzender in Augsburg mit 60 Jahren an Corona verstorben



Hans-Peter Bogdahn ist mit 60 Jahren an einer Corona-Infektion gestorben.

Hans-Peter Bogdahn, ehemaliger Vorsitzender der Augsburger ÖDP, ist im Alter von nur 60 Jahren an einer Corona-Infektion gestorben. Er arbeitete als Pfleger auf einer Covid-19-Station in einer Augsburger Klinik und ist nun in tragischer Weise selbst der Seuche zum Opfer gefallen.

„Hans-Peter hat sich in seinem Beruf wie auch im sonstigen Leben immer für seine Mitmenschen eingesetzt. Dabei hat er auch oft seine eigenen Interessen in den Hintergrund gestellt“, bezeugt der Augsburger ÖDP-Stadtrat Christian Pettinger in seinem Nachruf. In die ÖDP eingetreten ist Hans-Peter Bogdahn bereits 1990. Seither hat er in verschiedenen Vorstandsämtern den Kreisverband Augsburg-

Stadt mitgeprägt, in den Jahren von 2014 bis 2016 als Vorsitzender.

Seine Idee von einer nachhaltigen Welt war ihm dabei immer Richtschnur gewesen. Hans-Peter Bog-

und vorangebracht – sei es durch unermüdlichen persönlichen Einsatz oder durch die Zurverfügungstellung von Arbeits- und Lagerräumen.

Mit Hans-Peter Bogdahn verliert die ÖDP einen ihrer engagiertesten Mitstreiter und vorbildlichen Ökologen.

dahn hat nicht nur Forderungen in die Politik getragen, sondern auch sein eigenes Leben möglichst umweltverträglich gestaltet. So hat er viele Themen, wie zum Beispiel Elektromobilität, im eigenen Alltag umgesetzt. Mit viel Kreativität und Beharrlichkeit hat Hans-Peter die Anliegen der ÖDP immer wieder unterstützt

Mit Hans-Peter Bogdahn verliert die ÖDP in Augsburg-Stadt und -Land und in ganz Bayern einen ihrer engagiertesten Mitstreiter und vorbildlichen Ökologen. Er hat deutliche Spuren hinterlassen, die uns auch zukünftig immer an sein Wirken erinnern werden. Wir trauern mit seiner Familie um ihn.

Herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag, Klaus Buchner!

Nach seiner beruflichen Laufbahn war für Klaus Buchner noch lange nicht Schluss. Da ging sein Einsatz für die ÖDP erst so richtig los: zunächst führte er die Partei als Bundesvorsitzender, dann brachte er sich als Ökodemokrat im EU-Parlament ein und aktuell gestaltet er noch im Bundesvorstand ÖDP-Politik mit. Aber auch ein Physiker lebt in der Zeit und freut sich, wenn er seinen 80. Geburtstag feiern kann.

von Jorgo Chatzimarkakis

Wenn er spricht, kann man eine Stecknadel fallen hören. Klaus Buchner, dem Physiker und Hochschulprofessor, merkt man an, dass er sich während jeder Rede für den Inhalt dessen, was er gerade sagt, begeistert. Er konzentriert sich voll auf den Redeinhalt, mit dem er sich nahezu identifiziert.

te angezogen und später zu einer tragenden Säule der Partei werden lassen. Zwanzig Jahre nach seinem Beitritt wurde er deren Bundesvorsitzender und hält mit sieben Jahren an der Spitze der Partei bislang auch den Rekord in Bezug auf die Amtszeit.

Es war die Frage, ob die ÖDP sich auf Bayern konzentrieren oder

charakteristisch für Klaus Buchner, denn der inhaltliche Konflikt führte nicht zum Bruch. Aus Altersgründen, wie er damals im Jahr 2010 sagte, zog er sich dann von der Bundesspitze zurück. Der politische Ruhestand galt allerdings nicht lange: 2014 trat Klaus Buchner als Spitzenkandidat für die Europawahl an und errang erstmals in der Geschichte der Partei ein Mandat im Europäischen Parlament. In der Rückschau sicherlich ein Höhepunkt sowohl für die Partei als auch für Klaus Buchner persönlich.

Er hat die Welt schon früh kennengelernt und immer einen Blick auf globale Zusammenhänge gehabt. Jetzt konnte er dies auch in politische Praxis umsetzen, als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Internationalen

bundesweit antreten sollte, die auf dem Parteitag 2003 zur Debatte stand. Klaus Buchner trat als erster stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei gegen den Bundesvor-

Abgesehen hat er sich das von einem ÖDP-Urgestein, das ihn insbesondere in seiner Anfangszeit bei der ÖDP seit seinem Beitritt 1983 geprägt hat: Jasper von Oertzen, Schauspieler und Mitbegründer der Öko-Demokraten.

Am Anfang seiner ÖDP-Karriere befürwortete er noch die Kernkraft. Nach zwei Jahren wandte er sich jedoch von ihr ab und setzt sich seither für die Verbindung von erneuerbaren Technologien mit Strom oder Wasserstoff ein. Was ihn anfangs an der ÖDP begeisterte, das war der globale Blick auf das Thema Migration: Die Bekämpfung von Fluchtursachen, die Schaffung von Lebenschancen vor Ort, hat ihn neben der christlichen Orientierung vieler ÖDP-Standpunk-

sitzenden Uwe Dolata an, mit dem Anspruch, in ganz Deutschland ökologische Politik zu vertreten. Er setzte sich durch und tauschte die Position mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden, der nunmehr als erster Stellvertreter fungierte. Typisch ÖDP und

Handel. Als Vertreter des Letzteren wurde er Berichterstatter für das Europäische Parlament in Bezug auf die Dual-Use-Richtlinie, der gesetzlichen Grundlage für die Doppelverwendungsfähigkeit von Gütern zu zivilen, aber auch zu militärischen Zwecken.

Am Anfang seiner ÖDP-Karriere

befürwortete er noch die Kernkraft. Nach zwei Jahren wandte er sich jedoch von ihr ab.

All das wäre nur schwer möglich gewesen, wenn er nicht schon von früh an einen starken Rückhalt in seiner Frau Rosemarie gehabt hätte.



Klaus Buchner kurz nach seinem 80. Geburtstag.

Während er in der ersten Lesung 92 % des europäischen Parlaments hinter seine strikte und an ziviler Nutzung ausgerichtete Verhandlungsführung bringen konnte, wanderte das Dossier nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament in die Hände einer unerfahrenen tschechischen Piratin, die in zweiter Lesung den hohen Standard der erzielten Ergebnisse nicht aufrechterhalten konnte. „Dies mit anzusehen, gehört sicherlich zu meinen bittersten Erfahrungen“, räumt Klaus Buchner ein. Andererseits fällt in diesen Zeitraum auch eine große

Erfolgsgeschichte, die ihn mit Freude erfüllt hat: das erfolgreiche Volksbegehren zur Rettung der Bienen und Biodiversität in Bayern, an dessen Erfolg er großen Anteil hat.

Auch als Physiker zeichnet sich Klaus Buchner durch einen sehr internationalen Werdegang aus: Das Studium der Physik begann er in München, setzte es jedoch in Edinburgh/Schottland fort, wo er auch sein Diplom absolvierte. Er promovierte schließlich im Bereich der Experimentalphysik. Forschungsaufenthalte führten ihn nach Japan, Indien

und Genf. Mit 60 wissenschaftlichen Arbeiten hat er insbesondere in den Bereichen Allgemeine Relativitätstheorie und Differenzialgeometrie zur Forschung beigetragen. Wegen seiner intensiven Kontakte nach Polen wurde er 1992 mit der Goldenen Verdienstmedaille der Universität Breslau ausgezeichnet.

All das wäre nur schwer möglich gewesen, wenn er nicht schon von früh an einen starken Rückhalt in seiner Frau Rosemarie gehabt hätte, mit der er gemeinsam vier Kinder großgezogen hat. Eine der drei Töchter wurde aus einem Heim von Mutter Teresa in Kalkutta adoptiert. Rosemarie war es, die stets die Finanzen des global umtriebigen Klaus Buchners im Blick hatte und sich bundesweit für das Sammeln von Unterstützungsunterschriften eingesetzt hat. Gleichzeitig war sie zu Hause im Bezirksausschuss als Kommunalpolitikerin für die ÖDP aktiv. „Rosemarie hat sich zwar stets für andere Themen interessiert als ich, aber insgesamt haben wir uns sehr gut ergänzt!“ Es ist bezeichnend für Klaus Buchner, dass er sich seiner ÖDP nach wie vor verpflichtet fühlt und deswegen dem 2020 neu gewählten Bundesvorstand seine Unterstützung als Beisitzer anbot. Er wurde mal wieder mit hervorragendem Ergebnis gewählt und gehört zu den fleißigen Mitgliedern eines insgesamt fleißigen Bundesvorstands.

Lieber Klaus Buchner, herzlichen Glückwunsch zum 80. und danke für die reichhaltige und intensive Unterstützung von Öko-Demokraten in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt!

Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit

In den vergangenen Monaten hatte der ÖDP-Bundesverband in den Reihen seiner hauptamtlichen Mitarbeiter zwei Abgänge und zwei Neuzugänge zu verzeichnen.

Stufen

Wie jede Blüte welkt und jede Jugend
Dem Alter weicht, blüht jede Lebensstufe,
Blüht jede Weisheit auch und jede Tugend
Zu ihrer Zeit und darf nicht ewig dauern.
Es muß das Herz bei jedem Lebensrufe
Bereit zum Abschied sein und Neubeginne,
Um sich in Tapferkeit und ohne Trauern
In andre, neue Bindungen zu geben.
Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,
Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.

Wir sollen heiter Raum um Raum durchschreiten,
An keinem wie an einer Heimat hängen,
Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen,
Er will uns Stuf' um Stufe heben, weiten.
Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise
Und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen,
Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,
Mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.

Es wird vielleicht auch noch die Todesstunde
Uns neuen Räumen jung entgegen senden,
Des Lebens Ruf an uns wird niemals enden ...
Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und gesunde!

(Hermann Hesse)



Foto: Photostoryou/pixabay.com

Walter Konrad

Liebe Leserinnen und Leser der ÖkologiePolitik, mit nebenstehendem Gedicht von Hermann Hesse und den darin enthaltenen Gedanken wechsele ich zum 1. Mai 2021 in meine neue Existenz als Rentner. Nach fast 15 Jahren Arbeit für die ÖDP – konkret seit 2007 – beende ich damit mein Berufsleben. Ich gehe mit den im Gedicht enthaltenen positiven Einstellungen in diese neue Phase meines Lebens, neugierig auf viele neue Erlebnisse, die ich – unbeschwert von dienstlichen Pflichten – auf mich wirken lassen will. Ein kleiner Trost für diejenigen unter Ihnen, die mich als Gremienmitglied (Ortsbeirat, Protokolle bei Parteitagen, Kirchentage oder BAKs) kennen: Das Ortsbeiratsmandat in Mainz werde ich weiterhin wahrnehmen. Also: Ich sage „do widzenia“ (polnisch: „Auf Wiedersehen“) und zugleich auch „dziękuję i serdecznie witam“ (polnisch: „Guten Tag und ich grüße Sie herzlich“).



Walter Konrad

Walter Konrad,
Kommunalpolitischer Referent im Team der
Bundesgeschäftsstelle der ÖDP

Mandy Büttner

Ende Oktober 2020 verabschiedete sich bereits Mandy Büttner aus privaten Gründen, die von Berlin aus als Kommunikationsdesignerin für die ÖDP gearbeitet hatte. In gut zwei Jahren Tätigkeit für die ÖDP hat Mandy Büttner entscheidend zu einer Auffrischung des Erscheinungsbildes unserer Partei beigetragen. Wir danken der jungen Mutter vielmals für ihr Engagement und wünschen ihr, gemeinsam mit ihrer Familie, eine glückliche Zukunft.



Mandy Büttner

Anja Kistler

Seit Anfang Februar 2021 unterstützt Anja Kistler in Teilzeit den ÖDP-Bundesverband als Referentin für Kampagnen und Marketing. Zusammen mit ihrer Kollegin Fenya

Kirst kümmert sie sich um die verschiedenen Social-Media-Kanäle und setzt sich für ein weiteres Bekanntwerden der ÖDP ein. Anja Kistler ist Politologin und war über 20 Jahre als Kongressmanagerin beschäftigt, vor allem für die „Medientage München“, aber auch für kleinere Kongresse und Messen im Medien- und Gaming-Bereich. Für diese Veranstaltungen hat sie lange die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernommen und deren Social-Media-Kanäle betreut. Ehrenamtlich engagiert sie sich seit ihrem Studium für die Menschenrechte – in den letzten zehn Jahren als Vorstandsbeauftragte von Amnesty International für Lobby-Arbeit in Bayern und damit als Ansprechpartnerin der bayerischen Landtagsabgeordneten. Jetzt freut sie sich vor allem, einen spannenden Bundestagswahlkampf aus einer anderen Perspektive und hautnah mitzuerleben!



Anja Kistler

Fenya Kirst

Weitere tatkräftige Unterstützung erfährt die Öffentlichkeitsarbeit des ÖDP-Bundesverbands – und konkret das Social-Media-Team – seit Anfang März 2021 durch Fenya Kirst. Als ausgebildete digitale PR-Beraterin verbindet die (fast) echte Münchnerin einen professionellen Blick auf die Social-Media-Welt mit strategischem Know-how und großer Begeisterung für Wort und Bild. Außerdem kennt sich die studierte Historikerin mit soliden Recherchen und verständlichen Darstellungen komplexer Themen bestens aus. Damit bringt sie wichtige Eigenschaften mit, um die politischen Positionen der ÖDP auf Twitter, Instagram und Co. unter die Leute zu bringen. Ehrenamtlich ist Fenya Kirst in der Münchner Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv, vor allem im Umfeld von Fridays for Future.



Fenya Kirst

Wir heißen Anja Kistler und Fenya Kirst herzlich bei der ÖDP willkommen und freuen uns, mit ihnen gemeinsam die zukunftstaugliche ÖDP-Politik bundesweit bekannt machen zu können.

Wie erreichen wir Sie?

Wir als ÖDP möchten, dass Sie als unsere Mitglieder immer gut informiert sind. Außerdem sind wir sehr daran interessiert, Sie an unserer Politik zu beteiligen. Dazu nutzen wir bereits seit Jahrzehnten gedruckte Medien wie die ÖkologiePolitik und Briefe per Post. Seit einigen Jahren erreichen wir zudem viele unserer Mitglieder per E-Mail und seit ein paar Monaten zusätzlich über unsere parteieigene Internetplattform „orangeaktiv“.

Weil das Drucken und Versenden von Papierzeugnissen viel Geld kostet und zudem die Umwelt belastet, freuen wir uns über jedes Mitglied, das wir auf digitalem Weg kostengünstiger, umweltfreundlicher und auch schneller erreichen können.

Wir sind erst dann zufrieden, wenn Sie sich von der ÖDP gut informiert fühlen.

Haben Sie einen Computer mit Internetanschluss und eine E-Mail-Adresse? Falls Sie diese Frage mit Ja beantworten können, sind Sie aus technischer Sicht bereit, ÖDP-Mitteilungen per E-Mail zu empfangen und sich auf der Internetplattform „orangeaktiv“ mit anderen ÖDP-Mitgliedern zu vernetzen.

Per E-Mail informieren wir zumeist freitags in einem Rundschreiben (Newsletter) über Neuigkeiten aus der ÖDP und der Politik allgemein. Diese sehr aktuellen Informationen empfangen einige unserer Parteimitglieder noch nicht. Und nur relativ wenige beziehen bisher überhaupt unsere Pressemitteilungen, dabei gibt es jede Woche mindestens eine neue.

Wenn Sie jetzt feststellen, dass Sie offenbar interessante Informationen nicht erhalten, aber eigentlich über die technischen Voraussetzungen zu deren Empfang verfügen, nehmen Sie gerne mit uns Kontakt auf. Am Ende dieser Seite finden Sie unsere Kontaktdaten und ein Formular, das Sie ausschneiden und per Post an uns zurückschicken können. Per Telefon, Fax oder E-Mail können Sie uns ebenso gut erreichen. Melden Sie sich bitte auch dann, wenn Sie früher schon einmal Informationen per E-Mail von uns erhalten, in der letzten Zeit aber aus irgendeinem Grund nichts mehr von uns gehört haben. Hat sich vielleicht Ihre E-Mail-Adresse geändert?



Foto: Arthimedes/shutterstock.com

Als ÖDP-Mitglied können Sie übrigens kostenlos eine E-Mail-Adresse unserer Partei beantragen und diese z. B. für den Empfang von Rundschreiben und Pressemitteilungen nutzen. Ebenfalls kostenlos ist die Nutzung unserer Mitgliederplattform „orangeaktiv“ sowie der umweltfreundliche Bezug der ÖkologiePolitik in digitaler Form (PDF-Datei). Teilen Sie uns einfach per E-Mail, Telefon oder Brief mit, welches der Angebote Sie nutzen möchten.

Falls Sie Bedenken haben, ob Sie mit diesen Angeboten alleine zurecht kommen: Wir unterstützen Sie sehr gerne dabei. Scheuen Sie sich nicht, einen Unterstützungsbedarf anzumelden. Schriftlich, per Telefon oder neuerdings auch per Video-Konferenz konnten wir schon vieler Parteimitgliedern helfen, unsere Angebote erfolgreich zu nutzen. Wir sind erst dann zufrieden, wenn Sie sich von der ÖDP gut informiert fühlen. Denn gemeinsam mit Ihnen können wir uns noch besser für eine lebenswerte Zukunft einsetzen.

Ökologische Grüße,
Jan Altnickel
ÖDP-Referent für interne Kommunikation

Wenn Sie uns per Post eine Rückmeldung geben möchten, finden Sie auf Seite 70 ein Formular, das Sie bitte ausfüllen, ausschneiden und in einem frankierten Briefumschlag an uns zurücksenden. Eine Antwort per E-Mail ist aber auch möglich.

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg

Sie erreichen uns auch unter:
Telefon: (09 31) 404 860
Fax: (09 31) 404 862 9
E-Mail: info@oedp.de

Baden-Württemberg

Erfolgreiche Klage vor dem Verfassungsgerichtshof

Bei der Landtagswahl am 14. März 2021 tritt die ÖDP in 67 von 70 Wahlkreisen an, also in allen Wahlkreisen außer Bruchsal, Bretten und Rastatt. Das ist eine gute Ausgangslage. Diese mussten wir uns aber erkämpfen. Aufgrund der Corona-Maßnahmen waren die persönlichen Kontakte stark eingeschränkt und damit die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Landtagswahl erschwert. Damit war ganz eindeutig die Chancengleichheit bei der Wahlzulassung nicht gegeben. Deshalb erhoben wir mit weiteren außerparlamentarischen Parteien Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes. Dieser gab uns recht und forderte eine Senkung der Unterschriftenhürde. Er nannte dem Landtag zwar kein konkretes Quorum an Unterschriften, gab aber eine grobe Richtung vor: Bei einer Reduzierung um 50 % sähe er „keinen Anlass für eine erneute verfassungsrechtliche Beanstandung“. Zähneknirschend nahm dann der Landtag die Änderung des Wahlgesetzes vor, und zwar im geringstmöglichen Maß: Die Unterschriftenhürde wurde von 150 auf 75 pro Wahlkreis gesenkt.

Wir bedanken uns bei allen denjenigen, die uns mit Unterstützungsunterschriften zum Wahlantritt verholfen



Foto: Monika Diez

An der Gerichtsverhandlung zur Senkung der Unterschriftenhürde vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg haben auch Vertreterinnen und Vertreter der ÖDP teilgenommen.

haben. Ein besonderer Dank geht an diejenigen, die dies mit besonderem Engagement getan haben. Zu diesen gehören auch die auswärtigen Helferinnen und Helfer, die mit großem Einsatz einige besonders schwache Wahlkreise „gerettet“ haben.

Guido Klamt – Spitzenkandidat zur Bundestagswahl

Beim letzten Landesparteitag in Ulm wurde Guido Klamt zum Spitzenkandidaten der ÖDP Baden-Württemberg für die Bundestagswahl gewählt. Der 50-jährige Chemotechniker in der Elektromobilitätsforschung und derzeit freigestellte Betriebsrat ist politisch kein Unbekannter: Guido Klamt ist Landesvorsitzender und einer von zwei ÖDP-Regionalräten im Regionalparlament Stuttgart. Auf Platz 2 der 18 Plätze umfassenden Liste wurde Verena Föttinger, 64-jährige Diplom-Theologin aus Fluorn-Winzeln im Kreis Rottweil, gewählt. Auf den Plätzen 3–5 der Landesliste folgen Michael Kefer, 52-jähriger Religionslehrer und Gemeinderat aus Teningen im Kreis Emmendingen, Tobias Raffelt, 28-jähriger Software-Entwickler aus Oberndorf a. N. im Kreis Rottweil, und Alexander Fox, 34-jähriger Bürosachbearbeiter beim Technischen Hilfswerk aus Fellbach im Rems-Murr-Kreis.

Damit die ÖDP samt den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten auch wirklich auf dem Wahlzettel steht, müssen wir aber nach jetzigem Stand 2.000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Daher bitten wir Sie um Ihre Mithilfe. Bitte denken Sie auch an Ihre eigene Unterschrift!

Schwierige Planung der Landesparteitage

Corona-bedingt ist die Planung und Durchführung von Landesparteitagen weiterhin erschwert. Der letzte Landesparteitag in Ulm konnte statt der geplanten zwei Tage nur eintägig stattfinden und der Landesparteirat musste ganz entfallen. Der nächste Landesparteitag wird – sofern es die Corona-Lage zulässt – am 10. Juli 2021 in der Sparkassenakademie in Stuttgart-Mitte stattfinden, und zwar von 10:30 bis 17:00 Uhr. Die Frist für Anträge ist der 24. April, die Frist für Änderungsanträge der 5. Juni.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: (07 11) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de
Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: (07 11) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Film-Premiere als Aschermittwoch-Ersatz

Darf der Defiliermarsch wirklich nur für den Ministerpräsidenten erklingen? Um diese Frage ging es bei der ÖDP am Aschermittwoch nur ganz am Rande. Die bayerische



Das Filmposter zu „Aschermittwoch 2021 – Der Film“ mit Agnes Becker und Klaus Mrasek

ÖDP-Spitze hat den Freunden ihrer Aschermittwochs-Kundgebung in der Pandemie „angemessenen Ersatz“ geboten. Anstelle der üblicherweise in Landshut stattfindenden Kundgebung wurde eine Filmproduktion in Auftrag gegeben, die am Aschermittwoch Premiere auf dem YouTube-Kanal der ÖDP Bayern hatte.

In „Aschermittwoch 2021 – Der Film“ geht es natürlich um Andreas Scheuer, um den Defiliermarsch und um die Frage, an wen der CSU-Bundesverkehrsminister die ÖDP ständig erinnert. Das inhaltliche Themenspektrum ist vielfältig: Die ÖDP sieht sich als einzige verbliebene Öko-Partei mit einem klaren Nein zur Agrar-Gentechnik. Außerdem geht es um die Klimakrise und die Krise der

Artenvielfalt, um die überfälligen Änderungen für die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem. Und im Film stellt die ÖDP erstmals unkonventionelle Vorschläge für die Ortskerne und den Einzelhandel nach der Coronapandemie vor.

„Hauptdarsteller“ sind der bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek und die stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker, Initiatorin des erfolgreichen Volksbegehrens „Rettet die Bienen“. Mit dabei sind auch weitere Landesvorstandsmitglieder: die AbL-Bäuerin und 1. Bürgermeisterin Edith Lirsch, die vermutlich jüngste Fraktionsvorsitzende in Bayern und Freisinger ÖDP-Stadträtin Emilia Kirner (23); außerdem die erst 19-jährige Johanna Seitz, designierte Passauer Gegenkandidatin von Andreas Scheuer, sowie ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold.

Der Film ist zu sehen auf: www.oedp-bayern.de

ÖDP erinnert Bundestagsabgeordnete an Koalitionsvertrag: Online-Heimtierhandel verbieten und bestrafen

Der Wunsch nach Haustieren ist während der Pandemie gestiegen. Eine Bestellung im Internet sorgt jedoch oft für großes Tierleid. „Händler, meist aus Osteuropa, bringen Welpen, die viel zu früh von der Tiermutter getrennt wurden, unter schlimmen Bedingungen ins Land. Agnes Becker und Urban Mangold, die ÖDP-Fraktionsvorsitzenden aus dem Landkreis und der Stadt Passau, haben



Kreisrätin Agnes Becker und Bezirksrat Urban Mangold fordern die Umsetzung des Koalitionsvertrags zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels. Die Initiative haben die beiden ÖDP-Politiker am Samstag vereinbart. Beckers Hündin Luise machte beim „Corona-Gruß“ mit.

deshalb MdB Andreas Scheuer geschrieben. Sie wollen wissen: „Was ist aus dem Versprechen der Koalition geworden, gegen den Heimtierhandel im Internet und gegen den illegalen Welpenhandel vorzugehen?“ Die Empfehlung der ÖDP Bayern an alle Kreisverbände: vor Ort die jeweiligen Bundestagsabgeordneten mit dem Thema konfrontieren. Die Aktionsunterlagen sind im Intern-Teil eingestellt auf www.oedp-bayern.de.

„Was beim Drogenhandel gang und gäbe ist, sollte auch illegalen Welpenhändlern drohen: Die Einziehung des Autos, mit dem die Tiere transportiert wurden, wäre ein wirksames Mittel, um den Tätern das tierquälische Handwerk zu legen.“

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold
(Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung)
Tel.: (0851) 93 11 31, urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Berlin

ÖDP-Klage beschleunigt Absenkung der Unterschriftenquoten

Mit einer Organklage beim Verfassungsgerichtshof hat die Berliner ÖDP Anfang Januar auf sich aufmerksam gemacht. Alle wichtigen Zeitungen der Hauptstadt berichteten darüber, dass die ÖDP dem Abgeordnetenhaus vorwarf, die Zahl der Unterstützungsunterschriften, die für den Antritt bei den Berliner Wahlen 2021 benötigt werden, nicht an die Pandemie-Situation angepasst zu haben. In der Klageschrift (siehe: www.organklage.de) wurde eine möglichst schnelle Entscheidung gefordert und es wurde empfohlen, die Quoten nicht um einen festen Prozentsatz zu reduzieren, sondern in der Weise flexibel herabzusetzen, dass jeder Lockdown-Tag anteilmäßig von den geforderten Unterschriften abgezogen würde.

Diese juristische Initiative wurde flankiert durch ein Schreiben an alle im Landesparlament vertretenen Parteien, mit der Aufforderung, den Infektionsschutzgedanken auch beim Unterschriftensammeln zu berücksichtigen und der übermäßigen Benachteiligung kleiner Parteien entgegenzuwirken. Die Piratenpartei hat nachträglich ihren Beitritt zur ÖDP-Klage erklärt; weitere Parteien wie z. B. die Tierschutzpartei haben dies ebenfalls angekündigt.

Noch bevor das Gericht über den Antrag auf einstweilige Anordnung entscheiden konnte, wurde das Abgeord-



Ausgelöst durch eine Organklage der ÖDP Berlin hat das Abgeordnetenhaus die Unterschriftenquoten für die Berliner Wahlen 2021 nahezu halbiert.

netenhaus plötzlich sehr aktiv. Ende Januar brachten fünf Fraktionen einen gemeinsamen Gesetzentwurf zum Landeswahlgesetz ein, der schon am 11. Februar beschlossen wurde. Das Prozedere für Aufstellungsversammlungen ist nun vereinfacht und die Unterschriftenquoten sind um (knapp) die Hälfte gesenkt. Für die Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl müssen bei dieser Wahl nur noch 1.100 statt sonst 2.200 Unterschriften gesammelt werden, für die Bezirkslisten zu den BVV-Wahlen sind 100 (statt 185) Unterschriften erforderlich und für Direktkandidaturen in den 78 Wahlkreisen nur noch 25 (statt 45) Unterschriften.

Ob am Ende eine Absenkung in dieser Höhe ausreichend ist, darf bezweifelt werden. Falls die Pandemielage weiterhin so ernst bleibt und die strengen Kontaktbeschränkungen noch länger gelten, reicht die nun beschlossene Maßnahme nicht aus, um faire Startbedingungen zu schaffen. Deshalb hält die ÖDP ihren Hauptantrag weiter aufrecht und wird ggf. eine Nachjustierung der Quoten anmahnen.

Kontakt: ÖDP Berlin
Lars C. Arnold, Landesvorsitzender
Tel.: (030) 49 85 40 50, info@oedp-berlin.de

Brandenburg

Kreisverband Potsdam gegründet

Ende Oktober 2020 wurde der dritte Brandenburger Kreisverband gegründet. Er umfasst die Landeshauptstadt Potsdam und den Landkreis Potsdam-Mittelmark. Aktuell gibt es hier 20 ÖDP-Mitglieder.

Zum Kreisvorsitzenden wurde Daniel Margraf gewählt. Der 4-fache Familienvater ist Diplom-Modedesigner (FH) und arbeitet als Coach und Trainer in diesem Bereich. Außerdem betreibt er in der Potsdamer Innenstadt eine Bar. Als Direktkandidat wird er im Bundestagswahlkampf u. a. gegen die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock und den SPD-Finanzminister und Kanzlerkandidaten Olaf Scholz antreten.

Im Rahmen der Kreisverbandsarbeit will die ÖDP Potsdam ihre Schwerpunkte auf lokale Belange wie „Eine Stadt für alle“, massiven Infrastrukturausbau für Rad- und Nahverkehr, gerechte Bildungschancen und Gewässerschutz legen.



Foto: Daniel Margraf

Modedesigner Daniel Margraf wurde zum Vorsitzenden des KV Potsdam gewählt und stellt sich einem herausfordernden Bundestagswahlkampf.

Tesla in Grünheide

Die Geschichte des Standorts

Im Jahr 2001 suchten die Bayerischen Motoren Werke (BMW) europaweit nach einem Standort für eine neue Produktionsstätte. 250 verschiedene Bewerber boten sich ihnen zu Beginn an, darunter auch die Gemeinde Grünheide im Südosten Berlins mit ihrem Ortsteil Freien-



Foto: ÖDP Brandenburg

ÖDP-Mitglieder bei einem Infostand in Potsdam

brink. Die Naturschutzverbände und auch Teile der Bevölkerung wandten sich bereits damals vehement gegen die Ansiedlung, weil sie eine Eingliederung des Areals in das umgebende Landschaftsschutzgebiet Müggelspree-Löcknitz Wald- und Seengebiet anstrebten. Diese Reintegration wurde für den Fall zugesagt, dass BMW sich an anderer Stelle niederlassen sollte (1). Dieser Fall trat dann auch ein und man kann postulieren, dass Freienbrink wegen seines hohen Grundwasserstands aus der Bewerberliste ausschied.

Der Wald

Das hauptsächlich mit Kiefern bestandene Areal wurde in den folgenden zwei Jahrzehnten durch Unterpflanzungen wie auch Naturverjüngung in ökologisch höherwertigen Mischwald umgewandelt. Im Januar 2020 wurden an dieser Stelle zwölf verschiedene Laubbaumarten protokolliert und der Wald zu einem Viertel als ökologisch be-



Foto: Dr. Heidemarie Schroeder

Das Löcknitztal unweit der Tesla-Baustelle



Foto: ÖDP-Pressestelle

Die Dimensionen der Baustelle am 25.01.2021 lassen erahnen, dass die Tesla Gigafactory die natürlichen Kreisläufe massiv beeinträchtigen wird.

sonders wertvoll klassifiziert. Den 300 Hektar Wald, von denen heute bald mehr als die Hälfte gerodet sein wird, kam deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie als Teil eines in sich geschlossenen grünen Gürtels um Berlin für dessen Wasserhaushalt, die Kaltluftbildung und die Frischluftzufuhr zur Metropole essenziell sind und der Erhalt der Artenvielfalt in den unmittelbar angrenzenden Natura-2000-Arealen von der ökologischen Intaktheit dieses Gebiets abhängig ist. Der Wohn- und Erholungswert der Region für die Brandenburger und Berliner ist zudem enorm.

In einem derart schützenswerten Gebiet jetzt Großindustrie anzusiedeln, erscheint jedem in ökologischen Zusammenhängen denkenden Menschen abwegig. Dennoch wurde genau dieses Gebiet vom Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister Brandenburgs dem Konzernchef Teslas für die Errichtung eines gigantischen Automobilwerks nebst Batteriefabrik angeboten.

Das Wasser

Wegen der nur wenige Meter unter der Erdoberfläche im märkischen Sand verlaufenden Grundwasserleiter schlie-

ßen sich in einem solchen Gebiet Vorhaben wie Pfahlgründungen von Fundamenten, das Bohren von Brunnen oder der Umgang mit hochtoxischen Stoffen aus (2). All dies hat Tesla nicht nur vor oder tut es bereits, der Konzern untergräbt seine Glaubwürdigkeit als vertrauenswürdiger Bauherr und Betriebsstättenbetreiber zusätzlich durch sein gegenwärtiges Agieren auf der Baustelle.

Ein weiteres gigantisches Problem kommt auf die Region durch den immensen Wasserbedarf Teslas zu, da der Südosten Brandenburgs bereits jetzt unter Trockenheit leidet. Von Flüssen werden Tiefststände gemeldet, Seen trocknen aus und neue Wasserlieferanten für den Versorger, den Wasserverband Strausberg-Erkner, sind nicht in Sicht (3). Das Bild wird vielmehr geprägt durch Schönfärberei der Verantwortlichen und die Vermeidung innovativer, aber teurerer Technologien durch Tesla.

Die Infrastruktur

Ein vierter Faktor ist die im Umkreis der künftigen Gigafactory gänzlich fehlende Infrastruktur, die eine reibungslose An- und Abfahrt zigtausender Arbeitnehmer und Lieferanten gewährleisten könnte. Da zum Betriebsstart

voraussichtlich keine Alternativen zu Pkw und Lkw bereitstellen können (4), sind ein Verkehrskollaps wie auch der Verlust von Lebensqualität für die Anwohner der Kreis- und Landstraßen sowie der Ortsdurchfahrten vorprogrammiert.

Das Genehmigungsverfahren/ Bürgerbeteiligung

Es lässt sich also zusammenfassen, dass Tesla weniger „auf eigenes Risiko“ baut, wie immer behauptet wird, sondern vor allem auf das Risiko der hier lebenden Bevölkerung und ihrer Umwelt. Leider wurde den Betroffenen kein Mitspracherecht bei der Auswahl des Standorts eingeräumt. Dass die Bürger nach Antragsauslage Einwendungen erheben durften, dient wohl nur der juristischen Absicherung und wirkt angesichts der unumkehrbaren Tatsachen auf dem Baufeld wie eine reine Alibi-Veranstaltung.



Foto: Dr. Heidemarie Schroeder

Protestierende Anwohner und Journalisten warten am 2. September 2020 auf Elon Musk, der an diesem Tag dann aber doch nicht die Gigafactory-Baustelle besucht.

Im Verlauf der Corona-Pandemie verschlechterten sich die Mitsprachemöglichkeiten weiter: Nachbarn Tesla durften nicht an Gemeindevertretersitzungen zum Thema Infrastruktur teilnehmen und blieben während der Erörterungen zu den Einwendungen ausgesperrt. Schlussendlich werden Gesetze neu erlassen, wo bisher gültige das Genehmigungsverfahren behindern könnten (Planungssicherstellungsgesetz, Investitionsbeschleunigungsgesetz), oder es wird laut über die Abschaffung bestehender Rechte wie das Klagerecht von Naturschutzverbänden nachgedacht.

Das öffentliche Interesse

Ist nun das, was in Freienbrink entsteht, all diese Opfer wert? Gibt es Vorteile für die Gesellschaft oder auch nur

für Berlin-Brandenburg, die all die geschilderten Nachteile und Einschränkungen aufwiegen? Bilden die Fahrzeuge, die ab Sommer dieses Jahres in Grünheide vom Band rollen sollen, tatsächlich einen wesentlichen Beitrag zur Mobilitätswende und zur Klimarettung?

Die Argumente, die gegen Letzteres sprechen, sind zahlreich (5), die Befriedigung eines „öffentlichen Interesses“ mehr als zweifelhaft.

Das Totschlagargument, das von den Landespolitikern vom ersten Tage an ins Feld geführt wird, ist das der entstehenden Arbeitsplätze. Als die Standortfrage in Brandenburg 2019 entschieden wurde, lag die Arbeitslosenquote in der Region unter 6%. Zusätzlich ist Elon Musk, der mittlerweile reichste Mensch der Welt, als lausiger Arbeitgeber bekannt, dem das Wohl seiner Angestellten herzlich egal ist. Dementsprechend hält sich der Ansturm von Bewerbern auf Stellenausschreibungen Teslas in Grenzen.

Die Motivation

Weshalb empfangen die Politiker aus Bund und Land Elon Musk dennoch mit offenen Armen und Subventionszusagen? Nur damit die von Misserfolgen gebeutelten Landespolitiker zeigen können, dass unter ihrer Ägide auch mal ein Werkstor aufgesperrt wird? Oder weil Autokonzerne in der Vergangenheit immer Erfolg gebracht haben und sie glauben, mit Schönrechnerei auch noch das Klima retten zu können? Wer holt uns aus der Illusion, dass neue Technologien altes Leben ermöglichen und die Teufelsspirale unserer wohlstandsverwöhnten Konsumgesellschaft in Zukunft weniger Einfluss auf das Klima und unsere Umwelt haben wird? Auch zu einer gerechteren Welt wird die Gigafactory wenig beitragen. Wer sich in Grünheide die Umweltzerstörungen angeschaut hat und dann einmal in einem Tesla Model Y das Gaspedal durchdrückt, dem wird dämmern, dass der Fabrikneubau in Freienbrink die Probleme unserer Zeit eher verschärfen als zu ihrer Lösung beitragen wird.

Quellen:

- (1) Protokoll der Sondersitzung des Naturschutzbeirats LOS vom 02.05.2001
- (2) Verordnung zur Festsetzung des Wasserwerks Erkner, Wasserfassungen Neu Zittauer und Hohenbinder Straße vom 21.03.2019
- (3) Pressemitteilung WSE vom 16.01.2020
- (4) Studie der Innoverse GmbH, Hans Leistner, im Auftrag der Linken Landtag Brandenburg
- (5) Winfried Wolf: Mit dem Elektroauto in die Sackgasse: Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt. ProMedia 2019

Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (033 09) 3 18 96 45
info@oedp-brandenburg.de

Nordrhein-Westfalen

Wahlantritt in Zeiten von Corona

Die ÖDP bei der Bundestagswahl 2021 auf den Stimmzettel zu bringen, ist dieser Tage das Ziel der ÖDP in NRW. Gerade in Zeiten von Corona keine einfache Aufgabe. Allen Mitgliedern in NRW sandte die Landespartei, mit tatkräftiger Unterstützung von Bundesvorstandsmitglied



Foto: Thomas Schiffelmann

Die ÖDP NRW hatte noch kurz vor der Corona-Sperre in Oberhausen ihre Landesliste zur Bundestagswahl mit 25 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt.

Thomas Schiffelmann, Formulare für die Unterstützungsunterschriften zu. Die Bitte an alle lautete, die Rücksendung der ausgefüllten Formulare nicht zu vergessen.

Entwicklungen seit der Kommunalwahl

Nach der Kommunalwahl in NRW im September 2020 ist die Ratsarbeit der bisherigen und auch der neuen Kommunalvertretungen angelaufen. Hier gibt es auch neue Ratsgruppen bzw. -fraktionen: In Münster schloss sich die ÖDP mit der PARTEI zu einer Ratsgruppe zusammen: Die Partei/ÖDP. In Kempen gibt es jetzt eine Ratsfraktion und Führung der ÖDP mit der LINKEN. Beide Ratsgruppierungen verfügen auch über je eine eigene Geschäftsstelle. In Bad Driburg hat die ÖDP-Ratsfraktion die Arbeit aufgenommen, ebenso in Bottrop. In Lüdenscheid und Herscheid zogen die ÖDP-Mandatsträger als Einzelkämpfer jeweils in den Rat ein.

Auch die ersten Initiativen sind nach der Kommunalwahl angelaufen, so z. B. die Auslobung eines Umwelt- und Ehrenamtspreises durch das Bündnis „ÖDP – Bürgerinitiative Kempen“ mit dem passenden Titel: „Die Bienen-Medaille“.

Im Herbst fand der reguläre Landeshauptausschuss der ÖDP NRW – selbstverständlich online im Netz – statt.

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl tagten im Januar und Februar 2021 gleich zwei a. o. LHAs, um die Einbindung der Kreisverbände in diese Aktivitäten sicherzustellen. Im Januar fand eine erste Videokonferenz der Social-Media- und Webseiten-Admins statt.



Foto: Jeyaratnam Caniceus

Diesen Umwelt- und Ehrenamtspreis hat das Bündnis „ÖDP – Bürgerinitiative Kempen“ verliehen.

Der Landesvorstand der ÖDP NRW unterzeichnete den offenen Brief zum Bürgerrat Klimagerechtigkeit, ebenso laufen Unterstützungsmaßnahmen für die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ und die „Volksinitiative Artenvielfalt“ in NRW.

Überarbeitung des Landespolitischen Programms

Aber auch die Landtagswahl 2022 wirft ihre Schatten voraus und das Landespolitische Programm (LPP) der ÖDP NRW steht zur Überarbeitung an. Diese Überarbeitung soll auf breiter Basis erfolgen. Darum hat zu dieser Überarbeitung der Landesvorstand alle Kreisverbände und auch alle Mitglieder herzlich eingeladen. Hierzu wurden – unter Moderation je eines Landesvorstandsmitglieds – Arbeitsgruppen gebildet. Diese sind:

- Digitalisierung, Breitbandausbau
- Bildung, Schule, Hochschule
- Klima, Umwelt, Verkehr
- Demokratie
- Wirtschaft, Arbeit, Finanzen
- Soziales, Familie
- Gesundheit
- Jugend
- Sicherheit
- Kultur
- Tierschutz

Die Einteilung orientiert sich an der Gliederung des bisherigen Programms. Für die Überarbeitung hat der Landesvorstand eine Vorgehensweise vorgeschlagen, die dem Landeshauptausschuss vorgestellt und allen Mitgliedern per E-Mail mitgeteilt wurde. Das derzeit gültige Programm steht auf der Webseite des Landesverbands: www.oedp-nrw.de. Interessierte, die sich noch nicht gemeldet haben, können sich noch nachmelden unter info@oedp-nrw.de.

Sie leben in NRW und erhalten noch keine E-Mails von uns? Dann freuen wir uns über eine Mitteilung an info@oedp-nrw.de.

Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl

Die Aufstellung der Landesliste der ÖDP NRW zur Landtagswahl 2022 ist für Samstag, den 5. Juni 2021 geplant. An diesem Datum soll sowohl ein Landesparteitag als auch eine Landesmitgliederversammlung stattfinden. Sollte dieser Termin Corona-bedingt nicht möglich sein, hat der Landesvorstand höchst vorsorglich mit Samstag, dem 26. Juni 2021 bereits einen weiteren Termin angekündigt.

Auch wird demnächst wieder eine Videokonferenz für Neumitglieder der ÖDP NRW stattfinden. Hierzu erhalten dann alle Neumitglieder eine gesonderte Einladung.

Die Parteiarbeit unseres Landesverbands hat sich im Wesentlichen ins Netz verlagert. Die ÖDP NRW hofft, bald auch wieder mit direkten zwischenmenschlichen Begegnungen aktiv werden zu können.

Abschied nehmen

Leider sind aus NRW gleich drei traurige Ereignisse zu berichten: Der langjährige Kreisvorsitzende der ÖDP in Höxter-Lippe, Bernd Bartsch, ist von uns gegangen, ebenso das Gründungsmitglied der ÖDP in Bad Driburg, Karl-Heinz Rieckmann.

Die ÖDP Kempen wiederum trauert um Hans Palm, Gründungsmitglied und Stadtratskandidat des Bündnisses „ÖDP – Bürgerinitiative Kempen“ bei der Kommunalwahl 2020. Wir werden die Verstorbenen in unserer Erinnerung behalten.

Kontakt: ÖDP Nordrhein-Westfalen
Landesgeschäftsstelle
Tel.: (02 51) 76 02 67 45
info@oedp-nrw.de

Niedersachsen

Extremismus-Papier der ÖDP Niedersachsen

Abgrenzung des Landesverbands Niedersachsen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) von linksextremistischen, nationalistischen, antisemitischen, rechtspopulistischen, gewaltverherrlichenden und sektenhaften Gruppierungen und Parteien. Einstimmiger Beschluss des Landesvorstands der ÖDP Niedersachsen vom 18.11.2020.

Unsere Werte ...

Die Ökologisch-Demokratische Partei ist eine wertorientierte Partei der politischen Mitte. Die Beachtung ökologischer und sozialer Zusammenhänge, die Ehrfurcht vor dem Leben, die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und die Besinnung auf ethische Werte sind die Leitlinien unserer Politik.

Verantwortungsbewusstes politisches Denken und Handeln setzt ethische Wertmaßstäbe voraus. Dies gilt umso mehr angesichts des zunehmenden Werteverfalls in Gesellschaft und Politik. Die Sicherung des Überlebens von Mensch und Natur, der Schutz der Umwelt um ihrer selbst willen und für uns Menschen sowie gerechte Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müssen Vorrang vor allen privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Interessen haben.

... sind unvereinbar mit ...

Angesichts der globalen ökologischen Krisen mit grenzüberschreitenden Katastrophen sind nationale Engstirnigkeit und Verfolgung nationaler Einzelinteressen unverantwortbar. Diese Denkweise ist zum Nachteil der Gesellschaft; der Nationalismus gefährdet die Demokratie und führt zur Verletzung von Menschenrechten. Aus diesem Grundverständnis heraus ist bei uns kein Platz für Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus, Gewaltverherrlichung und sektenhafte Verschwörungsmythen. Solche Ideologien widersprechen fundamental dem Grundgesetzprogramm der ÖDP, das der weltweiten Solidarität, dem Frieden und der Demokratie verpflichtet ist.

... jeder Art von Extremismus.

Die ÖDP Niedersachsen distanziert sich deutlich von allen extremistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien. Sie lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Weder tätliche Angriffe noch sprachli-

che Gewalt haben in der ÖDP Platz. Daraus folgt, dass für rechte und für linke Extremisten kein Platz in der ÖDP ist, die durch Gewalt gegen Personen oder Sachen eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Gleiches gilt für rechte und für linke Ideologien, die dem Mittel der Gewalt positiv gegenüberstehen.

Nationalismus ist die übersteigerte, intolerante Erscheinungsform des Nationalbewusstseins. Im Unterschied zum Nationalismus kann das Nationalbewusstsein den kulturellen Wert einer Nation, eines Volkes oder eines Staates hervorheben. Regionalbewusstsein bezieht sich auf die besonderen Charakteristika einer Region und führt zu regionaler Identität. Das mag legitim, das mag wichtig sein. Unser Ziel jedoch ist die Erhaltung der Lebensgrundlagen auf dieser Erde für alle Menschen und alles Leben. Das beinhaltet effektiven Klimaschutz, Naturschutz und die Gleichberechtigung aller Menschen, auch in sozialen Fragen. Deshalb haben Nationalismus und Antisemitismus in der ÖDP keinen Platz und dürfen auch von Parteimitgliedern nicht vertreten werden.

Der Landesverband Niedersachsen verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den Grundsatzbeschluss zur Abgrenzung der ÖDP von den Rechtsparteien (Beschluss des Bundesparteitags 1989 in Saarbrücken).

Wir zeigen klare Haltung ...

In der ÖDP ist kein Platz für rechte Extremisten, die nicht die Probleme der Menschen, die vielfach zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden, lösen wollen, sondern durch ihre überholten Ideologien dumpfe Ressentiments pflegen. Die Neue Rechte versucht, die lösungsorientierten öffentlichen Diskurse zu kapern, zu manipulieren und zu instrumentalisieren. Dem treten wir entschieden entgegen!

Die ÖDP distanziert sich ausdrücklich auch von allen Gruppen und rechten Ideologien, die Immigranten oder Flüchtlinge als ökologische, ökonomische oder kulturelle Bedrohung darstellen: Nicht diese Menschen stellen eine ökologische Bedrohung unserer Lebensgrundlagen dar, sondern unser aller Lebensstil gefährdet global unsere Lebensgrundlagen – und führt dadurch mit zu Fluchtbewegungen.

Die ÖDP steht zu einer offenen Gesellschaft. Deshalb lehnen wir grundsätzlich die Zusammenarbeit mit Parteien, Organisationen oder Gruppierungen ab, die sich nicht an den Werten und Zielen unseres Grundgesetzes orientieren. Mit uns gibt es keinerlei Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Gruppierungen wie AfD, NPD etc.

Auch ist die Instrumentalisierung von Symbolen des Nationalsozialismus, insbesondere von Symbolen nationalsozialistischer Verbrechen (etwa um sich selbst oder unbeteiligte Dritte zum Opfer zu stilisieren), jedem Mit-



glied der ÖDP verboten. Zuwiderhandelnden Parteimitgliedern können alle Parteifunktionen entzogen werden, um alle Missverständnisse über den Standpunkt der ÖDP auszuschließen. Weitergehende Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Parteiausschlussverfahren behalten wir uns ausdrücklich vor.

Unsererseits wird auch jeglicher Antisemitismus strikt abgelehnt, unabhängig davon, ob er von rechter, linker oder islamistischer Seite propagiert wird. Eine Leugnung oder Relativierung des Holocaust bzw. der Shoa ist mit einer ÖDP-Mitgliedschaft unvereinbar.

Ebenfalls ist in der ÖDP kein Platz für Anhänger von Verschwörungsmythen aller Art, Sektenmitglieder und religiöse Eiferer, die ihre Anhänger in unfreier Weise indoktrinieren und zu abhängigen Menschen machen. Die Politik der ÖDP ist durch Werte geprägt, wie sie in vielen Weltreligionen zu finden sind. Das Menschenbild der ÖDP beruht dabei auf christlich-humanistischen Werten, jedoch ist die ÖDP keine religiöse Partei.

Die Mitgliedschaft in der ÖDP ist für Personen nicht möglich, die in Gruppen, Organisationen oder Parteien Mitglied waren (oder noch sind), die linksextremistische, nationalistische, antisemitische, rechtspopulistische, gewaltverherrlichende oder sektenhafte Meinungen vertreten und sich nicht klar und eindeutig davon distanzieren.

... und laden ein zu einem konstruktiven Miteinander!

Wir heißen alle herzlich willkommen, die sich mit uns bei der produktiven und zielführenden Entwicklung folgender Grundideen engagieren möchten:

Erhalt der Schöpfung und ein faires globales Miteinander, damit alle Menschen eine lebenswerte Zukunft in Freiheit und Menschenwürde haben.

Wir heißen alle herzlich willkommen, die sich mit uns für mehr Demokratie und mehr Partizipation aller Menschen engagieren möchten und an einer Weiterentwicklung demokratischer Prozesse interessiert sind.

Wir heißen alle herzlich willkommen, die sich mit uns für die Schaffung einer ökologischen, sozialen und gerechten Marktwirtschaft engagieren möchten.

Verschiebung des 2. Coburger Symposiums gegen Wachstumszwang

von Günther Brendle-Behnisch, Arbeitsgruppe Symposium

„Besondere Zeiten verlangen besondere Maßnahmen!“ – Das gilt ganz besonders für unsere Zeiten, in denen wir momentan und wahrscheinlich noch eine ganze Weile weiterhin leben und mit denen wir umgehen müssen. So blieb uns angesichts der gegenwärtigen Corona-Entwicklung nichts anderes übrig, als unser Symposium nun ein weiteres Mal zu verschieben, jetzt auf den:

21.–22. Mai 2021

Diesen Termin wollen wir nun unbedingt halten und das Symposium in dem Rahmen durchführen, den die Corona-Situation erlaubt. Natürlich würden wir uns freuen, sie als Präsenzveranstaltung im charmanten Ambiente des Kongresshauses Ro-

sengarten in Coburg durchzuführen. Aber wir sind mittlerweile auch gerüstet für ein Symposium als Hybridveranstaltung. Auch dazu würden wir in Coburg bleiben, das wir dann aber als zentralen Aufnahmeort der Podiumsveranstaltung nutzen würden. Die Workshops würden wir dann als Videokonferenzen mit fester Teilnehmerzahl veranstalten.

Da wir nun wieder wie beim ersten Symposium von Freitag auf Samstag tagen werden, orientieren wir uns auch von unserem Zeitplan her am Ablauf des ersten. So werden wir am Freitag um 17:30 Uhr mit der Eröffnung und Einführung beginnen. Ab 19:30 Uhr findet dann die große Podiumsveranstaltung mit Live-Übertragung statt. Am Samstag bieten wir in zwei Vormittagsschichten di-

verse Workshops an. Diese werden in einem großen Schlussplenum am Nachmittag ausgewertet, das gleichzeitig den Ertrag der Gesamtveranstaltung sichert.

Das Thema ist weiterhin hochaktuell und ändert sich trotz der Verschiebungen nicht:

„Finanzwirtschaft und Arbeit & Soziales – zwei Seiten einer Medaille“

Wir freuen uns auf hochkarätige Referenten und Gäste, auf die gemeinsame Diskussion und den Austausch in den Workshops.

An Platz wird es nicht mangeln, darum begrüßen wir Sie gerne und möglichst zahlreich zum 2. Coburger Symposium zur Wachstumskritik in der einen oder anderen Form!

Neuerscheinung – Vorankündigung: Das Buch zum ersten Symposium

Der Entwurf einer neuen ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zur Bewältigung der herausziehenden Klimakrise sowie der ökologischen Krise mit all den damit verbundenen sozialen Verwerfungen. Forderungen, richtige und wichtige Maßnahmen, Konzepte und Visionen gibt es zuhauf. Hier wird eine Gesamtsicht vorgelegt, die die Zusammenhänge, Widersprüche, Wechselwirkungen, aber auch Synergien in den Blick nimmt. Hervorgegangen aus dem ersten Coburger Symposium der ÖDP zur Wachstumskritik, mit namhaften WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gebieten, wird mit diesem Manifest ein neues ökologisches, soziales und wirtschaftlich-gesellschaftliches Gesamtsystem präsentiert. Gegenstand der Betrachtung ist dabei nicht nur der angestrebte Zielzustand, sondern auch ganz praktisch ein möglicher Weg zur Umsetzung.



Wirtschaft ohne Wachstumszwang – Manifest einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft von Günther Brendle-Behnisch, Dr. Claudius Mosler und Christoph Raabs erscheint in Kürze im Tectum Verlag, Baden-Baden.



Anregungen für kommunale Mandatsträger

Bürgerbeteiligung in den Kommunen

Das heutige Thema der Kommunalseite stellt neue und innovative Möglichkeiten vor, wie sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Kommunen und Landkreisen in direkter Weise einbringen können. Manche dieser Möglichkeiten sind im Ausland seit einigen Jahren erprobt (z. B. Bürgerräte in Belgien) oder auch neu eingeführt worden (z. B. Bürgerbudget in Polen). Auch in Deutschland gibt es eine Reihe von Versuchen, die Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheidungen vor Ort zu beteiligen.

von Walter Konrad

Bürgerräte

Im September 2019 beschloss das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien (ca. 70.000 Menschen im Grenzgebiet von Belgien und der BRD) die Einrichtung eines Bürgerrats. Neben das regionale Parlament trat ein Gremium mit 24 Mitgliedern, welches – im Zusammenwirken mit dem „normalen“ Parlament – Gesetze erarbeiten und regionale Investitionen auf den Weg bringen kann. Das Volk regiert seitdem in direkter Weise mit – quasi als zweite Kammer. Normale Bürgerinnen und Bürger aus allen möglichen Berufen wurden per Los ausgewählt, um im Bürgerrat die direkte Demokratie auszuprobieren und zu gestalten. Alle Bürgerinnen und Bürger, die im Gebiet leben, können Vorschläge machen, aus denen der Bürgerrat einzelne Vorhaben auswählt, mit einem Gremium von Experten berät und dann die Umsetzung beschließt. Dem Bürgerrat steht hierfür ein eigenes Budget zur Verfügung, das vom „normalen“ Regionalparlament zur Verfügung gestellt wird. Das neue

Gremium arbeitet nun seit ca. zwei Jahren.

Informationen über die Arbeit findet man unter: www.buergerdialog.be

Bürgerbudget

Seit einigen Jahren gibt es in Polen, ausgehend von einer Bürgerinitiative 2011 in Posen (Poznan), in vielen Städten Initiativen, die sich dafür einsetzen, die Bürgerinnen und Bürger an Investitionsentscheidungen zu beteiligen. Durch Bürgerbudgets, die ca. 0,5% des städtischen Haushalts betragen, soll es die Möglichkeit geben, für die Stadtentwicklung wichtige Projekte anzulegen.

Informationen hierzu gibt es in deutscher Sprache unter:

<https://t1p.de/486q>

Diese Bewegung hat sich inzwischen auch in vielen deutschen Kommunen verbreitet. So gibt es in Wuppertal seit 2021 ein Gesamtbudget in Höhe von 200.000 Euro, über dessen Verwendung die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können. Auch andere Kommunen, wie z.B.



Potsdam oder Ketzin/Havel haben Gelder, orientiert an der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner, für Bürgerbudgets zur Verfügung gestellt.

Eine gute Übersicht findet man unter: <https://t1p.de/l0eh>

Bürgerentscheid/ Bürgerbegehren

Bürgerinnen und Bürger sind immer häufiger nicht bereit zu akzeptieren, wenn Stadt- und Gemeinderäte über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Vielfach werden Bauprojekte durch Bürgerinitiativen infrage gestellt und neue Planungen durch Bürgerentscheide durchgesetzt. Ein gutes Beispiel ist der in der Stadt Mainz geplante „Bibelturm“, wo eine Bürgerinitiative die Erhaltung einer innerstädtischen Grünfläche mithilfe eines Bürgerentscheids erfolgreich durchgesetzt hat (die ÖDP vor Ort hat dies tatkräftig unterstützt – auch gegen den erklärten Willen der Stadtratsmehrheit von SPD, Grünen und FDP).

Informationen findet man unter: <https://t1p.de/j8rn>

Walter Konrad

Walter Konrad arbeitete bis vor kurzem als kommunalpolitischer Referent im Team der Bundesgeschäftsstelle in Mainz. Rückmeldungen bitte an:



kommunalpolitik@oedp.de



Mit dem Twike von Aschaffenburg nach Südtirol

Walther Peeters (69) fuhr Ende September 2020 in einem Twike von Aschaffenburg bis nach Bozen in Südtirol. Das dreirädrige Leichtelektromobil mit zwei Sitzen hat eine Reichweite von 140 Kilometern – durch Treten der Pedale kann Peeters sie um maximal 20 Prozent verlängern. Bis zu 80 Stundenkilometer schnell kann das Twike fahren. In Südtirol half der Aschaffener auf einem Bergbauernhof aus. Wir haben mit dem Umweltschützer und ÖDP-Politiker über seine Reise gesprochen.

ÖkologiePolitik: Herr Peeters, welche Route haben Sie genommen?

Die altbekannte über den Brenner. Ich bin schon viermal mit dem Fahrrad über den Brenner gefahren, von daher war das der bekanntere Pass. Und ich bin ja zu einem Bergbauernhof nach Südtirol unterwegs gewesen, der war direkt hinter dem Brenner im nächsten Ort Gossensaß.

Wie ist die Ladeinfrastruktur auf der Strecke?

Da könnte ich ein dickes Buch schreiben. Ich hatte vier verschiedene Steckersysteme dabei, damit ich unterwegs für alle Eventualitäten gerüstet bin. Aber ich hatte Probleme mit der Tankkarte. Leider ist die Infrastruktur noch nicht so, dass man es befriedigend nennen kann. Außerdem waren die Temperaturen sehr hoch. Ab 40 Grad Betriebstemperatur kann ich nicht mehr laden.

Gab es noch weitere Herausforderungen?

Die Verkehrssituation. Ich fahre keine Autobahn, obwohl ich dazu berechtigt wäre. Die Räder der Lastwagen sind so groß wie mein Auto hoch ist. Das ist mir zu gefährlich. Deshalb fahre ich nur Bundesstraßen, aber Autofahrer sind manchmal sehr aufdringlich. Die Fahrkünste sind manchmal wirklich zum Heulen. Dennoch freue ich mich, auf dieser Reise



Peeters lädt sein Twike unterwegs ganz unkonventionell auf einem Bauhof.

mit dem Twike die Marke von 100.000 Kilometern geknackt zu haben.

Würden Sie eine solche Reise weiterempfehlen?

Ich kann es jedem nur empfehlen, mal elektrisch unterwegs zu sein. Es gab so schöne Strecken, zum Beispiel durch das Taubertal. Ich war total allein auf dieser Landstraße, herrlich! Und was immer toll ist, sind die Gespräche mit den Leuten. So ein Fahrzeug haben sie ja nicht täglich vor Augen. Sobald ich irgendwo hinkomme, bin ich umlagert. ■



Walther Peeters bewältigte mit seinem stromgetriebenen Twike in den Alpen lange Anstiege und wurde mit fantastischen Aussichten belohnt.

Gutes tun und andere motivieren

In jeder Ausgabe der ÖkologiePolitik können maximal zwei ÖDP-Mitglieder von ihrem Einsatz für Mensch und Umwelt berichten. Wenn Sie gerne von sich und Ihrem Engagement erzählen möchten, freuen wir uns auf Ihren Text in der Länge von ca. einer halben DIN-A4-Seite. Fügen Sie bitte ein Foto bei, von dem Sie die Bildrechte haben.

Schicken Sie Ihren Beitrag per E-Mail an: kommunikation@oedp.de

oder per Post an:
ÖDP-Bundesverband

Stichwort: „Mitgliedergeschichten“
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg

ÖDP für „Nordisches Modell“

Prostitution legalisieren oder verbieten?

Das „Nordische Modell“ sieht die Bestrafung von Sexkauf vor und richtet sich damit gegen Freier, Zuhälter und Bordellbetreiber. Prostituierte dagegen bleiben straffrei, der Staat bietet Hilfsangebote für den Ausstieg. Im Gegensatz zu den großen Volksparteien in Deutschland setzt die ÖDP sich für das „Nordische Modell“ ein. Warum sie damit nicht alleine bleiben sollte, erläutert Rechtsanwältin und ÖDP-Mitglied Corinna Grimm.

Interview mit Corinna Grimm

ÖkologiePolitik: Frau Grimm, aus welchen Gründen lehnen Sie die Legalisierung der Prostitution ab?

Corinna Grimm: Prostituierte kommen überwiegend aus den ärmsten Ländern der Welt. Viele Studien belegen, dass die Menschen in der Prostitution körperlich und seelisch in sehr schlechter Verfassung sind. Reich werden allein die Bordellbetreiber und Zuhälter. Für die weit überwiegende Zahl der Prostituierten bleibt kaum etwas zum Leben übrig. Deutschland hat Prostitution zum Beruf erhoben. Durch den Berufsstatus entstand hierzulande ein gewaltiger Prostitutionsmarkt mit unaussprechlichen Auswüchsen. Für Zwangsprostitution und Menschenhandel sind Tür und Tor geöffnet. Stellen Sie sich vor, wir würden Organhandel freigeben. Eine Lawine würde losgetreten.

Welche Gesetze regulieren den Sexmarkt?

2002 wurde das Prostitutionsgesetz (ProstG) eingeführt. Seitdem ist Prostitution ein legaler Beruf, was den Prostituierten den Zugang zu den Sozialversicherungen ermöglicht. Die Absicherung will niemand ändern. Seit 2003 aber sind Zuhälterei und das Betreiben eines Bordells nur noch dann strafbar, wenn Prostituierte in einem Abhängigkeitsver-

hältnis ausgebeutet werden. Damit gibt es ohne entsprechenden Hinweis für die Polizei gar keinen Grund mehr, im Milieu zu ermitteln, denn es ist ja alles legal. Wer soll schon einen Hinweis auf Ausbeutung und Zwang geben? Der Freier wohl kaum. So kam es seitdem nur selten zu Razzien.

zahlen, durchschnittlich zwischen 110 und 170 €. Der Konkurrenzkampf ist gewaltig, die Preise der Sexleistungen deshalb niedrig. Allein für die Miete braucht es 3–4 Freier täglich. Wenn sich die Tür des Bordellzimmers schließt, hilft kein Gesetz der Welt. Viele haben Gewalterfahrungen. Auch

„Ohne entsprechenden Hinweis gibt es für die Polizei gar keinen Grund mehr, im Milieu zu ermitteln.“

Etwa als ein Bordell mit dem Slogan warb: „Ein Bier, ein Würstchen, eine Frau – für 8,90 € all inclusive“.

Sind solche Auswüchse nicht verboten? Da gibt es doch inzwischen ein Schutzgesetz.

Seit 2017 gibt es das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG). Seitdem dürfen Bordelle nicht mehr zu „Sex-Flatrate“ oder „Gang-Bang-Partys“ einladen. Art und Ausmaß der Dienste haben allein die Prostituierten zu bestimmen. Das unterstellt aber, dass diese auf Augenhöhe mit dem Freier verhandeln können. Studien belegen aber, dass viele unter Depressionen leiden und sich mit Drogen oder Alkohol betäuben. Prostituierte müssen täglich an den Bordellbetreiber Miete

das Schutzgesetz gibt keine Garantie, dass Prostituierte im Notfall den nun vorgeschriebenen Notschalter erreichen oder die Kondompflicht eingehalten wird. Ich empfinde das Schutzgesetz deshalb als realitätsfremd.

Was ist mit den Schutzvorschriften des Mietrechts und des Arbeitsrechts?

Prostituierte genießen nach dem Wohnraummietrecht keinen Schutz. Das Bordellzimmer gilt als gewerblich, obwohl Prostituierte meist keine andere Bleibe haben, wie Corona jetzt zeigt, wo die Bordelle geschlossen sind. Arbeitsrechtlich gelten sie als Selbstständige. Damit haben sie nach dem Arbeitsrecht keinen Schutz und niemand muss für sie Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Wie viele Prostituierte gibt es in Deutschland?

Es gibt da keine Erhebung. Seit Ende 1990 kursiert immer die Zahl 400.000, obwohl der Sexmarkt mit der Legalisierung explodierte. Das ProstSchG verpflichtet Prostituierte zwar jetzt zur Anmeldung, dem wird aber kaum nachgekommen. Die Bordelle verteilen die Prostituierten fortlaufend um. Die Freier verlangen „Frischfleisch“, wie es in der Szene heißt. Die Prostituierten kommen

„Wenn sich die Tür des Bordellzimmers schließt, hilft kein Gesetz der Welt.“

überwiegend aus den ärmsten Ländern, viele aus Osteuropa. Eine Roma aus dem Ghetto in Rumänien kann sich nicht alleine aufmachen, um sich in Deutschland zu prostituieren. Sie wird ins Land und direkt in ein Bordell geschleust, spricht kaum Deutsch, kennt unsere Gesetze nicht und auch keine Behörden.

Was halten Sie von freiwilliger Prostitution?

Nach allen Studien sind die Gründe für den Einstieg in die sogenannte freiwillige Prostitution Armut, Drogen, Gewalt, zunehmend auch die „Loverboy-Masche“. Wenn man davon weiß, dann weiß man auch, dass die Grenzen zwischen Freiwilligkeit und Zwang fließend sind. Wenn man dann um die körperlichen Schäden aufgrund vielerlei Infektionen und der ständig sich wiederholenden oralen, vaginalen und analen Überdehnungssituation weiß, wenn man die eingeforderten Praktiken kennt, die ärztlichen Berichte gelesen hat, dann weiß man auch, dass die sich freiwillig prostituierende Studentin nicht all das Elend der unzähligen sich in unserem Land auf den Straßen, in den Wohnungen und in den Bordellen prostituierenden Men-

schen rechtfertigen kann. Sexkauf erfolgt überwiegend auch nicht auf dem Niveau von sogenannten „Edelprostituierten“. Was die Prostituierten in den Talkshows anbelangt, da zitiere ich immer gerne auch Manfred Paulus. Er war Leiter einer Kriminalinspektion und gilt europaweit als Experte in Sachen Prostitution. Er sagt, in seiner jahrzehntelangen Arbeit im Milieu sei ihm noch nie eine Prostituierte begegnet, die vorgab, gerne auf diese Art Freier glücklich zu machen;

diese Prostituierte begegnet ihm immer nur in Talkshows.

Welche Vorschriften gibt es für Bordellbetreiber?

Seit 2017 hat jeder Bordellbetreiber so eine Art „Betriebserlaubnis“ einzuholen. Nach dem Zwischenbericht des Bundesministeriums zum ProstSchG wird aber auch dies wenig umgesetzt. Für Berlin sind im Zwischenbericht des Bundesministeriums wegen zu geringer Fallzahlen bislang überhaupt keine Erlaubniserteilungen registriert.

„Mit der Legalisierung entstand hierzulande ein gewaltiger Prostitutionsmarkt. Man spricht von Deutschland als dem ‚Bordell Europas‘.“

Ist zu befürchten, dass das „Nordische Modell“ Prostitution in die Illegalität verschiebt? Wie ist das denn jetzt, wo die Bordelle wegen Corona geschlossen sind?

Trotz des ProstSchG hat sich die weit überwiegende Zahl der Prostituierten nicht angemeldet, folglich befinden sie sich bereits in der Illegalität. Wenn sie verschwinden, merkt das niemand. Da die Bordelle nun

wegen Corona geschlossen sind, ist das Geschäft der Massenbetriebe, der Großbordelle und der Lauffhäuser vermasselt. Ein Teil der sich prostituierenden Frauen ist nun in der Wohnungsprostitution. Viele weitere landeten dagegen auf der Straße, da sie ja oft keine andere Bleibe als das Bordellzimmer haben. Im Übrigen, das „Nordische Modell“ beinhaltet nicht nur ein Sexkaufverbot für Freier, es sieht auch staatliche Unterstützung für den Ausstieg der Frauen aus der Prostitution vor.

Was würde das „Nordische Modell“ verändern?

Das „Nordische Modell“ nimmt für sich nicht in Anspruch, Prostitution auszurotten. Strafgesetze stellen aber klar, was eine Gesellschaft nicht toleriert und deshalb bestraft. Jeder, der mit Organen handelt oder stiehlt, muss sich gut überlegen, ob er das Risiko, erwischt und bestraft zu werden, in Kauf nehmen will. Wer ein Organ oder Diebesgut anbietet oder kaufen will, muss sich auf den Schwarzmarkt begeben. Der Schwarzmarkt wird aber nie das Ausmaß eines legalen Marktes annehmen. Nicht anders wäre es, wenn Freier, Zuhälter und Bordellbetreiber mit Strafen rechnen müssten. Ein Sexkaufverbot wäre

nicht nur eine Hemmschwelle für jeden potenziellen Freier, sondern auch ein Signal an die ganze Gesellschaft. So aber werden in unserem Land die Ärmsten allerorts ganz legal zum Sexkauf angeboten. Ich betone nochmals, das „Nordische Modell“ bestraft nicht die Opfer, also nicht die Prostituierten.

In welchen Ländern ist das „Nordische Modell“ eingeführt?

Unser Nachbarland Frankreich hat das „Nordische Modell“ längst eingeführt. Weitere Länder sind Schweden, Norwegen, Irland, Nordirland, Kanada, Island und Israel. In all diesen Ländern ist Sexkauf verpönt.

Welchen Rückhalt gibt es in Deutschland für das „Nordische Modell“?

Das EU-Parlament forderte bereits 2014 seine Mitgliedsstaaten auf, durch Einführung des „Nordischen Modells“ für eine Eindämmung der Prostitution zu sorgen. Schon lange gibt es in der Politik Befürworter, wie zum Beispiel den verstorbenen Heiner Geißler. Langsam werden es immer mehr. Das geht querbeet durch alle Parteien. Es hilft auch, wenn Prominente sich dafür aussprechen, wie beispielsweise Wolfgang Niedecken, Senta Berger, Maria Furtwängler,

Reinhard Mey, Ranga Yogeshwar und viele mehr. Viele sind aufgewacht, als der von den Medien hofierte Bordellbetreiber Jürgen Rudloff wegen Menschenhandel und Zwangsprostitution zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Da haben viele kapiert, was legalisierte Prostitution nach sich

vereinbaren. Ich empfinde es als unwürdig, den Körper eines Menschen für Sex zu kaufen bzw. zu verkaufen. Das ist aber mein subjektives Empfinden und deshalb kein gutes Argument.

Ausschlaggebend ist vielmehr, dass Prostitution gegen den im

„Durch die aktuelle Gesetzeslage bleibt zementiert, dass überwiegend Frauen mit den negativen Folgen der Prostitution belastet werden.“

zieht. Gerade die ganz junge Generation scheint die Strukturen zu durchschauen.

Prostitution als Beruf, ist das mit dem Grundgesetz zu vereinbaren?

Prostitution ist meiner Ansicht nach nicht mit dem Grundgesetz zu

Grundgesetz festgehaltenen Grundsatz verstößt, Männer und Frauen seien gleichberechtigt. Da steht nämlich direkt im Nachgang zu diesem Gleichheitsgrundsatz klipp und klar, dass der Staat die Pflicht hat, darauf hinzuwirken, die mit der Un-





Foto: Marion Leonie Pfeifer

Titelbild des Films „Zeit der Namenlosen“ von Marion Leonie Pfeifer über Zwangsprostitution und Armutsvermarktung in der EU, Deutschland 2012

gleichheit verbundenen Nachteile zu beseitigen. Dieser Pflicht kann der Staat mit der aktuellen Gesetzeslage nicht nachkommen.

Mit der Legalisierung entstand hierzulande ein gewaltiger Prostitutionsmarkt. Man spricht von Deutschland als dem „Bordell Europas“. Viele Prostituierte sind aufgrund der Sexarbeit körperlich und seelisch in schlechtester Verfassung. Das belegen auch die eigenen Studien der Bundesregierung. Da Freier ganz überwiegend männlich und Prosti-

teilung in der Prostitution nicht ändern, es will nur schützen. Insofern ist und bleibt durch die aktuelle Gesetzeslage zementiert, dass überwiegend Frauen mit den negativen Folgen der Prostitution belastet werden.

Warum wird dann nicht Verfassungsbeschwerde erhoben?

Die Verfassungsbeschwerde ist längst verfristet. Man erkannte zu spät, was es bedeutet, wenn man Prostitution zum Beruf erhebt: die explosionsartige Ausbreitung von Bordellen, Menschenhandel und

Prostitution. Die Gerichte beurteilten die Vermittlung in die Prostitution als sittenwidrig und lehnten die Klagen ab. Ein Richter ist jedoch in seiner Entscheidung frei und nur an das Gesetz gebunden. Eine Gesellschaft, die mit ihren Gesetzen Prostitution legalisiert und zum Beruf erhebt, muss jederzeit damit rechnen, dass irgendwann ein Richter auch die Vermittlung in die Prostitution als nicht sittenwidrig beurteilt und den Klagen der Bordellbetreiber stattgibt. Damit würde einer Vermittlung in die Prostitution die Tür geöffnet. Wollen wir wirklich in solch einer Gesellschaft leben?

Frau Grimm, vielen Dank für das Interview. ■

Rechtsanwältin
Corinna Grimm
studierte an der Universität Frankfurt am Main. Seit 1994 ist sie als Rechtsanwältin tätig. Ehrenamtlich unterstützt sie aktiv verschiedene Menschenrechtsorganisationen.



tuerte ganz überwiegend weiblich sind, betreffen die Nachteile der Sexarbeit in erster Linie Frauen. Niemand will, dass sich zukünftig ebenso viele Männer wie Frauen prostituieren, damit es Mann und Frau gleichermaßen schlecht geht. Auch das 2017 eingeführte Schutzgesetz will die Rollen-

Zwangsprostitution. Auf den ersten Blick sieht das Gesetz ja auch gut aus, also die Möglichkeit, dass Prostituierte sich sozialversichern und ihren Lohn einklagen können.

Vor Jahren verklagten Bordellbetreiber die Bundesagentur für Arbeit auf Vermittlung von Frauen in die

BAK Demokratie, Außenpolitik und Europa

Virtueller Besuch im Europäischen Parlament

Die erste Besuchergruppe der ÖDP-Europaabgeordneten Manuela Ripa reiste nicht mit der Bahn an, sondern per Mausklick. Zu einer virtuellen Führung des Europäischen Parlaments versammelten sich Aktive des Bundesarbeitskreises Demokratie, Außenpolitik und Europa am Dienstag, den 12. Januar 2021 vor den Bildschirmen.

Vor visuellen Eindrücken aus Brüssel oder Straßburg nahm sich die Parlamentarierin Zeit, um von ihrer Arbeit zu berichten und Fragen zu beantworten. Dabei wurde deutlich, wie viel eine einzelne Abgeordnete dort mit Geduld, Fleiß, Verhandlungsgeschick und fundierten Kenntnissen zu bewirken vermag. Anders als im Bundestag sind nämlich hier die Parlamentsfraktionen keine homogene Gruppe einer Partei, sondern eine heterogene Mischung aus mehreren Parteien aller EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt sind in den sieben Fraktionen im Europäischen Parlament 190 Parteien vertreten.

Anschaulich stellte Manuela Ripa dar, warum eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union und eine Stärkung des Parlaments dringend geboten sind. Sie verwies außerdem darauf, dass oftmals Gesetzesvorlagen zwar formal durch die EU-Kommission eingebracht werden, diese gleichwohl auf die Initiative des Parlaments zurückgehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung der parlamentarischen Ausschüsse hervorgehoben. Als Mitglied der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz gehört Manuela Ripa dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie dem Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung an. Sie ist außerdem stell-

vertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel, im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicher-

Der Live-Videochat mit Manuela Ripa kam durch das Engagement von Lars C. Arnold zustande. Der Berliner ÖDP-Landesvorsitzende ist gleichzei-

Anders als im Bundestag sind die Parlamentsfraktionen eine heterogene Mischung aus mehreren Parteien aller EU-Mitgliedsstaaten.

heit sowie im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung.

Axel Heyer und Violeta Kazarova vom Besucherdienst des Parlaments boten kurzweilige Erläuterungen zur Funktionsweise des Europäischen Parlaments.

tig stellvertretender Vorsitzender des Bundesarbeitskreises und fungiert als Sprecher des Unterarbeitskreises Europa. Den virtuellen Besuch im Europäischen Parlament angeregt hatte Claude Kohnen aus dem Team der ÖDP-Europaabgeordneten. ■



Foto: EU-Büro Manuela Ripa

Manuela Ripa begrüßte die Gäste aus dem BAK DAE zu ihrer ersten virtuellen Führung im Europäischen Parlament.

BAK Mobilfunk

ÖDP-BAK Mobilfunk neu konstituiert

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Mobilfunk geht aus einer Arbeitsgruppe hervor, die sich seit 12/2019 intensiv mit Mobilfunk und seinen Wirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit beschäftigt hat. Auf dem Bundesparteitag in Suhl wurde der Bundesarbeitskreis eingesetzt und konstituierte sich am 14.11.2020 im Rahmen einer Videokonferenz.

Aus insgesamt 17 bundesweit aktiven Mitgliedern übernahm Marion Schmidt (Berlin) den Vorsitz. Stellvertreterin ist Beatrix Springer (Nürnberg). Als Beisitzer wurden Dietmar Auffurth (Unterallgäu), Dr. Niels Böhling (Esslingen) und Thomas Löb (Brandenburg) gewählt. Durch die Mitarbeit von Prof. Dr. Klaus Buchner (München) profitieren Arbeitskreis und Vorstand von dessen wissenschaftlicher Expertise und langjähriger politischer Erfah-

rung im EU-Parlament (2014–2020) sowie als ÖDP-Bundenvorsitzender (2003–2010).

Unter Hochdruck erarbeiteten die Mitglieder einen Antrag zur Änderung des Mobilfunk-Kapitels im bundespolitischen Programm. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der rasanten Ausbreitung von funkenden Technologien, die nahezu alle Lebensbereiche umfasst und nicht nur gesundheitliche Gefährdungen mit sich bringt, sondern auch Probleme

für Flora und Fauna, Datenschutz und Ressourcen. Der Bundesparteitag in Würzburg würde mit der zu verabschiedenden Neufassung des Mobilfunk-Kapitels auch eine adäquate Reaktion auf die Verbreitung der Mobilfunkgeneration 5G zeigen, die in den letzten Jahren viele Menschen auf die ÖDP als einzige Partei mit einem sachlichen, mobilfunkkritischen Ansatz aufmerksam gemacht hat.

Aktuell gestaltet der BAK den eigenen Bereich auf der Homepage der ÖDP mit relevanten Informationen über Mobilfunk und seine Alternativen sowie zur Absenkung der Grenzwerte, zu Hinweisen über Einwirkungsmöglichkeiten der Gemeinden, praktischen Verhaltensweisen für ein mobilfunkverträglicheres Leben (insbesondere für Kinder), zur Anerkennung von Elektrohypersensibilität, wie z. B. in Schweden, und zu Haftungsfragen. Außerdem beantwortet der BAK Anfragen zu Mobilfunkthemen, unterstützt Initiativen und Kommunen bei Fragen rund um den Mobilfunk und äußert sich zu aktuellen Entwicklungen. ■



Foto: Iony Stock/shutterstock.com

BAK Christen und Ökologie

Gedanken zu päpstlicher Enzyklika

Verschiedene Aussagen aus der Enzyklika „Fratelli tutti“ – über die Geschwisterlichkeit, die mich angesprochen und in meinem Engagement als Christ in der ÖDP bestärkt haben, möchte ich hier teilen.

von Dieter Nießner

Ich denke, dass man sich unabhängig von der eigenen Weltanschauung von der Botschaft ansprechen lassen sollte. In Klammern gebe ich die Nummern der Abschnitte an, aus denen ich zitiere.

Das jüngste Schreiben von Papst Franziskus ist ein Appell – nicht nur an die Gläubigen –, für eine „Weltordnung der Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit und sozialen Freundschaft“ zu kämpfen.

Zur gegenwärtigen Pandemie sagt er: „Doch der harte, unerwartete Schlag dieser außer Kontrolle geratenen Pandemie hat uns notgedrungen dazu gezwungen, wieder an die Menschen, an alle zu denken anstatt an den Nutzen einiger“ (33).

Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter geht es um die Frage: Wer ist der Nächste? Der Papst sieht das als Aufforderung, über die eigenen Grenzen hinauszugehen, und fordert trotz der Verschiedenheit der Ethnien, der Gesellschaften und der Kulturen eine Gemeinschaft, die aus Geschwistern zusammengesetzt ist, die einander annehmen und für einander sorgen (96).

Wenn er Solidarität fordert, meint er damit „dass man dem Leben aller den Vorrang einräumt, [...] dass man gegen die strukturellen Ursachen der Armut kämpft: Ungleichheit, das Fehlen von Arbeit, Boden und

Wohnung, die Verweigerung der sozialen Rechte und der Arbeitsrechte. Es bedeutet, dass man gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Herrschaft des Geldes kämpft“ (116).

In Abschnitt 119 zitiert er Papst Gregor den Großen: „Wenn wir den Armen etwas geben, geben wir nicht etwa etwas von uns, sondern wir geben ihnen zurück, was ihnen gehört.“

Über Migration sagt er: „Ideal wäre es, wenn unnötige Migration vermieden werden könnte [...], indem man in den Herkunftsländern Bedingungen für ein Leben in Würde und Wachstum schafft [...]. Solange es jedoch keinen wirklichen Fortschritt in diese Richtung gibt, ist es unsere Pflicht, das Recht eines jeden Menschen zu respektieren, einen Ort zu finden, an dem er nicht nur seinen Grundbedürfnissen und denen seiner Familie nachkommen, sondern sich auch als Person voll verwirklichen kann“ (129).

„Wir müssen das Bewusstsein dafür schärfen, dass wir die Probleme unserer Zeit nur gemeinsam oder gar nicht bewältigen werden. Armut, Verfall und die Leiden eines Teils der Erde sind ein stillschweigender Nährboden für Probleme, die letztlich den ganzen Planeten betreffen“ (137).

Im Kapitel „Die beste Politik“ sagt der Papst, dass heute die Politik oft-



Foto: Annett Klingner/pixabay.com

mals den Weg in eine bessere Welt behindert: „Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen“ (154).

Er fordert von der Weltpolitik, unter ihre unverzichtbaren Hauptziele die effektive Beseitigung des Hungers aufzunehmen. „Wenn die Finanzspekulation den Preis für Lebensmittel bestimmt [...], dann müssen Millionen von Menschen darunter leiden und verhungern“ (189).

Als Leitlinie für Politiker sagt Franziskus: Langfristig „wird die Frage nicht lauten: ‚Wie viele haben mir zugestimmt, wie viele haben mich gewählt? [...] Die vielleicht schmerzlichen Fragen werden sein: ‚[...] Wie viel sozialen Frieden habe ich gesät? Was habe ich an dem Platz, der mir anvertraut wurde, bewirkt?‘“ (197).

Zur Frage, ob es so etwas wie einen gerechten Krieg gibt, äußert er sich eindeutig: „Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten [...]“ (258).

„Und mit dem Geld, das für Waffen und andere Militärausgaben verwendet wird, richten wir einen Weltfonds ein, um dem Hunger ein für allemal ein Ende zu setzen und die Entwicklung der ärmsten Länder zu fördern, damit ihre Bewohner nicht [...] ihre Länder verlassen müssen, um ein menschenwürdiges Leben zu suchen“ (262). ■

Bayern, 11.02.2021

ÖDP will Rinder-Exporte nach Nordafrika notfalls mit Volksbegehren stoppen!

Die bayerische ÖDP will den Export lebender Rinder notfalls per Volksbegehren stoppen. „Wir werden prüfen, ob es landesgesetzliche Möglichkeiten gibt, Exporte beispielsweise nach Nordafrika oder in den Nahen Osten zu verbieten. Dann wäre auch eine direktdemokratische Initiative möglich“, kündigen der bayerische ÖDP-Vorsitzende Klaus Mrasek und seine Stellvertreterin Agnes Becker an, die bereits das erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“ initiiert hatte.

Das Bayerische Umweltministerium hatte ein Exportverbot in diese Nicht-EU-Länder per Erlass verfügt, der kürzlich vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof aus



Foto: Marion Wellmann/pixabay.com

formalen Gründen gekippt wurde. Nach dem Urteil greift die Zuständigkeit des Ministeriums nicht mehr, wenn die Tiere auf der langen, qualvollen Fahrt einen 48-minütigen Zwischenstopp einlegen und es sich formal um zwei Fahrten handelt.

„Dieses Gerichtsurteil ist unverständlich. Der Tiererschutz wird bei diesen tagelangen brutalen Lebendtransporten unter furchtbaren Bedingungen vollkommen ignoriert. Minister Glauber soll unverzüglich solche Schlupflöcher schließen. Falls aus dem Ministerium nichts kommt, ziehen wir ein Volksbegehren in Erwägung“, so Becker und Mrasek.

Aus Niederbayern sind nach dem Urteil bereits trüchtige Rinder nach Nordafrika gebracht worden.

Bayern, 22.01.2021

Wucherpreise bei Masken durch staatliche Preiskontrolle unterbinden

Im Katastrophenfall sind staatliche Eingriffe in die freie Preisbildung erforderlich, um Wucherpreise bei medi-



Foto: ÖDP-Pressestelle

zinisch notwendigen Produkten zu unterbinden. Die Staaten der Europäischen Union sollten hierfür einen gemeinsamen gesetzlichen Rahmen schaffen, fordert die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker.

„Im Falle einer Pandemie oder eines internationalen Katastrophenfalls soll die Staatengemeinschaft künftig nicht alles dem Markt überlassen. Wucherpreise beispielsweise bei Masken darf es nicht geben. Dass einzelne Unternehmen zum Schaden der Allgemeinheit in einen regelrechten ‚Goldrausch‘ verfallen, ist in hohem Maße unanständig und verwerflich“, so Becker.

Die bayerische ÖDP fordert eine lückenlose Aufklärung der aktuellen Vermittlungsdienste von Andrea Tandler, der Tochter des ehemaligen CSU-Ministers.

Bayern, 14.01.2021

Offensive beim digitalen Lernen braucht Strahlenschutz und kritische Medienpädagogik

Corona verschärft derzeit die Forderung, auch Schule, Unterricht, Bildung und Familienleben für die umfassende Digitalisierung zu öffnen. „Das darf aber kein Grund sein, den kritischen Blick auf diesen Trend und das damit verbundene Strahlenrisiko, den explodierenden Energieverbrauch und bestehende Entwicklungsrisiken für Kleinkinder aufzugeben“, meint der ÖDP-Bildungsbeauftragte Reinhard Retzer.



Reinhard Retzer

Foto: ÖDP-Pressestelle

Unverzichtbar sei z. B. die Grundausstattung aller pädagogischen Orte mit kabelgebundenen Systemen. „Eine durchgängige elektromagnetische Belastung durch Dauer-WLAN in Kita und Schule ist jedoch nicht verantwortbar, weil selbst das Bundesamt für Strahlenschutz bei Kindern

und Jugendlichen hier erhebliche Gesundheitsgefahren vermutet.“ Retzer, der selbst an einer Mittelschule unterrichtet, fordert bedienungsfreundliche Steuerungsmöglichkeiten, damit WLAN-Router den unterrichtlichen Bedürfnissen angepasst und nur im Bedarfsfall aktiviert werden können.

Digitale Methoden und Medien, so wichtig sie sein mögen, dürfen unmittelbar-sinnliche Erfahrungen im Unterricht nicht verdrängen. „Bewegung, Begreifen und An-

blicken sind immer noch wichtiger als bloßes Anklicken“, stellt Retzer fest.

Der ÖDP-Kreisrat weist auch auf den explodierenden Energiebedarf digitaler Systeme. Wer mit dem „10-H-Knebel für Windräder“ die Energiewende ausbremse, habe nur bedingt Grund, die Digital-Offensive des Freistaates zu bejubeln. „Die Server laufen heiß und heißer; Digitalisierung ist schon lange eine echte Herausforderung auch für Energieversorgung und Klimaschutz!“

ÖDP-Landtagswahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Zweitstimmen in Rheinland-Pfalz fast verdoppelt, Stimmen in Baden-Württemberg gehalten

Wir bedanken uns bei allen Kandidatinnen und Kandidaten, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie allen Wählerinnen und Wählern für die geleistete Unterstützung in den beiden Bundesländern. Immerhin konnten wir unsere Landtagswahl-Ergebnisse bei schwieriger Ausgangslage, wie beispielsweise den Corona-Einschränkungen, der geringen Pressebeachtung, dem fehlenden Straßenwahlkampf sowie der vielen Konkurrenz im ökologischen Lager, ausbauen bzw. halten. Die Stimmen sind auch ein Auftrag, weiterhin für unsere Ziele einzustehen.

Rheinland-Pfalz

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz konnte die ÖDP ihr Ergebnis bei den Zweitstimmen in absoluten Zahlen um 56 %, bei den Prozenten um 75 % steigern. Rund 13.500 Stimmen bedeuten 0,7 % (+0,3 %). Das beste Ergebnis gab es in der Stadt Mainz mit seinen drei Wahlkreisen mit insgesamt 3 % Erststimmen und 1,8 % Zweitstimmen.

Weitere Infos:

<https://t1p.de/xae5> | <https://t1p.de/yfii>

Baden-Württemberg

Insgesamt knapp 38.000 Menschen (0,8 %) haben für die ÖDP/Familie und Umwelt in Baden-Württemberg gestimmt. Damit gab es einen Gleichstand an Stimmen und aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung diesmal 0,8 % (+0,1 %). Die besten Ergebnisse erhielt die ÖDP in den Wahlkreisen Biberach mit 2,4 %, Rottweil 2,0 %, Wangen 1,9 %, Heidenheim 1,7 % und Ravensburg 1,6 %.

Weitere Infos:

<https://t1p.de/p4v9> | <https://t1p.de/Oe10>

Die ÖDP hat also bei beiden Landtagswahlen zugelegt, allerdings bei Weitem noch nicht genug. Diese Ergebnisse sind aber eine gute Grundlage für die Bundestagswahl am 26. September 2021.

Wer war das?
Unser Ansatz beim Klimaschutz:
Weniger meckern. Mehr handeln.
JETZT ÖDP WÄHLEN! DAS GUTE GEWINNT.
oedp-rlp.de

Antwortformular zur Seite 48.

Meine Rückmeldung an die ÖDP

- Ich möchte eine E-Mail-Adresse von der ÖDP erhalten.
- Ich möchte alle Rundschreiben der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Ich möchte alle Pressemitteilungen der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Bitte senden Sie E-Mails zukünftig an diese Adresse:

- Ich möchte einen Zugang zur **ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“** erhalten.
- Ich möchte die **ÖkologiePolitik** in digitaler Form bestellen.
- Ich brauche Unterstützung, und zwar:

- Meine **Kontakt**daten haben sich geändert:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

- Meine **Bank**verbindung hat sich geändert:

IBAN

BIC

Name der Bank

Kontoinhaber

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datschutz@oedp.de widersprechen.

Bitte ausschneiden...



Foto: Felix Mittermeier/pxabay.com

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im April, im August und im Dezember. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Juni 2021**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0
Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Obermühle 18, 99976 Anrode OT Dörna
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Günther Brendle-Behnisch, Ulrich Brehme,
Jorgo Chatzimakakis, Timo Diers,
Dr. Ralf Grünke, Jens-Eberhard Jahn,
Fenya Kirst, Anja Kistler, Walter Konrad,
Urban Mangold, Dieter Nießner,
Christian Rechholz, Manuela Ripa,
Marion Schmidt, Heike Siecke

Gastautoren

Björn Kern
Dr. Ulrich Schachtschneider

Interviewpartner

Dr. Dirk Ehnts, Corinna Grimm, Prof. Günther Moewes,
Walther Peeters, Dr. Michael Rentz,
Dr. Werner Rügemer, Andreas von Westphalen

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Dr.-Gessler-Str. 12A, 93051 Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im August 2021



Foto: StockSnap/pxabay.com

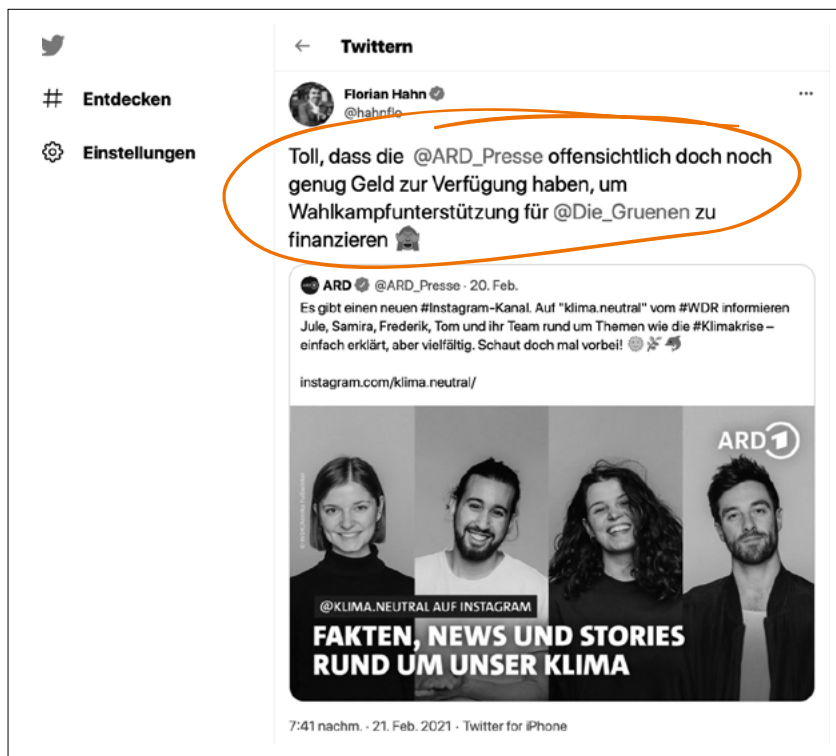
Wirtschaft ohne Wachstum? Teil 3

Deutschlands CO₂-Emissionen sanken 2020 überraschend stark. Das eigentlich stillschweigend schon aufgegebenes Klimaschutzziel wurde doch erreicht. Ursache der erfreulichen Entwicklung ist die Coronapandemie. Wir haben die Pause-Taste gedrückt – jedoch nicht die Reset-Taste. Die müssen wir aber drücken, denn statt eines „Weiter so“ brauchen wir dringend eine ökologisch-soziale Transformation unserer Wirtschaft. Doch wie kann diese aussehen? Wie sollte diese aussehen? Damit beschäftigt sich am 21. und 22. Mai 2021 das 2. Coburger Symposium zur Wachstumskritik – und im August die nächste Ausgabe der ÖkologiePolitik.

TERMINE

Do. 08.04.2021	Landesparteitag der ÖDP Brandenburg (online)
Sa. 17.04.2021	Landesparteitag der ÖDP Berlin (online)
Sa. 17.04.2021	Aufstellung der bayerischen Landesliste zur Bundestagswahl (online)
Fr.-So. 30.04.–02.05.2021	ÖDP-Bundesparteitag (in Würzburg)
Fr.-Sa. 21.–22.05.2021	ÖDP-Symposium zur Wachstumskritik (in Coburg/online)
Sa. 05.06. oder 26.06.2021	Landesparteitag der ÖDP NRW (n.n.)
So. 06.06.2021	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Sa. 26.06.2021	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Landshut)
Sa. 10.07.2021	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Stuttgart)
Sa. 10.07.2021	Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Bad Zwischenahn)
So. 12.09.2021	Kommunalwahlen in Niedersachsen
So. 26.09.2021	Abgeordnetenhauswahl in Berlin
So. 26.09.2021	Landtagswahl in Thüringen
So. 26.09.2021	Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
So. 26.09.2021	Bundestagswahl

Realsatire ...



Nachdem die CSU immer propagierte, sie wolle beim Klimaschutz keine „Zwangsmaßnahmen“, sondern setze auf den mündigen Bürger und dessen Verantwortungsbewusstsein, wird ihr stellvertretender Generalsekretär Florian Hahn (MdB) sofort pampig, als die ARD über Klimaerwärmung und Klimaschutz aufklären will. Hier zeigt sich ein besorgniserregender Narzissmus, der selbst die wohl größte Herausforderung unserer Zeit nur als politische Intrige wahrnehmen kann.